

# MEDIEN

Forum für historische & Kommunikationsforschung

**&  
ZEIT**

Die Roma („Zigeuner“) in den burgenländischen  
Printmedien der Zwischenkriegs- und NS-Zeit

Britische Presse und Medienpolitik gegenüber den  
Slowenen in Kärnten nach 1945

Die Geschichte des Bettlerlagers Schlögen  
und seine Behandlung durch die Medien

Funktion und Argumentationsstrategien  
von Leserbriefen über die Kärntner Slowenen  
in einigen Zeitungen

**2/90**

Jahrgang 5

## Impressum

### Medieninhaber und Herausgeber:

Verein "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AIHK)", 1014 Wien, Postfach 208;

Vorstand des AIHK:

Dr. Wolfgang Duchkowitz (Obmann), DDr. Oliver Rathkolb (Obmann-Stv.), Claudia Wurzinger (Geschäftsführerin), Dr. Fritz Hausjell (Geschäftsführer-Stv.), Ing. Verena Casensky (Kassiererin), Dr. Hannes Haas (Kassier-Stv.), Eva Kölblbacher (Schriftführerin), Gian-Luca Wallisch (Schriftführer-Stv.), Dr. Peter Malina, Margit Steiger, Dr. Theodor Venus, Stefan Wallisch

### Verleger:

Literas Buch- u. Zeitschriftenverlags-Ges.m.b.H., 1090 Wien, Berggasse 4, Tel. (0222) 315659-0

### Drucker:

Gröbner-Druck, 7400 Oberwart, Steinamangerstraße 161

### Korrespondenten:

Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Dr. Hermann Haarmann (Berlin), Dr. Robert Knight (London), Dr. Arnulf Kutsch (Münster), Dr. Irene Neverla (München), Dr. Edmund Schulz (Leipzig)

### Redaktion:

Vorstand des "Arbeitskreises für historische Kommunikationsforschung (AIHK)"; redaktionelle Leitung dieses Heftes: Dr. Wolfgang Duchkowitz und DDr. Oliver Rathkolb

### Lektorat:

Eva Wasmuht

### Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

### Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): öS 48.-

### Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 165.-

Ausland (inkl. Versand auf Landweg): öS 235.-

### Studentenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 120.-

Ausland (inkl. Versand auf Landweg): öS 190.-

### Bestellungen an:

Literas, 1090 Wien, Berggasse 4, Tel. (0222) 315659-0;

Medien & Zeit, 1014 Wien, Postfach 208;

oder über den gutsortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien

Horst Seidler und Andreas Rett

### RASSENHYGIENE

### Ein Weg in den Nationalsozialismus

1988, 291 Seiten, div. Abb.,  
öS 348,-/DM 49,80

Jugend & Volk

## Inhalt

Die Roma ("Zigeuner") in den burgenländischen Printmedien der Zwischenkriegs- und NS-Zeit <i>Gerda Treiber - Brigitte Limbeck</i> . . . . .	1
Britische Presse und Medienpolitik gegenüber den Slowenen in Kärnten nach 1945 <i>Augustin Malle</i> . . . . .	10
"Die hohe Schule von Schlögen." Zur Geschichte und Rezeption eines Bettlerlagers im Ständestaat <i>Siegwald Ganglmair</i> . . . . .	19
"Wohl kein einziger Kärntner will den wenigen Slowenen ihr Recht streitig machen." Funktion und Argumentationsstrategien von Leserbriefen über die Volksgruppe der Slowenen in einigen Kärntner Zeitungen <i>Florian Menz</i> . . . . .	30
Rezensionen . . . . .	38

### Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Dr. Siegwald GANGLMAIR (1941), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Brigitte LIMBECK (1960), Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

Dr. Augustin MALLE (1944), Historiker in Klagenfurt  
Dr. Florian MENZ (1960), Vertragsassistent am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien

Gerda TREIBER (1961), Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

GERDA TREIBER - BRIGITTE LIMBECK

## Die Roma ("Zigeuner") in den burgenländischen Printmedien der Zwischenkriegs- und NS-Zeit

### Minderheiten in unserer Gesellschaft

Die Geschichte der Menschheit zeigt laufend, daß jede Gesellschaft, will sie - vordergründig - funktionieren, ihre Feindbilder braucht: zum Abladen der Schuldgefühle, zum Projizieren der eigenen Ängste und damit zum Schutz und zur Aufwertung des eigenen Systems.

Das ist aber auch der Beginn eines gefährlichen Wechselspiels: Menschen werden an den Rand gedrängt, müssen aber gleichzeitig Bestandteil der Gemeinschaft bleiben - der Nicht-Genormte wird zum Außenseiter genormt.

Die "Stärke" einer Gesellschaft zeigt sich demnach u.a. auch dadurch, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht bzw. wie sie Einflüsse von außen zuläßt. Es ist ein Armutszeugnis, wenn sie sich und ihre Werte nur durch Intoleranz, Kollektivschuldspredung und Vernichtung des außerhalb der Ordnung Stehenden schützen kann, statt das Andersartige zu verstehen, zu achten und in seiner Eigenständigkeit zu akzeptieren.

Angesichts der heutigen Umorientierungen und Neuordnungen ist ein Umdenken und ein Ablegen der Scheuklappen beinahe zwingend, denn es gibt bereits zu viele negative Beispiele, wohin Vorurteile und Intoleranz führen können.

### Zigeuner zwischen Romantisierung und Verfolgung

Ein Volk, das jahrhundertlang die Außenseiterrolle innehaben mußte, ist das Volk der Zigeuner. Kaum eine andere Menschengruppe löst so widersprüchliche Vorstellungen aus: Faszination und Sehnsucht auf der einen, Abneigung und Haß auf der anderen Seite.

Die seßhafte Bevölkerung beneidete das Wandervolk um seine Freiheit und Unabhängigkeit, "Zigeuner sein" war gleichgesetzt mit Ausbruch aus Vorschriften und Zwängen des Systems, der Mythos vom ewigen Wanderer und Abenteuerer faszinierte und verfestigte sich in Dichtung,<sup>1</sup> Oper und Operette,<sup>2</sup> dazu kam das

Bild der alten, wahrsagenden Zigeunerin, der Kartenschlägerin, der feurigen Frauen, der Bärenführer und Zirkuskünstler.<sup>3</sup> Unverkennbar auch die Zigeunermusik, diese klagenden Melodien im Wechsel mit temperamentvollen Klängen. Freiheitsliebe, Lust am Neuen und Unvorhergesehenen, Auflehnung gegen Eintönigkeit, all diese Begriffe verklärten die schwierige Lebenssituation. Genau wegen dieser ihrer Andersartigkeit demütigte, verfolgte und vernichtete man die Zigeuner u.a. auch.

Zwischen falscher Romantisierung und Verfolgung versucht(e) ein Volk seine Eigenart zu bewahren und trotz engstirniger Ablehnung zu überleben. Die gängigen Vor-Urteile gegenüber Zigeunern bildeten sich bereits kurz nach deren Ankunft in Mitteleuropa heraus. Der bekannte Spruch "Hängt die Wäsche ab, holt die Kinder rein - die Zigeuner kommen" brachte es auf den Punkt und führte im 20. Jahrhundert zu der "radikalste(n), effizienteste(n) und grausamste(n) Epoche der Zigeunerverfolgung."<sup>4</sup>

### Vom Zi-Gauner zum Menschen

So vielfältig und zum Teil abenteuerlich die Versuche sind, die Herkunft des Namens "Zigeuner" ausfindig zu machen, so heftig wird darüber gestritten, wie der Begriff zu definieren sei. Fest steht, daß es eine Bezeichnung ist, die der seßhafte Mensch für das seit Jahrhunderten rastlos wandernde Volk geprägt hat. So kursierte lange die Auffassung, das Wort "Zigeuner" heiße nichts anderes als "Zi - Gauner" und bezeichne einen "Gauner, der umherzieht".<sup>5</sup>

Der Gelehrtenstreit nahm 1907 in Paris seinen Anfang, als die amerikanische Anthropologin R.M. Cotton den Zigeuner als Mitglied einer kulturellen Gruppe definierte, die Nomadismus als angemessene Lebensweise ansieht, Wahrsagen, Musik, Schaustellerei, Handel mit Tieren, Metallarbeiten, Betteln und Hausieren, Wildern und Kurfuschen betreibt und gewöhnlich die Romanisprache spricht.<sup>6</sup>

Auffallend ist, daß in jeder Sprache "Zigeuner" mit Betrüger und Landstreicher gleichgesetzt ist bzw. der Begriff rein inhaltlich übersetzt wird: Im Ungarischen heißt es "Cigány", im Russischen "Cyngani", im Italienischen "Zingaro" oder "Zigano" - alles Bezeichnungen, die eine deutliche Ähnlichkeit mit dem deutschen Wort "Zigeuner" haben.

Lange Zeit glaubte man auch, daß die Zigeuner Nachkommen der alten Ägypter seien, wobei dieser

<sup>3</sup> Vgl. Vossen: *Zigeuner*, 10

<sup>4</sup> H.M. Burgasser: *Österreichs Zigeuner - Schwerpunkte 1938-1980*. Ein Minderheitenproblem. Wien 1984, 15.

<sup>5</sup> Theodor Tetzner: *Geschichte der Zigeuner, ihre Herkunft, Natur und Art*. Weimar 1835; in: Joachim Hohnmann: *Zehn in der Nacht sind neun. Geschichte und Geschichten der Zigeuner*. Darmstadt 1982, 13.

<sup>6</sup> R.M. Cotton: *An Anthropologist looks at Gypsology*; 1954; in: Hohnmann: *Zehn in der Nacht...*, 1982, 13.

<sup>1</sup> Vgl. Rüdiger Vossen: *Zigeuner, Roma, Sinti, Gitanos, Gypsies zwischen Verfolgung und Romantisierung. Katalog zur Ausstellung des Hamburgischen Museums für Völkerkunde*. Frankfurt 1983, 9.

<sup>2</sup> "Carmen", "Zigeunerbaron", ...

Irrtum von den Zigeunern selbst durch Legenden und Erzählungen<sup>7</sup> unterstützt wurde. Aus diesem Grund nannte man sie in einigen Ländern Europas "Ägypter", wie z.B. in England-"Gypsies"-und-in Spanien-"Gitanos"- Ebenfalls nach ihrer vermeintlichen Heimat bezeichnete man sie in Skandinavien als "Tatern"<sup>8</sup> und in Frankreich als "Bohémiens", was zu Deutsch "Böhmen" heißt. Letztendlich scheiterte jedoch jeder Versuch einer neutralen, vorurteilsfreien Definition.

Die Namensträger selbst lehnen - gerade wegen der negativen Behaftung - die Bezeichnung "Zigeuner" ab:<sup>9</sup> Auf dem "Zweiten Romano Kongress" in Genf 1978 beschloß die "Zigeunerische Internationale Einheit", den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen Stämme der Welt zu vereinen und die diskriminierende Bezeichnung abzuschaffen.<sup>10</sup> In seiner eigenen Sprache, dem "Romanes" oder "Romani dsib", nennt sich der Zigeuner "Rom", was soviel wie "Mensch" bedeutet. Eine weitere Selbstbenennung ist "Sinto" oder "Sinte" und heißt soviel wie "unser Mann". Wenn hier dennoch immer von "Zigunern" die Rede ist, dann nur deshalb, weil es in unserer Sprache die geläufigste Bezeichnung ist, die in diesem Zusammenhang jedoch lediglich als neutrale Worthülse - d.h. ohne jegliche Wertung - zu verstehen ist.

Das "Romanes" gehört der indogermanischen Sprachfamilie an und ist dem altindischen Sanskrit verwandt, "Rom" kommt vom altindischen "Dom", was tönen bzw. klingen heißt. "Doma" sind demnach Menschen, die vom Musizieren leben. Die Nachkommen der "Doma", die als Vorfahren der Zigeuner betrachtet werden können (durch Lautverschiebung wurde aus "Dom" "Rom")<sup>11</sup> sind die "Dom" ein wandernder Stamm, der heute noch in Indien lebt. Der Name "Sinto" oder "Sinte" ist die Bezeichnung für einen vorderindischen Stamm, die Sindoi. Ähnlichkeiten weist auch der Name für den Fluß und das Gebiet "Indus" auf, nämlich "sindhu". Schließlich gibt es eine Kaste, die "s(h)in", was auch die Bezeichnung für die Sprache der vom Indus stammenden "Zutti" ist.

Auf Grund derartiger sprachlicher Kriterien kamen Sprachwissenschaftler und Zigeunercforscher schließlich zu der Annahme, daß das Hochland von Nordwest-Indien die Urheimat der europäischen Zigeuner ist.

Die burgenländischen Zigeuner, die hier schwerpunktmäßig behandelt werden, gehören zur Gruppe der ungarischen Zigeuner. Sie nennen sich "Rom", was jedoch nicht mit dem Überbegriff "Rom" - der für die

Gesamtheit der Zigeuner steht - zu verwechseln ist. Neben den Sinti, die vorwiegend in Deutschland leben, bilden sie die zweitstärkste Gruppe unter den Zigeunerstämmen des deutschen Sprachraumes. Die Gruppe der Rom setzt sich zusammen aus Lovari, Kalderari und Drisari, die sich alle jedoch nicht als "Rom" bezeichnen.

Die burgenländischen Zigeuner waren auch eine der ersten Gruppen, die weitgehend sesshaft wurden. Heute haben viele von ihnen ihre Gebräuche aufgegeben und sich sozial an die Sesshaften, die Gadzos,<sup>12</sup> angepaßt.

## Die Situation im Burgenland während der Zwischenkriegszeit

Nach Erhebungen der Gendarmerie lebten im Jahre 1933 7153 Zigeuner in den sieben Bezirken des Burgenlandes.<sup>13</sup> Die Ansiedlung gelang auch nur einigermaßen in Westungarn, dem heutigen Burgenland, wo im Jahre 1674 zum erstenmal eine Zigeunersippe, die die Erlaubnis erhielt, sich im Komitat Vas (Eisenburg) niederzulassen, urkundlich erwähnt wird. Ab 1879 gibt es dann nachweislich feste Wohnsitze in Unterwart.<sup>14</sup> Im Lafnitztal sind seit ca. 150 Jahren Zigeuner sesshaft: Die ungarischen Gemeinden mußten Soldaten für einen zwölfjährigen Militärdienst stellen und kauften zu diesem Zweck drei Zigeuner an, die dann als Gegenleistung das Heimatrecht erhielten.<sup>15</sup>

Bei den Zigeunern, die vor der NS-Machtergreifung in diesen Gebieten lebten, handelte es sich um Nachkommen dieser "Zwangsgangesiedelten", also um Zigeuner, die zweihundert, aber auch schon dreihundert Jahre sesshaft bzw. teilsehaft waren.

Das Aufgeben der Wanderschaft war aber noch lange nicht gleichzusetzen mit Integration und Assimilierung; die Zigeuner blieben durch fremdartiges Aussehen und Lebensweise - eine Außenseitergruppe. Verdächtigungen und Verleumdungen jeder Art fielen bei der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. In der Wirtschaftskrise verdeutlichte sich diese Ablehnung noch mehr. Jeder lebte selbst am Rande des Existenzminimums, und die Zigeuner, als Ärmste der Armen, waren zum Betteln und Stehlen gezwungen. Dieses überlebenssichernde Vorgehen bestrafte man und drängte sie weiter in die Kriminalität - womit sämtliche Vorurteile wieder bestätigt waren. Die elenden Unterkünfte zog man ebenfalls zur Dokumentation ihrer Asozialität heran. Die Landespresse heizte die feindselige Atmosphäre durch zahlreiche Artikel weiter auf.

<sup>7</sup> Joska Benkö: *Zigeuner, ihre Welt, ihr Schicksal. Unter besonderer Berücksichtigung des burgenländischen und ungarischen Raumes.* Graz 1979, 5.

<sup>8</sup> "von Tataren"

<sup>9</sup> Vgl. Wolfgang Pfeiffer: *Österreichs Zigeuner zur Zeit des Nationalsozialismus.* Diss. Teil I; Wien 1984, 9.

<sup>10</sup> Joska Benkö: *Zigeuner, ihre Welt...*, 5.

<sup>11</sup> Vgl. Hermann Arnold: *Die Zigeuner. Herkunft und Leben der Stämme im deutschen Sprachgebiet.* Olten 1965.

<sup>12</sup> Gadzo = Nicht-Zigeuner, unfreier Mensch.

<sup>13</sup> Selma Steinmetz: *Österreichs Zigeuner im NS-Staat. Monographie zur Zeitgeschichte.* Wien/Frankfurt/Zürich 1966, 49, 50.

<sup>14</sup> Joseph Bertha: *Die Schwierigkeiten der Zigeunerintegration, in: Das Menschenrecht*, 32. Jg; Folge 168, Nr. 1, Wien 1977, 8.

<sup>15</sup> Helga Thiel: *Die Zigeuner in Neustift an der Lafnitz; in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde*, Bd. 28, Wien 1974, 269f.

Die Gendarmerie wurde früh "aus eigenem Antrieb" auf dem Gebiet der Zigeunerdiskriminierung tätig: 1928 errichtete sie eine Ausforschungsstelle im Bundespolizeikommissariat Eisenstadt, 1936 begann sie mit der Führung einer Zentralvidenz, nachdem am 17.12. 1935 eine "Internationale Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" bei der Bundespolizeidirektion in Wien eröffnet worden war, die man seit 1931 geplant hatte.<sup>16</sup>

Somit wurde im Burgenland in den dreißiger Jahren für die NS-Bürokratie erhebliche Vorarbeit geleistet. Unter dem NS-System entstand ein polizeilicher Apparat, der weitgehend jeden Angehörigen der zigeunerischen Volksgruppe erfassen und damit die Grundlage für eine systematische, umfassende Deportation schaffen sollte.

Kurz nach der Annexion im Jahre 1938 hieß es: Nieder mit den Zigeunern! Kampf den Zigeunern!

Bei der Diskriminierung und Verfolgung konnten die Nationalsozialisten auf uralte Vorurteile aufbauen, und die Rassenforscher des Dritten Reiches lieferten die pseudowissenschaftlichen Legitimationen für die Zigeunerjagden dazu. Die burgenländischen Zigeuner bildeten zu der Zeit - nach nationalsozialistischen Schätzungen - das Gros der in Österreich lebenden Zigeuner. Nach Zählungen aus der thesesianischen Zeit befanden sich etwa 761 Musiker, 4229 Schmiede, 5309 Tagelöhner, 79 Pferdchändler und 131 Bettler unter ihnen.<sup>17</sup>

## Portschy und die Zigeuner

Zunächst bereitete die rassistische Eingliederung den NS-Theoretikern Schwierigkeiten. Hans Globke, der Kommentator der Nürnberger Rassengesetzgebung, erklärte bereits 1936 kategorisch, daß "artfremdes Blut" in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner seien.

Dieser Vergleich mit den Juden wurde oft herangezogen. Der NS-Anthropologe Adolf Würth schrieb 1938:

"Die Zigeunerfrage ist heute in erster Linie eine Rassenfrage. So wie der NS-Staat die Judenfrage gelöst hat, so wird er auch die Zigeunerfrage regeln müssen. In den Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen zum Schutze des Deutschen Blutes werden die Zigeuner den Juden hinsichtlich des Eheverbotes gleichgestellt. Sie gelten also weder als deutschblütig, noch sind sie dem deutschen Blute artverwandt."<sup>18</sup>

Zu keiner anderen Zeit wurden an und mit den Zigeunern so umfangreiche rassensbiologische Forschungen betrieben wie zur Zeit des Dritten Reiches. Das Ziel war ausschließlich der Nachweis der rassischen Minderheit, der Asozialität und der Kriminalität dieser ethnischen Gruppe.<sup>19</sup>

Im Burgenland trat der Amateurrassenforscher Dr. Tobias Portschy mit radikalen Lösungsvorschlägen an die Öffentlichkeit. Bei Einmarsch der deutschen Truppen war der Boden durch die Denkschrift des "ersten Ortsgruppenleiters und Orts-SA-Führers im südlichen Burgenland" bestens vorbereitet.<sup>20</sup> Portschy wurde - wegen illegaler Betätigung für die NSDAP mehrmals vorbestraft - im März 1938 sofort als Landeshauptmann über den Gau "Niederdonau" eingesetzt, und somit unterstand ihm bald auch das Burgenland.<sup>21</sup> Er ordnete die Verfolgung der Zigeuner - die damals in größeren Siedlungen in den Bezirken verteilt lebten - an, da er eine "gefährliche Bevölkerungsexplosion" voraussah, denn "es ist erwiesen, daß sich die Zigeuner innerhalb von 10 Jahren fast verdoppeln."<sup>22</sup> Tatsächlich hatte die Zahl der Zigeuner seit Maria Theresia abgenommen. Sein Programm (Sterilisierung und Internierung in Zwangsarbeitslagern) deckte sich mit dem der Nationalsozialisten bzw. griff diesem voraus und beeinflusste es. Ab August 1938 wurde ein Verordnungsamt wirksam, auf Grund deren alle arbeitsfähigen Zigeuner zur Arbeit gezwungen werden konnten.<sup>23</sup> Später kam eine Verschärfung dazu: Um die Flucht vom Arbeitsplatz zu verhindern, sollten sie die arbeitsfreie Zeit am Wochenende im Gemeindegottesdienst verbringen.<sup>24</sup>

Die burgenländischen Zigeuner waren zu diesem Zeitpunkt praktisch schon polizeilich "erfaßt", da nach dem "Anschluß" die Zigeunerkartothek, die ca. 8000 Zigeuner umfaßte, von der Kriminalpolizeileitstelle in Wien in Verwahrung genommen worden war.

Portschy bekannte sich zur rücksichtslosen Ausrottung der Zigeuner. "Das Burgenland zigeunerfrei!" lautete die Parole, und jedes Mittel zur Vernichtung dieser geächteten Minderheit schien damit gerechtfertigt.

<sup>19</sup> Vgl. George von Soest: *Zigeuner zwischen Verfolgung und Integration. Geschichte, Lebensbedingungen und Eingliederungsversuche*. Weinheim 1979, 35.

<sup>20</sup> Als "erster Ortsgruppenleiter und Orts-SA-Führer" bezeichnete sich Portschy selbst in seinem handgeschriebenen Lebenslauf, der im Berlin Document Center aufliegt.

<sup>21</sup> Das Burgenland wurde bald nach der Annexion dem Gau "Niederdonau" angeschlossen. Der burgenländische Landeshauptmann, Ing. Sylvester, gehörte zu den ersten Österreichern, die 1938 nach Dachau kamen, wo er kurze Zeit später starb. Vgl. Walter Adam: *Nacht über Deutschland*. Wien 1947, 27.

<sup>22</sup> Portschy-Denkschrift, DÖW Bibliothek 8085.

<sup>23</sup> *Ordnung in der Zigeunerfrage; in: Grenzmark Burgenland*, 4.8.38, 1. Vorgesehen war die Arbeit in einer geschlossenen Gruppe mit einer täglichen 10stündigen Tätigkeit.

<sup>24</sup> Tobias Portschy: *Die Zigeunerfrage; in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934 - 1945*. Hrsg. Archiv des österr. Widerstandes, Wien 1983, 2. Auflage, 264.

<sup>16</sup> Archiv der Republik, Wien, BKA.Zl. C/165670 GD2 I.K.P.K. 140/5/36. - In: BMI-Akt Zl.55.626-16/68

<sup>17</sup> Hans Zimmermann: *Zur Zigeunerfrage; in: Volkstum im Südosten*, Heft 1, Wien 1943, 101.

<sup>18</sup> Adolf Würth: *Bemerkungen zur Zigeunerfrage und Zigeunersforschung in Deutschland*, zitiert nach Tillmann Zülch: *Sinti und Roma; in: Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 30. Okt. 1982, 27.

## “Das Burgenland zigeunerfrei!”

Grundsätzlich kann festgehalten werden, daß bis zum Auschwitz-Erlass im Jänner 1943 (Ausführungsanweisung vom 29.1.1943) - nimmt man die Lódz-Deportationen, die eine erste Form der “Endlösung” darstellten, aus - die Verfolgungsmaßnahmen so gesetzt wurden, daß sie die Zigeuner zwar völlig entrechteten und isolierten, aber auf jeden Fall ihren Arbeitsinsatz gewährleisten. Ab dem Frühjahr 1943 hatte die Vernichtung jedoch absolute Priorität.

In den vorwiegend protestantischen Gemeinden ging die Zigeunerjagd früher los als in den katholischen. In Mörbisch, Oberwart, Liebing und vielen anderen Orten wies man bereits im Mai 1938 die Zigeunkinder aus den Schulen.<sup>25</sup> Fast zur gleichen Zeit fahndeten die Kriminalbeamten nach “arbeits-scheuen, asozialen Elementen”, was bei der damaligen Massenarbeitslosigkeit in ganz Österreich und besonders im Burgenland, zu großen Erfolgen führen mußte.

Die größeren Gruppenverfolgungen setzten im Frühsommer 1939 ein - auf Grund einer vertraulichen Order des Reichskriminalpolizeileitantes Berlin an die Kriminalpolizeileitstelle in Wien.<sup>26</sup> Unter dem Vorwand, “es steht zu befürchten, daß sie kriminell werden oder sich prostituieren”,<sup>27</sup> brachte man im Juni 1939 Hunderte von Zigeunern in die großen Konzentrationslager (Dachau, Ravensbrück). Im Umkreis größerer Zigeunersiedlungen wurden Sammelplätze eingerichtet, von denen aus die Männer zur Zwangsarbeit geführt wurden.

Die nächste Stufe war die Errichtung des großen Zigeuneranhaltelagers Lackenbach im Bezirk Oberpullendorf und die Massendeportationen in polnische Ghettos. Im Herbst 1942 wurden die letzten Zigeuner aus der Wehrmacht ausgestoßen und in die Lager eingewiesen, und im Jänner 1943 sandte das Reichssicherheitshauptamt bereits den berüchtigten Auschwitz-Erlass an die verschiedenen Kriminalpolizeileitstellen.<sup>28</sup> Er umfaßte den “Kampf gegen das Zigeunerunwesen” in ganz Europa.

## “Endlösung” in Lackenbach

Bei diesem Anhaltelager handelte es sich nicht um ein Konzentrationslager im damaligen Sinn, da die Leitung nicht der SS, sondern der Kriminalpolizeileitstelle Wien unterstand. Es fehlte auch der sonst übliche elektrische Zaun - das Lager war von spanischen Rei-

tern umgeben. Die Ortschronik gibt die Gründung mit dem 23.11.1940 an, das Lagerstagebuch, in das täglich von der Lagerleitung handschriftliche Eintragungen gemacht wurden, beginnt erst mit dem 1.1.1941 und endet mit dem 31.1.1942. Die ersten Häftlinge wurden im November 1940 eingeliefert, die Masseneinweisungen begannen im Laufe des Frühjahrs 1941. Im Herbst 1941, als mehr als 2330 Zigeuner in Lackenbach registriert waren, erfolgten dann die bereits erwähnten Lódz-Deportationen: am 4. und 7. November je ein Transport mit jeweils 1000 Menschen.<sup>29</sup> Die NS-Rassenbiologen nahmen an ihnen rassenbiologische Untersuchungen vor.

Zu Beginn des Jahres 1942 brach im Lager der Flecktyphus aus, dem viele Häftlinge zum Opfer fielen und der ein Massensterben einleitete.

Nur wenige Zigeuner konnten sich dem Zugriff der NS-Behörden entziehen - der höchste Lagerstand wurde mit 3.050 Häftlingen angegeben.<sup>30</sup> Hilfe war praktisch unmöglich, auch wenn sich gutgesinnte Nachbarn dazu bereitgefunden hätten.<sup>31</sup>

Beim Herannahen der sowjetischen Truppen wurde vor Ostern 1945 das Lackenbacher Lager aufgelöst. Der Lagerleiter Brunner, unter dessen Aufsicht die Lebensbedingungen der Häftlinge wesentlich verbessert worden waren, gab den Zigeunern aus eigener Initiative die Freiheit wieder.<sup>32</sup> Dadurch blieben die letzten Lackenbacher Häftlinge von den Todesmärschen in den letzten Kriegsmonaten verschont.

Am 1. Oktober 1945 verschwanden die letzten Spuren des Barackenlagers hinter dem Schallerhof - durch Brandstiftung. Es existiert heute nur mehr das verfallene Kommandaturgebäude - auf einem Teil des Geländes stehen jetzt Einfamilienhäuser.

## Zigeuner - eine “vergessene” Minderheit!

Die ehemaligen Häftlinge, die überlebten, mußten besonders hart um ihre Wiedergutmachungsansprüche kämpfen, da das Zigeunerlager nicht als Konzentrationslager anerkannt worden war. Erst 1961 erhielten sie eine geringe Entschädigung für “Freiheitsbeschränkung”.

Seit 6. Oktober 1984 gibt es - auf Initiative der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz und nach mehreren vergeblichen Versuchen - ein Mahnmal in Lackenbach. Den meisten anderen Verfolgten der NS-Zeit ist diese “Ehre” schon längst und problemlos zuteil geworden. Der damalige Landeshauptmann Kerz sagte anläßlich der Enthüllung :

<sup>25</sup> Landesamtsblatt, 18. Jg. 39. Stück, 15.9.1938, DÖW - Zigeunermappe III/I.

<sup>26</sup> Steinmetz, *Österreichs Zigeuner...*, Anhang III, 51, 52.

<sup>27</sup> Sowohl J.P. Clébert, als auch Walter Dostal stellten fest, daß Prostitution bei Zigeunern, solange sie in Sippen leben, nicht vorkommt. Die Ehe wird streng geachtet, Vergehen werden bestraft.

<sup>28</sup> Steinmetz, *Österreichs Zigeuner...*, Anhang V. 53-55, Auszug aus dem fast Sseitigen Auschwitz-Erlass.

<sup>29</sup> *Widerstand und Verfolgung...*, 101, 187.

<sup>30</sup> Da nur der erste Band des Lackenbacher Tagebuches erhalten ist, stellen diese Zahlen nur ein Teilergebnis dar.

<sup>31</sup> Steinmetz erwähnt ausdrücklich die Langentaler Ortsbewohner, die sich oft bemühten, “ihre” Zigeuner zu verstecken. Einige von ihnen konnten dadurch überleben.

<sup>32</sup> Steinmetz, *Österreichs Zigeuner...*, 20.

"...bitte ich die Zigeuner, uns allen zu verzeihen, weil wir geschwiegen haben, weil wir gehorsam waren und weil wir sie nicht geliebt haben: Ich bitte Sie, verzeihen Sie uns."

Etwas mehr als schöne Worte hat das "Unabhängige Antifaschistische Personcnkomitee Burgenland" am 14.12. 1980 gegründet wurde, für die vergessene Minderheit: Nämlich, auf die Problematik aufmerksam zu machen und gemeinsam mit den Zigeunern diese Organisation aufzubauen.

Vorurteile können nur durch Kenntnis des Sachverhaltes und der Zusammenhänge abgebaut werden. Dazu ist geduldige und langfristige Aufklärung notwendig - und die Bereitschaft des einzelnen, das Andersartige, den Andersartigen zu tolerieren.

Damit könnte ein altes Sprichwort der Zigeuner seine Gültigkeit verlieren:

"Sag an, warum verachtet man euch Zigeuner in aller Welt?" - "Weil die Welt nicht weiß, wie sie uns achten soll."<sup>33</sup>

### "Zigeuner" in den Printmedien am Beispiel des Burgenlandes

Die skizzierten Vorurteile, die Diskriminierung und die Hetzkampagnen der sesshaften Bevölkerung gegenüber den Zigeunern, die sich im Laufe der Jahrhunderte immer mehr zuspitzten und in der nationalsozialistischen Zeit ihren tödlichen Höhepunkt erreichten, wurden von den Medien aufs Kräftigste unterstützt und zementiert.

Um dies am Beispiel der im Burgenland lebenden Zigeuner zu illustrieren, wurden burgenländische Zeitungen einer Analyse unterzogen, wobei als Untersuchungszeitraum die Zwischenkriegszeit diente. Die Auswahl der Zeitungen bzw. der Artikel, in denen über Zigeuner berichtet wurde, erfolgte nach ihrem Vorhandensein. Untersuchungsgegenstand bildeten daher elf Artikel aus sechs burgenländischen Zeitungen, davon vier aus der *Burgenlandwacht*,<sup>34</sup> zwei aus dem *Freien Burgenländer*,<sup>35</sup> zwei aus der *Burgenländischen Heimat*,<sup>36</sup> einer aus der *Neuen Eisenstädter Zeitung*,<sup>37</sup>

einer aus dem *Burgenländischen Volksblatt*<sup>38</sup> und einer aus der *Grenzmark Burgenland*.<sup>39</sup> Die Veröffentlichung dieser Artikel fällt in die Zeit zwischen 1930 und 1938, jene Jahre, in denen der nationalsozialistische Gedanke und somit die "Rassenfrage" immer akuter und die "Endlösung" der Zigeunerfrage bereits vorbereitet wurden. Bei der Untersuchung konnte daher von der Prämisse ausgegangen werden, daß die Zigeuner damals diskriminiert und verleumdet wurden und es daher keiner Analyse bedurfte, diese Diskriminierung aufzuzeigen, sondern es sollten vielmehr die Gründe - oder auch Vorwände - für die nicht nur verbalen Attacken auf dieses Volk eruiert werden.

### Kategorienschema und Aussagen

Zu diesem Zwecke wurden vier Kategorien gebildet:

LEBENSUNTERHALT, WOHNEN, AUSSEHEN/WESEN und SOZIALES/KRIMINALITÄT. Diesen Kategorien wurden die einzelnen Aussagen über die Zigeuner aus den Zeitungsartikeln zugeordnet.

In die Kategorie LEBENSUNTERHALT fallen insgesamt 19 Aussagen, die die Art und Weise beschreiben, mit der die Zigeuner entweder durch unregelmäßiges Arbeiten oder durch "unkonventionelle" bzw. nicht legale Handlungen ihr Überleben sicherten. Beispielhaft sind Aussagen wie "Kannibalismus", "beteln", "Nichtstuer", "ohne redlichen Erwerb", "arbeitsscheu", "Leben vom Zufall", "Leben von fremdem Eigentum", "Leute, die nichts arbeiten, nichts leisten" etc.

In die Kategorie WOHNEN fallen 16 Aussagen, die darauf hinweisen, daß die Zigeuner keine feste Bleibe hatten oder - wenn dies der Fall war - diese nicht den üblichen Vorstellungen von einer Wohnstätte entsprachen. Beispiele dafür sind "heimatlos", "herumlungern", "Wanderzigeuner", "von Schmutz und Unrat starrende Hütten", "Erdlöcher", "Lagerleben", "keine bleibende Stätte", "faßt nirgends Wurzel" etc.

Der Kategorie AUSSEHEN/WESEN konnten die meisten Aussagen (55) zugeordnet werden. Sie beschreiben das äußere Erscheinungsbild sowie die Charakterzüge der Zigeuner, z.B. "kraftlos scheinende Männer", "bleiche müde Weiber", "braune halbnaakte Kinder", "braune Söhne Hindostans", "häßliche Alte", "dunkle Parasiten", "defekt gekleidet und ungewaschen", "das zerlumpte braune Volk", "roh und verwildert", "Falschheit und Verlogenheit", "gesetz- und ordnungslos", "eigentümliche Volksart", "Halbtier", "faules Völklein", "geborene Faulenzer", "pictätlose Seelen" etc.

<sup>33</sup> Mode/Wöllfling: *Zigeuner, der Weg eines Volkes in Deutschland*. Leipzig 1968, 45.

<sup>34</sup> "Die Zigeunerfrage im Burgenland"; in: *Burgenlandwacht*, 18.5.1930.

"Die Zigeunerfrage im Burgenland"; in: *Burgenlandwacht*, 25.5.1930, 4.

"Die Zigeunerfrage im Burgenland"; in: *Burgenlandwacht*, 1.6.1930, 5.

"Die Zigeunerfrage im Burgenland"; in: *Burgenlandwacht*, 8.6.1930, 6.

<sup>35</sup> "Die Zigeunerplage größer denn je"; in: *Der Freie Burgenländer*, 20.7.1930, 5.

"Immer wieder die Zigeuner"; in: *Der Freie Burgenländer*, 21.9.1930, 4.

<sup>36</sup> "Die Zigeunerfrage im Burgenland"; in: *Burgenländische Heimat*, 20.10.1931, 5. "Gedanken zur Zigeunerfrage"; in: *Burgenländische Heimat*, 6.8.1932, 5.

<sup>37</sup> Das Problem der Zigeunerfrage im Burgenland; in: *Neue Eisenstädter Zeitung*, 12.1.1930, 2f.

<sup>38</sup> "Aus dem Leben der Zigeuner"; in: *Burgenländisches Volksblatt*, 21.1.1936, 7.

<sup>39</sup> "Die Zigeuner"; in: *Grenzmark Burgenland*, 17.7.1938, 7.

Der Kategorie SOZIALES/KRIMINALITÄT wurden 20 Aussagen zugeordnet, die aufzeigen, wodurch sich die seßhafte Bevölkerung von seiten der Zigeuner bedroht fühlte bzw. womit diese zur Belastung wurden. Beispiele hierfür sind "Missetaten", "überwucherndes, bedrohendes Zigeunerelement", "fallen Gesellschaft zur Last", "Übeltaten", "ständige Bedrohung", "machen die Gegend unsicher" etc.

Die den vier Kategorien zugeordneten Aussagen wurden in jedem der elf Zeitungsartikel nach der Häufigkeit ihres Auftretens untersucht, die je nach Größe des Artikels zu- bzw. abnimmt. Um diesem Umstand bei der Bewertung Rechnung zu tragen, wurde jeder Artikel in Einheiten eingeteilt, wobei der flächenmäßig kleinste eine Einheit bildet (1 Einheit = 117 cm<sup>2</sup>).<sup>40</sup>

### Burgenlandwacht

Die Aussagen der Kategorien LEBENSUNTERHALT, WOHNEN, AUSSEHEN/WESEN und SOZIALES/KRIMINALITÄT treten in den vier Artikeln der *Burgenlandwacht*<sup>41</sup> mit folgender Häufigkeit auf:

Artikel aus *Burgenlandwacht* 1930

	18.5.	25.5.	1.6.	8,6	
Lebensunterhalt	19	1	3	7	30
Wohnen	4	1	9	7	21
Aussehen/Wesen	15	11	2	4	32
Soziales/Kriminalität	18	11	5	5	39
	56	24	19	23	122

Inhaltlich bilden die Artikel aus der *Burgenlandwacht* des Jahres 1930 einen vierteiligen Fortsetzungsbericht über die "Zigeunerfrage im Burgenland".<sup>42</sup> Schwerpunkt der Angriffe in der *Burgenlandwacht* bildet das soziale Verhalten der Zigeuner, die Gefahr, die sie für die Gesellschaft darstellen (39 mal). Den geringsten Anstoß nehmen die Verfasser des Artikels an der Art des Wohnens, an der Nicht-Seßhaftigkeit der Zigeuner (21 mal).

Die relativ große Häufigkeit von Aussagen über die Zigeuner in der *Burgenlandwacht* vom 18.5.1930 ist schon wegen der Größe des Artikels (11 Einheiten) nicht verwunderlich. Ein weiterer wichtiger Faktor, der die große Häufigkeit an Aussagen, besonders solcher, die in die Kategorien LEBENSUNTERHALT und SOZIALES/KRIMINALITÄT fallen, erklärt, ist die Tatsache, daß in diesem Artikel unter anderem die "Ausführungen eines hohen Gendarmereibeamten

über die Zigeunerfrage zur Kenntnis gebracht werden".<sup>43</sup>

Bemerkenswert ist, daß in diesem Artikel sogar eine positive Aussage gemacht wird, und zwar über das äußere Erscheinungsbild der Zigeuner:

Sie sind von mittlerer Gestalt, wohlgebaut, mit schlanken, kräftigen, muskulösen Gliedern, gelbbrauner Hautfarbe, dichtem schwarzem Haar, guten Zähnen und schönen Augen mit langen schwarzen Wimpern.<sup>44</sup>

Betrachtet man jedoch diese positive Aussage im Kontext, so stellt sich heraus, daß sie in abwertende Äußerungen über Herkunft ("... Angehörige einer ausgestoßenen, geächteten Kaste ...")<sup>45</sup> und Nahrung ("... notgeschlachtetes oder verendetes Vieh ...")<sup>46</sup> der Zigeuner eingebettet ist. Die Wirkung der positiven Beschreibung des Aussehens der Zigeuner wird sofort abgeschwächt, indem mit einem mit Anschuldigungen gespickten Text fortgesetzt wird. Hinzu kommt noch, daß eine einzige positive Aussage gegenüber 55 negativen, abwertenden Aussagen als gezielt einseitige Information über die Zigeuner interpretiert werden kann.

In der 2.Folge der Serie (*Burgenlandwacht* vom 25.5.1930 - 7 Einheiten) richtet sich von den insgesamt 24 Aussagen über die Zigeuner die Mehrzahl gegen ihr Aussehen und Wesen bzw. gegen ihr soziales Verhalten (je 11 mal). Die Angriffe bezüglich ihres Lebensunterhaltes und Wohnens sind gering (je 1 mal). Auffallend ist jedoch wieder eine positive Aussage über das Wesen der Zigeunerkinder, denen "natürliche Anlagen, wie: geweckter Sinn, Sprachtalent, große Unbefangenheit"<sup>47</sup> zugestanden werden. Im Kontext verliert diese Aussage gegenüber den zahlreichen Anschuldigungen jedoch sofort wieder an Gewicht.

Der dritte Artikel der *Burgenlandwacht* vom 1.6.1930 ist der mit den wenigsten Aussagen über die Zigeuner (19 mal) und zwar deswegen, weil er die kleinste Fläche von allen vier beansprucht (4 Einheiten) und weil er Vorschläge für ein neues Zigeunergesetz enthält, somit nicht so sehr die Zigeuner angreift, als "Verbesserungen" auflistet, die jedoch nur Schikanen darstellen:

... Da die Zigeuner aus ihrer eigentümlichen Volksart heraus Eigenschaften aufweisen, die sie wesentlich und im ungünstigsten Sinne von den anderen Bundesbürgern unterscheiden, sollte ihnen insoweit das Wahlrecht aberkannt werden, als sie sich nicht zu anderen Gewohnheiten bequem hätten. [...] Alle geschäfts- und arbeitslos herumziehenden Zigeuner wären [...] der gerichtlichen Behandlung als Landstreicher [...] verschärfter Strafanwendung zuzuführen [...].<sup>48</sup>

Der vierte Artikel dieser Zeitung, - *Burgenlandwacht* vom 8.6.1930 (6 Einheiten) - enthält weitere Vorschläge für das neue "Zigeunergesetz", in dem sämtliche Lebensbereiche der Zigeuner eingeschränkt

<sup>40</sup> Siehe 34 bis 39.

<sup>41</sup> Siehe 34.

<sup>42</sup> Ebenda. Der flächenmäßig größte Artikel ist in der *Burgenlandwacht* vom 18.5.1930 (11 Einheiten); gefolgt von dem in der Ausgabe vom 25.5.1930 (7 Einheiten), vom 8.6.1930 (6 Einheiten) und 1.6.1930 (4 Einheiten).

<sup>43</sup> *Burgenlandwacht*, 18.5.1930, 5.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> *Burgenlandwacht*, 25.5.1930, 4.

und beschnitten werden sollten, daher die ungefähr gleichmäßige Verteilung der Aussagen.

#### Der Freie Burgenländer

	20.7.1930	21.9.1930	
Lebensunterhalt	6	2	8
Wohnen	3	1	4
Aussehen/Wesen	1	1	2
Soziales/Kriminalität	3	1	4
	13	5	18

In den Artikeln des *Freien Burgenländers* (3 Einheiten und 1 Einheit)<sup>49</sup> ist der Grund für die relativ geringe Anzahl der Aussagen über die Zigeuner in der Größe der Fläche zu finden, die für diesen Artikel beansprucht wird. Diese zwei Artikel des *Freien Burgenländers* sind von allen untersuchten Artikeln die flächenmäßig kleinsten.

Während die Aussagen der Kategorien WOHNEN, AUSSEHEN/WESEN und SOZIALES/KRIMINALITÄT ungefähr gleich verteilt sind, bilden die Aussagen der Kategorie LEBENSUNTERHALT den Schwerpunkt in den verbalen Angriffen gegen die Zigeuner. Dies läßt sich daraus erklären, daß im *Freien Burgenländer* vom 20.7.1930 die Forderung nach einem Sondergesetz für die Zigeuner laut wird, wobei ihnen vor allem ihre Lebensweise angekreidet wird, die eben durch dieses Gesetz unterbunden werden soll.

In der Nummer vom 21.9.1930 findet sich mit 1 Einheit der flächenmäßig kleinste untersuchte Artikel, daher die geringe Anzahl an Aussagen. Darüber hinaus stellt er eine kurze inhaltliche Zusammenfassung des Artikels vom 20.7.1930 dar.

#### Burgenländische Heimat

	20.10.1931	6.8.1932	
Lebensunterhalt	13	11	24
Wohnen	1	1	2
Aussehen/Wesen	1	10	11
Soziales/Kriminalität	16	6	22
	31	28	59

Der Schwerpunkt in den Anschuldigungen gegen die Zigeuner in den Artikeln der *Burgenländischen Heimat* aus 1931 (4 Einheiten) und 1932 (4 Einheiten)<sup>50</sup> bezieht sich, wie schon so oft, auf die Art, wie sich dieses Volk seinen Lebensunterhalt sichert, gefolgt von Anschuldigungen der Gefahr, die sie für die

Gesellschaft darstellen. Sehr gering, nämlich nur insgesamt 2 mal, wird die Art des Wohnens angegriffen. Diese Unausgeglichenheit in den Aussagen kann dadurch erklärt werden, daß der Artikel von 1932 ein Bericht eines burgenländischen Landesrates ist, der, wie viele andere auch, die Lebensweise und das soziale Verhalten der Zigeuner ankreidet. Ebenso wie in anderen Artikeln werden Vorschläge für Maßnahmen gegen die Zigeuner vorgebracht, Maßnahmen, die ihr Leben auf zwanghafte Weise einschränken würden.

Dennoch hebt sich dieser Artikel von den bisher untersuchten ab: Es erfolgen hier zwar keine positiven Aussagen über die Zigeuner, wie dies in der *Burgenländischen Heimat* 1931/32 der Fall ist, erstmals wird jedoch die Bevölkerung mitverantwortlich für die Taten der Zigeuner gemacht. Der Verfasser des Artikels bringt Vorschläge zur "Lösung der Zigeunerfrage"<sup>51</sup>, die zum ersten Mal nicht auf die einheimische Bevölkerung zugeschnitten sind und das Leben der Zigeuner einschränken, sondern fordern, die Vorurteile gegenüber diesem Volk abzubauen. Der Zigeuner wird erstmals als "Mensch wie wir"<sup>52</sup> bezeichnet, weiters wird die Selbstmachung der Zigeuner verlangt, jedoch nicht wie bisher durch Zwangsmaßnahmen, sondern durch Übergangsbestimmungen, die auf das Leben der Zigeuner abgestimmt sein sollen und sie später mit staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ausstatten.<sup>53</sup>

#### Neue Eisenstädter Zeitung

Lebensunterhalt	3
Wohnen	5
Aussehen/Wesen	5
Soziales/Kriminalität	1
	14

Von den insgesamt 14 Aussagen im Artikel der *Neuen Eisenstädter Zeitung*<sup>54</sup> (5 Einheiten) richten sich je 5 gegen die Wohnstätten bzw. das Aussehen/Wesen der Zigeuner und bilden somit die Hauptangriffspunkte. Ungewöhnlich gering sind die Angriffe gegen das soziale Verhalten (1 mal), was sich jedoch aus dem Inhalt dieses Artikels erklären läßt, der von "herumwandernden, arbeitsunwilligen Zigeunern"<sup>55</sup> spricht.

Ebenso wie im Artikel der *Burgenländischen Heimat* 1932 ist hervorzuheben, daß auch hier die Schuld für die Lebensweise der Zigeuner nicht nur ihnen selbst, sondern auch der ungarischen und der österreichischen Verwaltung angelastet wird.<sup>56</sup> Diese gutgemeinte Äußerung verliert jedoch sofort an Bedeutung,

<sup>48</sup> *Burgenlandwacht*, 1.6.1930, 5.

<sup>49</sup> Siehe 35.

<sup>50</sup> Siehe 36.

<sup>51</sup> *Burgenländische Heimat*, 6.8.1932, 5.

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> Siehe 37.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Ebenda.

da der Verfasser weiters meint, daß der Zigeuner "noch nicht fähig sei, gleichberechtigter Staatsbürger auch wirklich zu sein"<sup>57</sup>, jedoch nicht als "Halbtier"<sup>58</sup> behandelt werden könne, und daher die Lösung für dieses Problem ein "Mittelweg"<sup>59</sup> wäre.

#### Burgenländisches Volksblatt

Lebensunterhalt	7
Wohnen	8
Aussehen/Wesen	16
Soziales/Kriminalität	1
	32

Von den insgesamt 32 Aussagen im *Burgenländischen Volksblatt*<sup>60</sup> (4 Einheiten) fällt der Großteil in die Kategorie AUSSEHEN/WESEN (16 mal) und nur eine einzige Aussage in die Kategorie SOZIALES/KRIMINALITÄT. Erwähnenswert dabei ist, daß in diesem flächenmäßig relativ kleinen Artikel drei positive Aussagen über das Wesen und Aussehen der Zigeuner gemacht werden. Von "jungen, kräftigen Männern ... mit schneeweißen Zähnen zwischen den vollen, lächelnden Lippen"<sup>61</sup> ist hier die Rede.

Ebenso wie in den zuvor angeführten Artikeln der *Burgenlandwacht* sind die positiven Aussagen über die Zigeuner in Anschuldigungen eingebettet. Dennoch bleibt in diesem Artikel ein positiver Gesamteindruck. Der Verfasser prangert zwar gewisse Schandtaten einiger Zigeuner an (und überträgt sie auf das gesamte Volk), er zeigt jedoch auch die Vorzüge dieses Volkes, die den selbsthaften Menschen verwehrt bleiben, auf.<sup>62</sup> Negativen Aussagen folgen positiven und vice versa. Der Grund dafür, daß dem Leser ein eher gutes Bild vom Zigeuner im Gedächtnis bleibt, ist die lange Beschreibung von der Geschicklichkeit der Zigeuner, durch Wanderzeichen einander Mahnungen und Warnungen zukommen zu lassen, wobei der Verfasser den Scharfsinn und die Scharfsichtigkeit der Zigeuner lobt.<sup>63</sup> "Gekrönt" wird dieser Bericht durch den letzten Absatz:

Die Zigeuner sind glückliche Leute, trotz Elend, Armut und Unrast, und was macht sie so glücklich? Der Leichtsinne und - die Genügsamkeit. Die Zigeuner verlangen vom Leben: einen Mund voll Essen und ein Herz voll Liebe ...

<sup>57</sup> Ebenda

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Siehe 38.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Ebenda.

#### Grenzmark Burgenland

Lebensunterhalt	16
Wohnen	2
Aussehen/Wesen	5
Soziales/Kriminalität	10
	33

Hauptangriffspunkte im Artikel der *Grenzmark Burgenland*<sup>65</sup> (5 Einheiten) bilden der Lebensunterhalt und das soziale Verhalten der Zigeuner, relativ gering sind die Anschuldigungen bezüglich ihrer Wohnstätten.

#### Gegenüberstellung der Zeitungen

	BW	FB	BH	NEZ	BV	GB	
Lebensunterhalt	30	8	24	3	7	16	88
Wohnen	21	4	2	5	8	2	42
Aussehen/Wesen	32	2	11	5	16	5	71
Soziales/ Kriminalität	39	4	22	1			

(BW = *Burgenlandwacht*; FB = *Der Freie Burgenländer*; BH = *Burgenländische Heimat*; NEZ = *Neue Eisenstädter Zeitung*; BV = *Burgenländisches Volksblatt*; GB = *Grenzmark Burgenland*)

Von insgesamt 278 Ausgaben fällt der Großteil, nämlich 88, in die Kategorie LEBENSUNTERHALT, d.h., daß die Zigeuner in den untersuchten Zeitungsartikeln am häufigsten deshalb angegriffen wurden, weil sie sich ihren Lebensunterhalt durch gesetz- bzw. gesellschaftswidrige Handlungen sicherten. Die wenigsten Aussagen entfallen auf die Kategorie WOHNEN. Das Herumziehen, das Wohnen in Höhlen und das Lagerleben der Zigeuner spielte in den burgenländischen Printmedien also eine geringere Rolle.

Es fällt auf, daß in der *Neuen Eisenstädter Zeitung* und im *Burgenländischen Volksblatt* Aussagen, die in die Kategorie SOZIALES/KRIMINALITÄT fallen, nur ein einziges Mal vorkommen, obwohl in der Gesamtsumme die Aussagen dieser Kategorie an zweiter Stelle liegen.

Die Häufigkeit der Aussagen kann nicht direkt miteinander verglichen werden, da unterschiedlich viele Artikel pro Zeitung mit verschiedenen Größenanordnungen zur Verfügung standen. Ein Vergleich könnte nur zwischen der *Neuen Eisenstädter Zeitung* und der *Grenzmark Burgenland* gezogen werden, da beide Zeitungen nur einen Artikel gleicher Größe aufweisen. Hier ist zu bemerken, daß die *Grenzmark Burgenland* durch die doppelte Anzahl an Aussagen über die Zigeuner gegenüber der *Neuen Eisenstädter Zeitung* hervorsticht, was sich dadurch erklären läßt, daß

<sup>65</sup> Siehe 35.

*Grenzmark Burgenland* von Dr. Tobias Portschy, dem späteren burgenländischen nationalsozialistischen Landeshauptmann, herausgegeben wurde.

### Positive Aussagen

Von den insgesamt 278 Aussagen sind nur 5 positiv, je eine in den beiden Ausgaben der *Burgenlandwacht*, 3 im *Burgenländischen Volksblatt*. Diese beziehen sich auf das Aussehen bzw. das Wesen der Zigeuner und ihrer Kinder, es stehen aber trotzdem 66 negative Aussagen aus dieser Kategorie den positiven gegenüber.<sup>66</sup>

Alle Artikel, in denen positive Aussagen über die Zigeuner vorkommen, haben gemeinsam, daß die positiven Aussagen von den negativen in den darauffolgenden Sätzen abgeschwächt werden und so jene wieder vergessen lassen. Während für die Missetaten einiger Zigeuner sofort alle, das gesamte Volk, verantwortlich gemacht wurden, wurden positive Wesenszüge und gutes Aussehen - wenn überhaupt - nur wenigen zuerkannt.

### Zusammenfassung

Wenn man nun als Ergebnis zu dem Schluß kommt, daß die meisten Angriffe in den Zeitungsartikeln den Lebensunterhalt der Zigeuner betreffen, so hat dies mehrere Gründe:

Die Bevölkerung fühlte sich durch das Betteln, Hausieren etc. der Zigeuner belästigt, bisweilen sogar bedroht. Weiters sahen die Menschen damals eine gewisse Ungerechtigkeit darin, daß die Zigeuner "auf gut Glück" bzw. durch ungesetzliche Handlungen ihr Überleben sicherten, während - wie oft erwähnt wird - die "Einheimischen" regelmäßig arbeiteten und noch dazu Steuern zahlten. Daß aber die Zigeuner nicht in den Genuß der Sozialleistungen, wie Arbeitslosenunterstützung und Invalidenrente, kamen wird in den Zeitungsartikeln nicht erwähnt. Hier gibt es nur die "arbeitsame Bevölkerung" auf der einen und die "faulen Zigeuner" auf der anderen Seite, eine andere Wertung wird nicht zugelassen.

Verbunden mit den Angriffen auf die Art des Lebensunterhaltes sind die Angriffe auf ihr soziales Verhalten: Die Zigeuner werden als Kriminelle angesehen, als Gefahr für die Gesellschaft. Die Behörden wußten, daß die Bevölkerung in dieser Hinsicht besonders empfindlich reagierte und erhoffte sich Unterstützung in der "Beseitigung" der Zigeuner.

Ungeachtet des Wahrheitsgehalts der Aussagen weisen die untersuchten Zeitungsartikel zwei Mängel in der Berichterstattung auf: Erstens wird von einigen wenigen Zigeunern auf alle Zigeuner geschlossen: einige ungesetzliche Handlungen einzelner Zigeuner führten dazu, daß jegliche ungesetzliche Handlung dem gesamten Volk angelastet wurde. Zweitens wird es als nicht erwähnenswert erachtet, daß für viele Zi-

geuner diese ungesetzlichen Handlungen eine Notwendigkeit waren, d.h., daß sie keine andere Möglichkeit hatten, zu überleben. Gerade bei den häufig vorgeworfenen Diebstahlsdelikten handelte es sich in vielen Fällen um "Mundraub" oder "Organisieren", also um Fälle des Überlebenskampfes aus einer wirklichen Not heraus. Selbst ein Kritiker der Zigeuner, Otto Finger, mußte eingestehen, daß

... der echte, wandernde Zigeuner niemals ein Verbrecher (ist). Das Register seiner Straftaten zeigt, daß die meisten Vergehen geringfügiger Natur sind. ... Meist sind es Übertretungen wie Betteln, unerlaubte Grenzüberschreitung, Umherziehen ohne Erlaubnischein, unbefugtes Ausüben des Wandergewerbes, unbefugtes Jagen und Fischen. Gewalttaten sind in diesen Straflisten selten zu finden.<sup>67</sup>

Obwohl in den Artikeln einige Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Zigeuner gemacht wurden, sind sie sehr einseitig. Sie sind auf die "einheimische" Bevölkerung zugeschnitten, nicht auf die Zigeuner, sie sind keine Hilfe für dieses Volk, sondern bedeuten bloß Einschränkungen und Demütigungen.

Die jahrhundertlang praktizierte Lebensweise der Zigeuner konnte durch Vorschläge, wie sie in den zitierten Zeitungen vorgebracht wurden, nicht verändert werden. Die Gefahr dieser einseitigen, negativen Berichterstattung über die Zigeuner lag aber vor allem darin, daß sie zur Entstehung und vor allem zur Festigung von Vorurteilen beigetragen hat.

<sup>67</sup> Otto Finger: "Echte und unechte Zigeuner, ihre Stellung innerhalb der Volksgemeinschaft; in": *Nachrichtendienst des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Nr. 11, 1937, 2f.

Der Blätterteig

Zeit - Schrift - Medien

**Wir fordern: mehr Durchblick in den Medienschungel!**

**Medienpolitik  
Journalismus  
Medienforschung  
Werbung & PR  
Film, Kultur  
Computer**

Lernen Sie Österreichs kritisches, alternatives Medienmagazin kennen!

Probexemplare :

**Der Blätterteig  
Postfach 95  
A-1013 Wien**

Ein Projekt der Initiative für Öffentlichkeit und Kommunikation

<sup>66</sup> Insgesamt wurden dieser Kategorie 71 Aussagen zugeordnet.

AUGUSTIN MALLE

## Britische Presse und Medienpolitik gegenüber den Slowenen in Kärnten nach 1945

### Einleitung

Als die Verbände der britischen 8. Armee am 8. Mai 1945 in Klagenfurt einmarschierten, fand ihr PWB (Psychological War Branch) in Kärnten zwei grundverschiedene Voraussetzungen für die Herausgabe von Zeitungen in deutscher und slowenischer Sprache vor. Die Herausgabe der ersten Folge der *Kärntner Nachrichten* am 16. Mai 1945 zeigt, daß PWB für die redaktionelle Gestaltung und den Vertrieb einer deutschsprachigen Tageszeitung vorbereitet war und auch im Land selbst sehr schnell die notwendigen Mitarbeiter finden konnte, andererseits zeugt die Herausgabe der ersten Nummer der slowenischsprachigen Wochenzeitung *Koroška kronika* (Kärntner Chronik) am 20. Juli 1945 davon, daß die Briten hier auf größere Schwierigkeiten vor allem sprachlicher Natur und hinsichtlich eventueller Mitarbeiter aus den Reihen der Kärntner Slowenen gestoßen waren.

In Klagenfurt erschienen nach dem 8. Mai 1945 wohl einige Ausgaben des *Slovenski vestnik* (Slowenischer Bote), den das Personal einer bis dahin illegalen Partisanentechnik in der Druckerei Carinthia herstellte, aber nach dem Abzug der Einheiten der IV. Operationszone am 21. Mai 1945 jedoch waren die Voraussetzungen dazu nicht mehr gegeben, und die Zeitung erschien in der Folge bis zu ihrer neuerlichen Publizierung am 14. Juni 1946 in Wien in Form einer vervielfältigten Druckschrift als *Vestnik* (Bote) - Informationsorgan für Funktionäre und Aktivisten des Gebietsausschusses der Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten.

### Wochenzeitung, Radiosendungen, Verlag

Die Pressepolitik, die PWB gegenüber den Kärntner Slowenen verfolgte, war dreifacher Art:

- Herausgabe der Wochenzeitung *Koroška kronika* (Kärntner Chronik), als Monatsbeilage erschien die *Mlada Koroška* (Jungkärnten);
- und Betreuung slowenischer Sendungen beim Sender Klagenfurt;
- Herausgabe diverser anderer Druckschriften (Bücher, Wandkalender, Grußkarten), die alle im Verlag der *Koroška kronika* erschienen.

Einige Bücher und auch *Mlada Koroška* fanden als Unterrichtsmittel Verwendung im Rahmen des zweisprachigen Unterrichtes, der mit der Verordnung der Provisorischen Kärntner Landesregierung vom 3.

Oktober 1945 zur Neugestaltung der zweisprachigen Volksschulen im südlichen Gebiet Kärntens eingerichtet wurde.

### *Kärntner Nachrichten* und Slowenenfrage

Während die Herausgabe der *Kärntner Nachrichten* von den Briten eigentlich problemlos bewältigt wurde und bis zur Einstellung der Tageszeitung am 31. Dezember 1945 konfliktfrei vonstatten ging, kann dies für die slowenische Wochenzeitung *Koroška kronika* keinesfalls gesagt werden.

Mit der Zulassung von politischen Parteien, die natürlich auch ein Interesse an der Herausgabe eigener Presseorgane hatten, wurden die *Kärntner Nachrichten* nicht mehr benötigt. Ende Oktober 1945 kündigten die *Kärntner Nachrichten* in Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 1. Oktober 1945 über die Pressefreiheit in Österreich das Erscheinen politischer Wochenblätter in Kärnten an und meinten, daß damit der Anfang für eine freie, unabhängige Presse nach den Grundsätzen der Demokratie gemacht sei.<sup>1</sup> Am 13. Dezember 1945 teilten die *Kärntner Nachrichten* ihren Lesern kurz mit, daß die Absicht bestehe, "die Tagespresse in Kärnten und Steiermark so bald wie möglich in österreichische Hände überzuführen. Diese Übergabe soll spätestens am 1. Jänner 1946 erfolgen. Demzufolge werden die *Kärntner Nachrichten* nach diesem festgesetzten Zeitpunkt ihr Erscheinen einstellen und durch von Österreichern herausgegebene Zeitungen ersetzt werden".<sup>2</sup> In einem längeren Beitrag begrüßten die *Kärntner Nachrichten* das Erscheinen der Tageszeitungen von SPÖ und ÖVP, meinten, daß der Wechsel von den *Kärntner Nachrichten* zu ihnen "sowohl recht und billig wie an der Zeit" sei, hoben die Bedeutung der Presse auf demokratischer Grundlage hervor und dankten ihren Lesern.<sup>3</sup> In ihrer letzten Folge faßten die *Kärntner Nachrichten* ihre Zielsetzungen noch einmal zusammen:

Durch mehr als sieben Monate war es unsere Pflicht und unsere Ehre, der Bevölkerung des Landes Kärnten einen wahren, unvoreingenommenen und zusammenfassenden Bericht über die Ereignisse der Welt von heute zu bringen. Die *Kärntner Nachrichten* waren das Organ der britischen Besatzungstruppen; um aber vor allem den Bedürfnissen der Kärntner zu dienen, mußten wir bis zur Übernahme durch die Österreicher die Treuhänder für die demokratische Presse sein.<sup>4</sup>

Im gleichen Beitrag wurde die Auflagenhöhe für den Mai mit 20.000 und für den Monat Dezember mit 100.000 Exemplaren angegeben. In einem weiteren Beitrag schrieb Patrick Smith über die Mitarbeit der Kärntner und meinte zur Zukunft des Zeitungswesens in Kärnten:

<sup>1</sup> *Kärntner Nachrichten* (Kin. NR.), Folge 139, 1.

<sup>2</sup> *Kin.NR.*, Folge 179, 1.

<sup>3</sup> *Kin.NR.*, Folge 189, 1.

<sup>4</sup> *Kin.NR.*, Folge 198, 1; August Walz, *Kärnten 1945. Vom NS-Regime zur Besatzungsherrschaft im Alpen-Adria-Raum*. Klagenfurt 1985, 292-295.

Während der vergangenen acht Monate haben viele ihrer Landsleute loyal bei der Herausgabe dieser Zeitung mitgearbeitet. Mit dem morgigen Tag wird dieses Blatt zu bestehen aufgehört haben, jedoch hoffe und glaube ich, daß die demokratische Tradition eines freien Zeitungswesens, die durch die *Kärntner Nachrichten* in diesem kurzen Zeitraum wiederhergestellt wurde, auf derselben Linie fortgesetzt und noch weiter entwickelt werden wird.<sup>5</sup>

Die *Kärntner Nachrichten* beschäftigten sich wiederholt auch mit Fragen der slowenischen Minderheit, insbesondere mit der Kärntner Grenzfrage. Bereits in der zweiten Folge des Blattes wurde auf die Volksabstimmung des Jahres 1920 hingewiesen<sup>6</sup>, einige Tage später berichtete die Zeitung von einem Erlaß Feldmarschall Alexanders, in dem folgendes zur Lage im Gebiet von Triest und in Teilen von Kärnten erklärt wurde:

Marschall Tito beansprucht für Jugoslawien italienische Gebiete rund um Triest und Teile Kärntens mit Klagenfurt. Wir haben prinzipiell gegen die Anmeldung solcher Ansprüche nichts einzuwenden, die bei der Friedenskonferenz geprüft und gerecht und unparteiisch entschieden werden.<sup>7</sup>

Daraufhin wird die Anwendung von Waffengewalt zur Regelung strittiger Grenzfragen abgelehnt und nochmals betont:

Wir haben uns verpflichtet, solche umstrittenen Gebiete als Treuhänder zu verwalten, bis die Friedenskonferenz eine Entscheidung gefällt hat.<sup>8</sup>

Auch den Bericht über den Abzug jugoslawischer Truppen aus Kärnten, den die Briten durch leihweise Überlassung von Lastkraftwagen unterstützten, begleitete eine kurze Meldung mit dem Hinweis auf die kommende Friedenskonferenz:

In politischen Kreisen in London wird bemerkt, daß der Abzug der jugoslawischen Truppen aus Kärnten in keiner Weise die Forderung auf Kärnten zu beeinflussen braucht, die Jugoslawien auf der Friedenskonferenz anmelden kann.<sup>9</sup>

Unmittelbar vor ihrer Einstellung räumten die *Kärntner Nachrichten* durch die kommentarlose Übernahme eines Berichtes des Landespressendienstes breiten Raum jener anonymen Slowenengruppe ein, die als "Zveza avstrijskih Slovencev" (Bund österreichischer Slowenen) der "Osvobodilna fronta" (Befreiungsfront) den Alleinvertretungsanspruch absprach.<sup>10</sup> Der Bericht des Landespressendienstes verfolgte eindeutig das Ziel der Spaltung der Minderheit. Die anonym gebliebenen Slowenen wurden mißbraucht. Die Landesregierung unternahm niemals auch nur einen ernsthaften Versuch, den wesentlichen Forderungen dieser Slowenen nachzukommen.

## Das Engagement der Briten im slowenischen Bereich

Das Engagement der Briten im Bereich des slowenischen Pressewesens dauerte viel länger und wurde

erst Ende April 1950 beendet, wobei noch zu beachten wäre, daß die Briten einige Zeit hindurch noch auf die Wochenzeitung *Naš tehnik-kronika* (Unsere Wochen-Chronik) durch ihre Presseagentur und durch slowenische Mitarbeiter des Senders Klagenfurt, die noch in britischen Diensten standen, Einfluß ausüben konnten.

Was bewog nun die Briten, daß sie derart lange auf die Herausgabe ihrer slowenischen Wochenzeitung verzichten wollten? Welche Ziele verfolgten sie mit der *Koroška kronika*, mit welchen Problemen hatten sie sich in dieser Zeit auseinanderzusetzen, und welche Konflikte bescherte ihnen die Herausgabe dieser slowenischen Wochenzeitung? Einige Antworten auf diese Fragen geben verschiedene Beiträge in der Zeitung selbst, die meist in Form von Rückblicken zu Jahrestagen ihrer Gründung erschienen; diverse Polemiken des *Slovenski vestnik* (Slowenischer Bote), des Organs der "Osvobodilna fronta za Slovensko Koroško" kurz OF ("Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten") dokumentieren einige Konflikthöhepunkte, schließlich gibt bereits zugängliches Archivmaterial Auskunft über die Zielsetzung der Wochenzeitung, über Personalprobleme innerhalb der Redaktion sowie über Versuche, die Wochenzeitung abzustößen, und schließlich über ihre Einstellung.

## Die Grenzpolitik der OF

Als am 16. Mai 1945 die erste Folge der *Kärntner Nachrichten* erschien, tagte in Klagenfurt gerade die Gebietskonferenz der OF, auf der Dr. Franz Petek zum Vorsitzenden ihres Gebietsausschusses gewählt wurde. Die OF hatte bereits unter der Nazi Herrschaft ein funktionierendes Netz aufgebaut. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches wurde dieses Netz noch weiter ausgebaut und durch Schaffung verschiedener Unterorganisationen und Büros verstärkt. Die OF behauptete sich auch nach dem Abzug jugoslawischer Truppen als ernstzunehmende politische Kraft im Südkärntner Raum. An Hand der bisher zugänglichen Quellen darf angenommen werden, daß sie erst nach den Nationalrats- und Landtagswahlen vom 25. November 1945, auch infolge ihrer Wahlabstimmung, stark und schnell an Bedeutung verlor. Die OF setzte sich mit ihren Unterorganisationen bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen am 20. Juni 1949 konsequent für einen Anschluß Südkärntens an Jugoslawien ein. Die in der OF organisierten Kärntner Slowenen glaubten nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches ihre nationale Existenz und Entwicklung in der Vereinigung mit Slowenien bzw. Jugoslawien besser abgesichert zu sehen, als im Nachkriegskärnten bzw. Österreich. Den Hinweis auf das Plebiszit des Jahres 1920 beantwortete die OF oft mit dem Verweis auf den bewaffneten Befreiungskampf, den sie auch als "Plebiszit des Blutes" bezeichnete.<sup>11</sup>

<sup>5</sup> *Km.NR.*, Folge 193, 1.

<sup>6</sup> *Km.NR.*, Folge 2, 1.

<sup>7</sup> *Km.NR.*, Folge 5, 1.

<sup>8</sup> A.a.O.

<sup>9</sup> *Km.NR.*, Folge 7, 1.

<sup>10</sup> *Km.NR.*, Folge 191, 1.

<sup>11</sup> Zum Thema s. Tone Zorn: *Politična orientacija koroških Slovencev in Bojza mejo v letih 1945-1950* (Die politische Orientierung der Kärntner Slowenen und der Kampf um die Grenze von 1945-1950) Ljubljana 1968 (masch. Diss.).

Nachdem nun die Briten die Entscheidung über die künftigen Grenzen der Friedenskonferenz vorbehalten wissen wollten, die OF aber ständig für eine Grenzrevision im Sinne ihrer Vorstellungen eintrat, war der permanente Konflikt sozusagen vorprogrammiert. Im Rahmen dieses Konfliktes machten viele Funktionäre und Aktivisten der OF wiederholt Bekanntschaft mit verschiedenen Gefängnissen in Kärnten, aber auch mit Haftanstalten im übrigen Österreich.

Diese britische Haltung führte Ende Oktober, Anfang November 1945 auch zu ernsthaften Spannungen innerhalb der OF und zum Rücktritt von Landesrat Dr. Josef Tischler. Dr. Josef Tischler, der die OF als wahlwerbende Gruppe angemeldet hatte, verpflichtete sich gegenüber der britischen Militärregierung, im Wahlkampf auf jede Anschlußagitation zu verzichten. Daraufhin wurde ihm von der OF das Vertrauen entzogen.<sup>12</sup> Die OF faßte die Entscheidung, sich bei den Wahlen nicht zu bewerben. Um aber ihre Tätigkeit ausüben zu können, mußte die OF praktisch ebenfalls jene Bedingung der Briten zur Kenntnis nehmen, die den Fall Dr. Tischlers bewirkten:

Die "Befreiungsfront", anerkennend, daß die gegenwärtigen Grenzen Österreichs nicht geändert werden können, es sei denn durch einen Beschluß der Friedenskonferenz, hat von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten, ihre Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze und Anordnungen der Militärregierung fortzusetzen,

heißt es diesbezüglich in den *Kärntner Nachrichten*.<sup>13</sup>

## Die Gründung der *Koroška kronika*

Über die näheren Umstände der Gründung der *Koroška kronika* wissen wir sehr wenig. Anfang Juli 1945 kam Gerald Sharp nach Kärnten und wartete in Maria Rain auf seine Weiterreise nach Graz, zugleich wartete in Klagenfurt ein gewisser Herr Hogg auf seine Weiterreise nach Wien. Sharp hatte in Bari die alliierten Radiosendungen für Österreich und Jugoslawien geleitet. In Klagenfurt bekamen beide Herrn den Auftrag, eine slowenische Wochenzeitung zu gründen. Die Voraussetzungen dafür waren äußerst schlecht. Gerald Sharp erwähnt einige:

Wenn die Herausgabe einer neuen Zeitung vorbereitet wird, müssen tausend Hindernisse und Schwierigkeiten überwunden werden. *Koroška kronika* stieß aber auf noch größere Schwierigkeiten, als sie üblicherweise anzutreffen sind. Die Nazis hatten alle ihre Kräfte eingesetzt, um alle Spuren der slowenischen Sprache und der slowenischen Kultur in Kärnten auszumerzen. Was an slowenischen Büchern vorhanden war, haben sie vernichtet und verbrannt, und jene Slowenen, die einer journalistischen und kulturellen Tätigkeit mächtig gewesen wären, waren teilweise noch in den Anhaltelagern in Deutschland verstreut, teilweise waren sie mit dem Aufbau ihrer Heime und Existenzen beschäftigt, und teilweise blickten sie mit Mißtrauen auf den neuen "Okkupator". So fehlte es auch an Redaktionpersonal.<sup>14</sup>

Das fehlende Personal wurde großteils unter den slowenischen Emigranten rekrutiert, was wiederum den Widerstand der OF hervorrief. Dieser äußerte sich aber eigentlich erst nach der Umgestaltung der Wochenzeitung in ein kulturorientiertes Blatt, obwohl bis zu dessen Einstellung natürlich auch Berichte über alle wichtigen politischen Ereignisse nachzulesen sind und in den Lokalberichten auch über die politischen Geschehnisse auf Gemeindeebene berichtet wurde. Das Blatt stand jedoch der gesellschaftlichen Neuordnung in Slowenien und Jugoslawien skeptisch bzw. ablehnend gegenüber und enthielt sich im Sinne der allgemeinen britischen Haltung, daß die Lösung der Kärntner Grenzfrage der Friedenskonferenz vorzubehalten sei, fast jeder Berichterstattung über diesbezügliche Aktivitäten der OF.

Wegen ihrer "apolitischen Haltung" wurde der Zeitung von slowenischer Seite vorgeworfen, daß sie die Kärntner Slowenen depolitisiere und einschläfere. Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, daß sie in die slowenische Publizistik in Kärnten neue Formen des Journalismus einbrachte. Hervorzuheben wäre einerseits das Bestreben der Trennung von Nachricht und Kommentar, andererseits das Einbringen von Themen, die bis dahin keine slowenische Zeitung in Kärnten besprochen hatte, wenn man von den ersten zaghaften Versuchen des *Koroški Slovenec* (Kärntner Slowene) während seines Erscheinens unter den Bedingungen der Nazi Herrschaft (1938 bis 1941) absieht. Folgende Rubriken wären zu erwähnen: "Cvetje in klasje" ("Literatur"), "Naše gospodarstvo" ("Unsere Wirtschaft"), "Domače novice" ("Lokalberichte"), "Kaj je novega v Avstriji" ("Österreichberichte"), "Nasveti" ("Ratschläge"), "Novice iz Slovenije" ("Neuigkeiten aus Slowenien") "Zanimivosti preteklega tedna" ("Interessantes der vergangenen Woche").

## Die Ziele der *Koroška kronika* und erste Reaktionen

Leicht hatte es der Leiter von PWB Kärnten, Gerald Sharp, mit der slowenischen Wochenzeitung sicher nicht. Allein die Bekanntmachung der Herausgabe einer slowenischen Wochenzeitung und ihrer Ziele läßt den Schluß zu, daß sich die "allgemeine Entrüstung", die viele Fehler der ersten Nummer übersehen ließ, auf die Herausgabe der Zeitung selbst bezieht.<sup>15</sup> Ein kurzer Bericht über die neue slowenische Wochenschrift *Koroška kronika* erschien auch in den *Kärntner Nachrichten*.<sup>16</sup> Im Unterschied zum slowenischen Beitrag "Našim bralcem" ("Unsere Lesern") in der *Koroška kronika* fehlt darin jene bezeichnende Passage, die den bewaffneten Widerstandskampf der Kärntner Slowenen betrifft.

Mit der Veröffentlichung dieser Wochenschrift in slowenischer Sprache wollen die Herausgeber, heißt es, einen bescheidenen Beitrag zur Wiederherstellung friedlicher und erträglicher Verhältnisse in dem durch den zweiten Weltkrieg gequälten Europa leisten.

<sup>12</sup> Wilhelm Wadel: *Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick*. Klagenfurt 1985. 106-120

<sup>13</sup> *Km.NR.*, Folge 155, 1.

<sup>14</sup> *KK* (*Koroška kronika*), Nr.31/1947, 1.

<sup>15</sup> *KK* Nr.30/1946, 1.

<sup>16</sup> *Km.NR.*, Folge 59,2

Die Kärntner Slowenen, an die sich dieses Blatt wendet, haben viel unter dem Nazijoch zu leiden gehabt und sie haben eifrig am Kampf teilgenommen, der schließlich durch gemeinsame Anstrengungen der europäischen Völker siegreich gegen Hitler ausgekämpft wurde. (Unterstrichen von A. M., die unterstrichene Passage fehlt in den Kärntner Nachrichten). Noch dauert im Fernen Osten der Freiheitskampf an, aber es konnten doch schon beträchtliche Schritte beim Wiederaufbau Europas erzielt werden - auch bei uns in Kärnten, wo Hitler einst herrschte.

Außer den materiellen Gütern, die der Krieg zerstört hat, gilt es heute auch, die geistigen zu erneuern, indem es allen Menschen ermöglicht wird, ohne äußeren Zwang zu denken, zu sprechen und zu lesen.

Von diesem Gedanken der Freiheit getragen, die zu den grundlegenden "vier Freiheiten" zählt, die der verstorbene Präsident Roosevelt in der Atlantik-Charta formuliert hat, wollen die Herausgeber den slowenisch sprechenden Kärntnern Gelegenheit geben, Nachrichten aus aller Welt und, soweit die noch zur Verfügung stehenden bescheidenen Mittel es ermöglichen, vom eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Leben in der eigenen Sprache zu lesen.<sup>17</sup>

Weitere Tätigkeiten Gerald Sharps, seine Erwähnungen des bewaffneten Widerstandes der Kärntner Slowenen und sein Eintreten für deren Rechte lassen darauf schließen, daß man in Kärnten darauf eher ungehalten reagierte. So wußte Sharp davon zu berichten, daß einige zur Überzeugung gekommen seien, daß die Zeitung "gegen die Interessen Österreichs" arbeite.<sup>18</sup> Er wehrte sich dagegen und interpretierte für die Leser auch die Verwendung der Österreichkarte im Titel der Zeitung:

Zuerst wollten wir Kärnten darstellen. Diesen Gedanken haben wir deshalb verworfen, weil diese Landkarte allzuleicht als Beispiel für einen kurzfristigen Provinzialismus eines Teiles Österreichs gelten könnte. ... Mit unserer Landkarte wollten wir auch auf die Geschichte aufmerksam machen, die uns lehrt, daß dieses Österreich nicht allein den deutschsprechenden Bewohnern gehört, sondern auch der slowenisch, kroatisch und tschechisch sprechenden Bevölkerung.<sup>19</sup>

Die anscheinend umstrittene Österreichkarte (Jg. 1946/Nr. 1-29) wurde zunächst durch ein anderes geschichtlich symbolträchtiges Bild, den Herzogsstuhl (Jg. 1946/Nr. 30), und das Kärntner Wappen (Jg. 1946/Nr. 31-54, Jg. 1947/Nr. 1-23) ersetzt. Danach verwendete die Redaktion einige Zeit im Zeitungskopf wiederum nur den Herzogsstuhl (Jg. 1947/Nr. 24-53, Jg. 1948/Nr. 1-33) und verzichtete letztlich ganz auf die Verwendung von Symbolen im Titelkopf. Gerald Sharp setzte sich für die Rechte und den Gebrauch der slowenischen Sprache ein und widersprach jenen, die den gerechten Forderungen der Slowenen ablehnend gegenüberstanden und meinten, daß dies und jenes überhaupt nicht notwendig sei, wenn es schon nicht gleich nach Hochverrat rieche. Sharp erinnerte wiederholt an die Nazi Herrschaft und ihre Unterdrückungsmethoden:

Es war natürlich viel einfacher, wenn alle deutsch gesprochen haben oder aber schwiegen. Das, meine Herrn, ist eine andere Art von Friede, und da wollen wir die Slowenen nicht als Unruhestifter bezeichnen. Diese Art Friede ist jener Friedhofsfriede, in welchem die Nazis mit ihrer hochgeschätzten Kultur halb Europa in einen Friedhof verwandelt haben.<sup>20</sup>

Er erinnerte an die psychologischen Dimensionen des Konflikts, die mit Gesetzen nicht zu lösen seien, und kritisierte die Herrenvolkmentalität. Im März 1946 wurde vom PWB eine Landkarte Südkärntens mit den angrenzenden Gebieten Jugoslawiens und Italiens in drei Sprachen veröffentlicht.

Das Interesse in der Öffentlichkeit hat uns gezeigt, daß wir den Wunsch der Kärntner Slowenen richtig verstanden haben. Von bestimmten Seiten wurden wir zwar verdächtigt, daß wir mit dem Druck dieser Landkarte dunkle politische Ziele verfolgen, dies war jedoch genausowenig auszuschließen, wie es jeder Grundlage entbehrt, meint G. Sharp.<sup>21</sup>

Karte und Ortsverzeichnis fanden ein Jahr später Verwendung in der ersten Ausgabe des *Album Koroške* (Album Kärntens), die auch wegen der Widmung für große Aufregung sorgte. Das Buch gab der PWB heraus, die Aufnahmen steuerte Gerald Sharp bei, der auch folgende Widmung verfaßte:

... Dieses Album legen wir zu Ihrer Weihnachtskrippe und widmen es dem Gedächtnis der Opfer der Kärntner Slowenen im vergangenen Weltkrieg, die ihre schöne Erde so geliebt haben, daß sie ihr das Teuerste, das Gott dem Menschen gegeben hat, ihr Leben, geopfert haben. In stiller Bewunderung und tiefer Ehrfurcht widmen wir ihnen dieses Stück unserer Liebe. Bewahrt sorgfältig in den Herzen das Bild eurer Heimat, bleibt ihr treu, pflegt und bewahrt die Traditionen des slowenischen Volkes, die Heiligtümer eurer Väter, und es wird euch Kraft gegeben werden bei der Arbeit für eine bessere Zukunft der Kärntner Slowenen.

Vielleicht wird uns von der oder jener Seite vorgeworfen werden, versteckte politische Ziele zu verfolgen. Die märtyrerhafte Tapferkeit der Gefallenen ist so groß, daß wir die Erinnerung an sie nicht mit Antworten auf wie immer geartete Vorwürfe beflecken werden.<sup>22</sup>

Die zweite Auflage des Albums erschien dann ohne Widmung und Karte, wahrscheinlich nachdem Gerald Sharp Anfang März 1948 Klagenfurt verlassen hatte oder zu verlassen hatte. Anscheinend waren mit diversen Aktivitäten Gerald Sharps weder die Kärntner Landesregierung noch seine Vorgesetzten einverstanden. Die Widmung an die Kärntner Partisanen brachte das Faß zum Überlaufen. Etwaige offene Angriffe brauchte G. Sharp gar nicht abzuwarten. Die Kärntner Landesregierung tat das Ihre, und Sharp wurde fallengelassen. Er kehrte nach England zurück.

## Wiederbelebung der slowenischen Sprache

*Koroška kronika* warb wiederholt unter den Kärntner Slowenen um freie Mitarbeiter und machte nach eigenen Angaben dabei gute Fortschritte. Im ersten und auch teilweise im zweiten Jahrgang tauchen Mitarbeiter auf, die der OF zuzuzählen sind. Die PWB-Mitarbeiter hörten viel von den Germanisierungsbestrebungen der Nazis, sie waren im Bilde, daß dahingehend nicht nur Nazis aktiv gewesen waren. Sie wollten von ihren Mitarbeitern jedoch nicht nur vom getanen Unrecht, sondern auch von Leistungen, die seit der Befreiung erbracht worden waren, hören. Vor allem aber vermißten sie unter den Kärntner Slowenen ein größeres Vertrauen in die Zukunft.<sup>23</sup>

<sup>17</sup> KK Nr.1/1945, 1.

<sup>18</sup> KK Nr.21/1946, 1.

<sup>19</sup> a.a.O.

<sup>20</sup> a.a.O.

<sup>21</sup> KK Nr.31/1947, 1.

<sup>22</sup> *Album Koroške* (Album Kärntens), Celovec 1947

<sup>23</sup> KK Nr.2/1946, 1.

Zufrieden zeigte sich das Blatt zum Abschluß des zweiten Jahrganges hinsichtlich seines Beitrages zur Wiederbelebung der slowenischen Sprache in Kärnten und meinte, daß eine Zeitung nicht die Angelegenheit eines einzelnen sei, sondern etwas, das das ganze Volk betreffe.<sup>24</sup> Damit spielte die Zeitung auf die Bemühungen der Alliierten an, den Völkern Europas jenes rückerstatten zu wollen, was Hitler ihnen geraubt hatte, und deshalb sei beschlossen worden, auch den Kärntner Slowenen bei der Wiederbelebung ihrer Sprache, die Hitler ausrotten wollte, zu helfen.

Einigermaßen überrascht für slowenische Verhältnisse in Kärnten die hohe Auflage. Nach Angaben der Zeitung betrug sie Mitte 1948 durchschnittlich 6600 Exemplare.<sup>25</sup> Andere Quellen sprechen von einer Auflage von über 5000 Exemplaren.<sup>26</sup> Man muß bedenken, daß zur gleichen Zeit auch *Slovenski vestnik* erschien, über dessen Auflage zu jenem Zeitpunkt nichts bekannt ist. Die Zeitung sei in fast allen slowenischen Häusern anzutreffen, hieß es.<sup>27</sup>

Wiederholt verteidigte die Zeitung ihr Fernbleiben von den alltäglichen politischen Kämpfen und betonte, froh zu sein, daß sie die Arbeit des politischen Randalierens anderen überlassen konnte. Gerald Sharp zählte auch alle jene Maßnahmen seiner Dienststelle auf, die zur kulturellen Belebung Slowenisch-Kärntens beigetragen hätten. Er hob hervor, daß alle Tätigkeit nur dieses eine Ziel verfolgt hätte, und äußerte sich zum "politischen Randalieren" folgendermaßen: "Vielleicht wird dieses Randalieren bald ein Ende nehmen, aber für das slowenische Wort, das slowenische Lied und slowenische Buch kann es in Kärnten kein Ende mehr geben."<sup>28</sup>

## Slowenische Sendungen im Sender Klagenfurt

PWB besorgte neben der *Koroška kronika* auch die Einführung und Gestaltung slowenischer Sendungen im Sender Klagenfurt. Dabei stellten sich personell die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Herausgabe der Zeitung: Es waren keine Kärntner Slowenen vorhanden, die mit dem neuen Medium umzugehen verstanden. Auch hier kamen slowenische Emigranten zum Zuge. Ab dem 6. Jänner 1946 wurden der slowenischen Abteilung PWB zuerst fünf Minuten für Nachrichtensendungen in slowenischer Sprache zugebilligt, ab dem 3. März 1946 kam eine halbe Stunde zweimal wöchentlich für Musiksendungen hinzu. Bald nach der Einführung der Musiksendungen konnte die "Slovenska prosvetna Zveza" (Slowenischer Kulturverband) für die Mitarbeit gewonnen werden. Verschiedene Chöre

des Verbandes gestalteten die Musiksendungen, bis es nach 32 äußerst erfolgreichen Sendungen zum Krach kam. Nach G. Sharp war es zu Versuchen gekommen, diesen Sendungen, die ausschließlich kulturellen Charakter haben sollten, eine politische Tendenz zu geben. Die Verhinderung der Ausstrahlung von Partisanenliedern war der Grund für die Aufkündigung der Zusammenarbeit. Das slowenische Programm wurde ab dem 9. September 1946 um eine Frühsendung erweitert, die eine Viertelstunde ausmachte. In dieser Sendung wurden Weltnachrichten, Vorträge aus slowenischer Geschichte, Ratschläge für Hausfrauen und anderes mehr gebracht. Am Sonntag wurden die Nachrichten in slowenischer Sprache aufgegeben und durch eine Sendung über slowenische Literatur ersetzt. Zahlreiche Beiträge des slowenischen Programms fanden auch Aufnahme in die Spalten der *Koroška kronika*, es wurden jedoch auch Beiträge, die zuerst in der Zeitung erschienen waren, im slowenischen Programm des Senders Klagenfurt ausgestrahlt. Zu erwähnen wäre noch ein slowenischer Sprachkurs des Senders, der aber nicht im Rahmen des slowenischen Programms gebracht wurde, sondern als Unterrichtsbehelf an verschiedenen Schulen Verwendung fand. Die slowenische Abteilung übernahm auch slowenische Sendungen des alliierten Senders in Triest, wobei - wie in Kärnten üblich - die Frage des sprachlichen Verständnisses dieser Beiträge für die Kärntner Slowenen unnötigerweise aufgeworfen wurde.<sup>29</sup> Im Jahre 1948 wurden die slowenischen Sendungen im Rahmen des Studios Klagenfurt fortgesetzt.<sup>30</sup> Die Mitarbeiter blieben dieselben, und auch PWB übte zumindestens auf diese Sendungen noch einige Zeit großen Einfluß aus.

## Andere Aktivitäten

Auch die Versorgung zweisprachiger und anderer Schulen mit Unterrichtsbehelfen oblag zum Teil PWB. *Mlada Koroška*, die Beilage der *Koroška kronika*, wurde bereits erwähnt, dazu kamen eine Fibel, die *Slomškova čitanka* (*Slomšek Lesebuch*), sowie die Einfuhr von slowenischen Lehrbüchern, die von der alliierten Militärverwaltung in Triest herausgegeben und für die Schulen verwendet wurden. In Kärnten wurden diese Lehrbücher vor allem beim Slowenischunterricht an der Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt verwendet und auch von Lehrern für ihre Zwecke gekauft. Einmal (1947) versuchte sich PWB neben der Herausgabe von Wandkalendern auch mit der Herausgabe eines Kalenders in Buchform, 1948 aber erschienen in Kärnten bereits ein Kalender des Slowenischen Kulturverbandes und der Kalender der "Hermagoras Bruderschaft", die bei der Kalenderproduktion die größte Erfahrung besaß.

<sup>24</sup> KK Nr.54/1946, 1.

<sup>25</sup> KK Nr.30/1948, 1.

<sup>26</sup> PRO, fo 1020/484, f. 22 A

<sup>27</sup> KK Nr.35/1949, 1.

<sup>28</sup> KK Nr.31/1947, 1.

<sup>29</sup> Watzl: *Kärnten 1945*, 295

<sup>30</sup> Mirko Bogataj: *Die Kärntner Slowenen*. Klagenfurt-Wien/Celovec-Dunaj 1989, 265 f.

## Slowenische Widerstände gegen die britische Pressepolitik

Welche waren nun die Hauptvorwürfe, die von seiten der OF gegen die PWB-Tätigkeit und insbesondere deren Chef Gerald Sharp vorgebracht wurden? Sie waren in der Tat äußerst massiv und richteten sich vor allem gegen die slowenischen Emigranten bei der *Koroška kronika* und beim Rundfunk. In einem längeren Beitrag unter dem Titel "Der Schaden, den der deutsche Terror den slowenischen Kulturorganisationen zugefügt hat" schreibt Mirt Zwitter abschließend auch zu unserem Thema:

Bis heute hat der Slowenische Kulturverband als kultureller Vertreter der Kärntner Slowenen noch nicht die Erlaubnis zur Herausgabe einer eigenen Kulturzeitschrift erhalten. Die britische Militärregierung hat alle diesbezüglichen Forderungen zurückgewiesen. Das PWB-Organ in Klagenfurt - *Koroška kronika* - genügt nach Meinung der britischen Behörden den kulturellen Bedürfnissen der Kärntner Slowenen. Der Slowenische Kulturverband protestiert aufs Entschiedenste gegen diese Auffassung. Das Blatt *Koroška kronika* ist nämlich in Wahrheit das Organ der übelsten Reaktion und dient den Zielen der weißgardistischen Emigranten aus Jugoslawien, die den gesamten Kader der Mitarbeiter und der Redaktion des Blattes bilden. Die Kärntner Slowenen erblicken in der *Koroška kronika* den Versuch der Weißgardisten, ... auch in Slowenisch-Kärnten ihre Stütze für ihre anationale Arbeit zu finden.

Ebenso wurde dem Slowenischen Kulturverband der Druck des Kalenders, der für das Jahr 1946 vorbereitet war, verboten, weiters der Druck der Jugenderzählung *Gozdne sanje* ("Waldträume"). Man verhindert auch die Benützung der Reste slowenischer Literatur in Kärnten. So wollten Vertreter des britischen FSS (Field Secret Service, A.M.) in Bleiburg den Eigentümern, das sind die slowenischen Kulturvereine in Bleiburg und Schwabegg, slowenische Bücher nicht aushändigen, die seinerzeit die Nazis beschlagnahmt hatten. Diese Bücher liegen am Gendarmerieposten in Bleiburg.<sup>31</sup>

Österreichische und britische Ordnungskräfte interessierten aber auch Buchsendungen aus Slowenien, wobei ihr besonderes Augenmerk dem *Koroški zbornik* (Kärntner Almanach), einem Standardwerk zur Kärntner Frage, galt. Die Kulturveranstaltungen der Kärntner Slowenen unterlagen einer besonderen Zensur, die nach Meinung des Autors slowenische Emigranten und Jugoslawiendeutsche ausübten. Als bedeutendstes Betätigungsfeld der weißgardistischen Emigranten führt Zwitter den Klagenfurter Sender an. Er bezichtigt seine Mitarbeiter der Sabotage an den vom Slowenischen Kulturverband gestalteten Sendungen, bestätigt indirekt den Vorwurf ihrer "Verpolitisierung" und führt konkret die Sendung vom 14. April 1946, also am Jahrestag der Vertreibung zahlreicher Kärntner Slowenen von ihren Besitzungen, an.

Die Mitarbeiter des Senders hätten in der Folge planmäßig alle Sendungen von Partisanenliedern und von Programmen über den Befreiungskampf der Kärntner Slowenen verhindert. Nach neuerlichem Verbot einer Partisanensendung zum Kärntner Gedenktag, dem 10. Oktober, habe man die Zusammenarbeit aufgekündigt. Diesen Druck hätten die Mitarbeiter unter dem Schutz des PWB-Chefs Gerald

Sharp ausgeübt. Kritischer setzt sich der *Slovenski vestnik* mit den Inhalten der *Koroška kronika* in einem weiteren Beitrag auseinander: Mit den reaktionären deutschsprachigen Organen wolle er sich gar nicht beschäftigen, umso mehr hielte er es aber für notwendig, sich mit der Schreibweise jenes Blattes zu befassen, "das in unserer Muttersprache zu uns kommt und unter der Maske des aufrichtigen Freundes versucht, unseren Befreiungskampf, unseren Kampf für den Anschluß Slowenisch-Kärntens an die Föderative Volksrepublik Jugoslawien zu behindern und zu schwächen." Man habe die Zeitung zunächst aufrichtig begrüßt, sei aber hellhörig geworden, als "Minderheitenreferent" Rudolf Celarin Mitarbeiter für die Zeitung anwarb. Die *Koroška kronika* habe bislang noch kein Wort für die Partisanen und den Befreiungskampf gefunden. Die Zeitung habe sich in ein "Kulturblatt" verwandelt, um allen Konflikten hinsichtlich der Kärntner Frage auszuweichen, im übrigen sei die Schreibweise der Zeitung zum Untergang verurteilt, da die Kärntner Slowenen fest geschlossen stünden. Zuletzt weist der Beitrag noch auf die faschistische Vergangenheit der Mitarbeiter Klodwig Paloutz, Josef Čuješ und Franz Dolenc hin.<sup>32</sup>

Mitte des Jahres 1947 und zu Beginn des Jahres 1948 nahmen die Polemiken des *Slovenski vestnik* gegen die *Koroška kronika* an Schärfe zu. Anlaß dazu boten verschiedene Vorkommnisse, die teilweise im unmittelbaren Zusammenhang mit der einsetzenden Aufweichung der Strukturen der OF standen.

Anfang Juni 1947 kündigte Msgr. Valentin Podgorc dem Vorsitzenden des Gebietsausschusses der OF, Dr. Franz Petek, an, daß man an die Belebung der "Hermagoras Bruderschaft" denke, und teilte ihm die weitere Vorgangsweise mit:

Die Bruderschaft wollen wir beleben, und sie dürfen uns nicht verübeln, daß wir sie nicht zur aktiven Mitarbeit laden, weil sie übermäßig in aller Öffentlichkeit in die neue Bewegung, die wir nicht gutheißen können, eingebunden sind. Wenn uns die höhere Gewalt dem Süden zuschiebt, werden wir eben dort sein. Wir allein aber können im Kommunismus unsere Zukunft nicht sehen.<sup>33</sup>

Neben der Bruderschaft wolle man eine typographische Genossenschaft ins Leben rufen, die auch den Druck einer Zeitung besorgen könnte. Die Reaktion auf diesen Vorstoß war gewaltig und beschäftigte den *Slovenski vestnik* durch mehrere Monate. Sie ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, daß man im Gebäude der "Hermagoras Bruderschaft" auch eine solide materielle Basis für die kulturelle, wirtschaftliche und politische Arbeit der slowenischen Minderheit sah. Das Gebäude sollte nach Vorstellungen des Slowenischen Kulturverbandes auch die Räumlichkeiten für ein slowenischsprachiges Gymnasium und eine slowenischsprachige Lehrerbildungsanstalt bieten. Zudem war die Bruderschaft<sup>34</sup> eine nationale Institution

<sup>32</sup> SV, Nr.25/1947, 5.

<sup>33</sup> SV, Nr.35/1947, 3.

<sup>34</sup> Ferdinand Kristof: *Die kulturpolitische Bedeutung der St. Hermagoras Bruderschaft (Družba Av. Mokerja) für die Kärntner Slowenen*. Salzburg 1982, Diplomarbeit.

<sup>31</sup> SV, (*Slovenski vestnik*) Nr. 20/1947, 9.

ersten Ranges, mit deren Namen man durchaus Kulturpolitik betreiben konnte. Zunächst wurde Valentin Podgorc überhaupt das Recht abgesprochen, im Namen der Bruderschaft sprechen zu dürfen. Als alleinige Vertretung wurde der Ausschuß in Celje/Cilli anerkannt. Valentin Podgorc wurde dann vorgeworfen, bereits 1920 zur Zeit der Volksabstimmung eine zweifelhafte Rolle gespielt zu haben, er sei ein Habsburger, hieß es, dann erklärte ihn der *Slovenski vestnik* zum Volksschädling und Verräter und brachte ihn in Verbindung mit der internationalen Reaktion, konkret mit dem Emigrantenkreis um die *Koroška kronika* unter der ideellen Führung des Herrn Sharp. Valentin Podgorc war Mitarbeiter der *Koroška kronika*. Der *Slovenski vestnik* vermutete, daß die typographische Genossenschaft auch die *Koroška kronika* übernehmen sollte, und hatte mit dieser Vermutung recht. Gerald Sharp wurde vom *Slovenski vestnik* auch wegen seiner Zeugenaussage gegen Prušnik Gašper, dem Vorsitzenden der Kärntner Partisanen, scharf kritisiert.<sup>35</sup> Tatsächlich wurde Prušnik wegen einer Rede, die er bei der Partisanendenkmalenthüllung in Völkermarkt gehalten hatte und in der er die britischen Militärbehörden kritisierte und auch den Ausdruck "Slowenisch-Kärnten" gebrauchte, zu einer langen Haftstrafe verurteilt, die er dann in Karlau absitzen mußte.

Ende Jänner 1948 teilte Dr. Joško Tischler der OF seinen Austritt mit. Sein Schritt wurde als offener Angriff auf die Einheit der Befreiungsbewegung der Kärntner Slowenen eingeschätzt und ihm jede Berechtigung abgesprochen, auch weiterhin im Namen des slowenischen Volkes aufzutreten.<sup>36</sup> Es dauerte nicht lange und dem ehemaligen führenden Funktionär der OF und Vorsitzenden des Slowenischen Kulturverbandes wurden unter anderem folgende Sünden vorgehalten: seine Verbindungen mit englischen und Mihajlović-Agenten während des Krieges, der Eintritt in die Provisorische Kärntner Landesregierung, ohne dazu bevollmächtigt gewesen zu sein, seine Mitarbeit bei der Schulverordnung, seine Teilnahme an der Gedenkfeier zum 10. Oktober 1945 in Annabichl, seine Unterschrift unter die sechs Punkte der britischen Militärregierung anlässlich der Wahlen - der fünfte Punkt berührte die Kärntner Grenzfrage -, seine Mitarbeit bei der *Koroška kronika* und beim Kalender der "Hemagoras Bruderschaft". Dr. Tischler habe sich selbst entlarvt, und der *Slovenski vestnik* schließt:

Der Beschluß, daß der Gebietsausschuß der OF Dr. Joško Tischler nicht mehr als Mitglied der OF betrachtet und ihm das Recht abspricht, noch weiterhin in irgendeiner Form im Namen der Kärntner Slowenen aufzutreten, bedeutet einen wichtigen Schritt zur inneren Konsolidierung der OF. Mit dem Ausschluß volksfeindlicher Elemente wird die OF an innerer Stärke nur gewinnen.<sup>37</sup>

Als am 20. Juni 1949 in Paris die endgültige Entscheidung fiel, Österreich in den Grenzen von 1938 zu

belassen, gründete ein Personenkreis um Dr. Joško Tischler am 29. Juni 1949 den "Narodni svet koroških Slovencev" ("Rat der Kärntner Slowenen"). Auch die OF bereitete sich trotz des andauernden verbalen Radikalismus im *Slovenski vestnik* gegen Abweichler aus eigenen Reihen wie auch gegen die "reaktionären Kräfte" in Kärnten auf die Zeit nach einem Friedensvertrag vor. Ende Mai 1949 wurden die Statuten und das Programm ihrer Nachfolgeorganisation der "Demokratična fronta delovnega ljudstva" (Demokratische Front des werktätigen Volkes) erarbeitet und auf ihrem Gründungskongreß am 17. Juli 1949 angenommen. Ab dem 20. Juni 1949 verfolgte die Organisation die Errichtung und Realisierung solcher Minderheitenschutzartikel, die nach ihren Vorstellungen die Existenz und weitere Entwicklung der slowenischen Minderheit sichern sollten. Zudem hatte die OF seit dem Konflikt Tito - Stalin mit einem "neuen Feind" zu kämpfen. Die KPÖ schlug sich auf die Seite Moskaus und schloß Anfang Oktober 1948 einige hundert Slowenen aus ihren Reihen aus. Sie begann auch mit der Herausgabe einer eigenen slowenischsprachigen Zeitung, dem *Slovenski borec* (Slowenischer Kämpfer). Dies trug dazu bei, daß PWB wegen des Bestehens gleich zweier kommunistischer slowenischer Zeitungen, des protitoistischen *Slovenski vestnik* und des KPÖ-orientierten *Slovenski borec* an der weiteren Herausgabe der *Koroška kronika* trotz größerer finanzieller Opfer festhielt.

### Koroška kronika - ein Verlustgeschäft

Die Briten mußten feststellen, daß man eine Wochenzeitung für eine Minderheit nicht gewinnbringend oder zumindest kostendeckend herausgeben konnte, zumal für eine solche Zeitung in Kärnten fast der gesamte Inseratenmarkt unzugänglich war. Trotzdem muß man die Frage stellen, ob sich die Briten dessen nicht sowieso bewußt waren. Bei den verhältnismäßig genauen Informationen, die Briten über die "Koroška slovenska stranka" ("Kärntner slowenische Partei") und auch über den *Koroški Slovenec* (Kärnter Slowene, 1921 - 1941) besaßen, mußten sie ebenso über dessen Auflagenhöhe, die sich zwischen 2200 und 2500 bewegte, Bescheid gewußt haben. Auch deshalb waren sie bemüht, einen neuen Herausgeber zu finden.

### Übergeben - aber wem?

Von britischer Seite wurden dazu erste Schritte im April 1948 unternommen. Der Kärntner Landeshauptmann Ferdinand Wedcnig machte das Angebot, für die Herausgabe der *Koroška kronika* verantwortlich zu zeichnen.<sup>38</sup> In einem Schreiben vom 21. Juni 1948 an die britische Militärregierung erklärte er sich bereit,

<sup>35</sup> SV, Nr.61/1947, 1.

SV, Nr.63/1947, 1 f.

<sup>36</sup> SV, Nr.6/1948, 1.

<sup>37</sup> SV, Nr.8/1948, 3.

<sup>38</sup> PRO (Public Record Office), fo 1020/484 (Faszikelzahl), f. 18A (Foliozahl).

auch den umstrittenen Chefredakteur Josef Čuješ zu übernehmen, nur müsse die Leitung der Zeitung Frau Baydac übertragen werden.<sup>39</sup> Nach einem Gespräch Wedenigs mit Dr. Josef Tischler und Dr. Vinko Zwitter - beide waren Exponenten des sich bildenden katholischen Lagers vor dem 7. August 1948<sup>40</sup> - sahen die britischen Stellen die Übernahme der *Koroška kronika* durch die Landesregierung im neuen Lichte.<sup>41</sup> Aber auch die Landesregierung wollte die weitere Entwicklung innerhalb der neugegründeten "Hermagoras Bruderschaft", die ebenfalls eine Zeitung herauszubringen beabsichtigte, abwarten und meinte, daß die *Koroška kronika* einstweilen lieber in den Händen der Briten bleiben sollte.<sup>42</sup> Am 3. September trafen Dr. Joško Tischler und Dr. Vinko Zwitter wiederum Landeshauptmann Ferdinand Wedenig.<sup>43</sup> Die Zusammenkunft fand anscheinend auf Wunsch der beiden Slowenen statt. Es wurde die Möglichkeit einer allgemeinen Lösung aller Minderheitenprobleme besprochen. Man kam überein, daß die slowenischen Vertreter ein Dokument vorbereiten sollten, das einen Entwurf ihrer Grundforderungen enthalten würde. Wedenig wollte dann diesen Entwurf den Vertretern aller drei Parteien zur Kenntnis bringen und sie um ihre Stellungnahme ersuchen, worauf man sich wieder zusammensetzen wollte. Ob bei diesem Gespräch auch über die *Koroška kronika* gesprochen wurde, bleibt unklar, jedenfalls aber wollte nach dem 11. September 1948 die Kärntner Landesregierung die Zeitung nicht mehr übernehmen.<sup>44</sup> Wohl besprach ein britischer Vertreter noch einmal mit Wedenig die Problematik, das Gespräch endete aber anscheinend resultatlos, obwohl der Landeshauptmann die wichtige Funktion der Zeitung anerkannte.<sup>45</sup>

Die weitere Herausgabe der *Koroška kronika* war für die Briten ein politisches Problem. In einem Bericht des Brigadiers Edney an den Alliierten Rat (Britisches Element) vom 2. September 1948 wurde die Übergabe der Zeitung besprochen, die Notwendigkeit ihrer Weiterführung angesichts zweier kommunistischer Blätter nicht angezweifelt und gesagt:

... um gegen zwei kommunistische Zeitungen zu kämpfen, müßte die Oppositionszeitung unabhängig sein; so könnte sie angriffslustiger agieren, als es für uns politisch opportun wäre.<sup>46</sup>

Im selben Bericht wurde Josef Čuješ als aus britischer Sicht gefährliche Person bezeichnet. In Wien teilte Generalmajor Winterton weder die Auffassung, daß ein radikaleres Blatt notwendig wäre, noch die Charakterisierung des Chefredakteurs. An Hand der Aktenlage schätzte man Čuješ als konsequent anti-kommunistisch und prokatholisch ein. Überraschen-

derweise mißbilligte man aber seine Verbindung zu Msgr. Valentin Podgorc, eine negative Erwähnung fand auch seine Teilnahme an einer Konferenz unter der Leitung von Gerald Sharp, an der ein Entwurf eines slowenischen Memorandums an die österreichische Regierung erarbeitet worden sein soll. In Wien bezweifelte man auch die Einwilligung des Foreign Office zur Übergabe der *Koroška kronika* an die Kärntner Landesregierung.<sup>47</sup>

Mit der Angelegenheit der *Koroška kronika* beschäftigte sich auch die Politische Abteilung SEC. Ihr Mitarbeiter, John Mair, sollte seine Meinung über die Mitarbeiter der Zeitung, die Weiterführung oder Einstellung derselben und über eine eventuelle Übergabe einen Bericht schreiben. Einleitend zum Berichtsauftrag wird gesagt:

Die Aufgabe (die Herausgabe der Zeitung, A. M.) haben wir deshalb übernommen, weil die Österreicher selbst eine slowenische Zeitung nicht herausgegeben haben und wir nicht wünschten, daß die Kärntner slowenische Bevölkerung beim Informationsangebot vollkommen von der jugoslawischen kommunistischen Presse abhängig sein müßte.<sup>48</sup>

John Mair erstattete daraufhin am 18. September 1948 Bericht: Die Auflage der *Koroška kronika* betrage circa 5000 Exemplare, gelesen werde die Zeitung im slowenischen Gebiet Kärntens, besonders beliebt sei sie im Grenzberreich. Im Bericht heißt es weiter:

Die Politik der Zeitung hat sich nach dem Abgang des früheren Redakteurs Mr. Sharp geändert, indem das Streitthema, die slowenische Frage, soweit als möglich ausgeschlossen wird (z. B. werden Klagen einzelner Slowenen wegen der österreichischen Politik nicht mehr abgedruckt). Die Aufgabe der Zeitung ist, objektive Weltneuigkeiten (an Hand von Tatsachen) und Beiträge von allgemeiner und kultureller Bedeutung ohne politischen Inhalt zu vermitteln. Mit anderen Worten, die Zeitung ist wieder das, was ihr Ziel war, ein Mittel der Okkupationsbehörde zur objektiven Information der slowenischen Minderheit in ihrer Sprache.<sup>49</sup>

Erwähnt werden wiederum *Slovenski vestnik* und *Slovenski borec*, an der Herausgabe einer slowenischen Zeitung durch die "Hermagoras Bruderschaft" wird gezweifelt und die Weiterführung der *Koroška kronika* folgendermaßen begründet:

Unter den gegebenen Umständen würden wir, sollten wir die *Koroška kronika* jetzt einstellen, das Terrain vollkommen dem Organ der O.F. und der kommunistischen Partei überlassen und die slowenische Minderheit der einzigen Zeitung in slowenischer Sprache berauben, die gegenwärtig objektive Berichte bringt. Dies scheint mir ein starkes Argument gegen die Einstellung der Zeitung zu sein; der politische Gewinn ihres weiteren Erscheinens überwiegt meiner Meinung nach den finanziellen Verlust, den die Herausgabe verursacht. Meiner Meinung nach erfüllt die Zeitung eine wichtige Funktion und dies ist auch die Meinung des Landeshauptmannes und des D.C.C.L.O.<sup>50</sup>

Weil sich Josef Čuješ zu sehr in die lokale Politik einmische und gegen ihn Beschwerden aller Parteien vorlägen, werde seine Entlassung empfohlen. Gegen andere Mitarbeiter gebe es keine Beschwerden. Sie alle seien jugoslawische Flüchtlinge, und in der Praxis gebe es keine andere Wahl. Die Zeitung solle in Hinkunft Frau Baydac leiten, die dazu vollständig in der

<sup>39</sup> PRO, fo 1020/484, f. 20A.

<sup>40</sup> PRO, fo 1020/484, f. 19B.

<sup>41</sup> PRO, fo 1020/484, f. 20A.

<sup>42</sup> PRO, fo 1020/484, f. 19B.

<sup>43</sup> PRO, fo 1020/484, f. 19C.

<sup>44</sup> PRO, fo 1020/484, f. 21A.

<sup>45</sup> PRO, fo 1020/484, f. 22A.

<sup>46</sup> PRO, fo 1020/484, f. 18A.

<sup>47</sup> PRO, fo 1020/484, f. 20A.

<sup>48</sup> PRO, fo 1020/484, f. 21A.

<sup>49</sup> PRO, fo 1020/484, f. 22A.

<sup>50</sup> a.a.O.

Lage sei. Ein Annex des Berichtes charakterisiert alle sieben Mitarbeiter der *Koroška kronika*, ein weiterer Annex beschäftigt sich ausführlicher mit Josef Čuješ.

### Josef Čuješ

Josef Čuješ<sup>51</sup> war von Beruf Lehrer, während des Krieges diente er als Offizier unter Mihajlović und trat am 1. Oktober 1945 in britische Dienste. Nach dem Bericht zu schließen, hatte er sehr gute Kontakte zu allen jugoslawischen Flüchtlingen, bereiste mit Gerald Sharp das gemischtsprachige Gebiet und lernte alle führenden Persönlichkeiten, einschließlich jener der OF, kennen. Am 17. Februar 1948 besuchte er den Minderheitsreferenten der Kärntner Landesregierung, Rudolf Cefarin, und teilte ihm mit, daß er vor habe, von seiner Funktion bei der *Koroška kronika* mit 31. März 1948 zurückzutreten. Er bewarb sich um die österreichische Staatsbürgerschaft und war sofort bereit, eine Loyalitätserklärung abzugeben. Er fügte noch hinzu, wird im Bericht ausgeführt, daß ihn bestimmte katholische Kärntner Slowenen geschickt hätten - besonders erwähnte er Msgr. Podgorc, die wissen wollten, ob die Landesregierung mit der Erneuerung der katholischen slowenischen Partei aus den Tagen vor dem Anschluß (Kärntner Slowenische Partei) einverstanden wäre und sie unterstützen würde.

Bald danach hat Čuješ Cefarin wieder besucht und diesem einen Entwurf für ein slowenisches Minderheitsstatut überreicht, das in den österreichischen Staatsvertrag aufgenommen werden sollte. Čuješ ließ wissen, daß er selbst das Dokument gemeinsam mit Herrn Gerald Sharp und zwei Kärntner Slowenen erarbeitet habe. Wegen der extremen territorialen, finanziellen und administrativen Forderungen, die im Entwurf aufschienen, äußerte man in Kreisen der Landesregierung die Sorge, daß eine Kopie den Weg nach London finden könnte, um dort als Grundlage für die Verhandlungen der Außenminister zu dienen.

Am 5. März 1948 erschien in der *Koroška kronika* ein Leitartikel unter dem Titel "Südtirol - Südkärnten". Dies sei eine Predigt an die Österreicher, die sie erinnern, den Kärntner Slowenen die Autonomie zu geben, wenn sie selbst das Gleiche für ihr Volk in Südtirol fordern. Cefarin beschwerte sich wegen des Artikels bei den Briten. Er betonte, daß die Landesregierung in diesem Stadium nicht erwartet, daß ihr die *Koroška kronika* über die Minderheitenfrage predigen wird, und fragte, ob die Forderung nach slowenischer Autonomie als Ausdruck des offiziellen britischen Standpunktes gesehen werden könne. Čuješ organisierte auch die Einfuhr slowenischer Zeitungen aus Triest und Görz. Im März arbeitete Čuješ aktiv an der Errichtung einer Genossenschaft mit, die die Herausgabe der *Koroška kronika* übernehmen sollte.

Josef Čuješ mußte Ende September seinen Hut nehmen und lebt heute noch in Australien.

### Die Einstellung der *Koroška kronika*

Die Gründung des "Narodni svet koroških Slovencev" ("Rat der Kärntner Slowenen") und die Herausgabe des *Naš tednik* (*Unsere Woche*) ermöglichten es den Briten, an die Einstellung der *Koroška kronika* zu denken. Es existierte eine Organisation und eine Zeitung, die ihren demokratiepolitischen Vorstellungen entsprachen. Ende April 1950 sollte die *Koroška kronika* eingestellt werden. Das Kommando (Hauptstab) für die Zusammenarbeit mit Zivilisten, Land Kärnten, äußerte Bedenken gegen eine Mitarbeit beim *Naš tednik* von bei britischen Stellen beschäftigten Personen. Daraus könnte man schließen, daß die Briten Tischlers Zeitung nicht unterstützen. Als Grund für die Bedenken wurden die Empfehlung Tischlers für die ÖVP anlässlich der Nationalratswahlen 1949, sein Angriff auf Landeshauptmann Wedenig sowie die Methoden seiner politischen Arbeit angeführt. Man trat für die Weiterführung des Wochenblattes ein und berichtete:

Verlässliche und konservative slowenische Quellen haben mir berichtet, daß die *Koroška kronika* eine ausgezeichnete Zeitung ist, und daß ihre Verbreitung im gemischtsprachigen Gebiet einen positiven Einfluß ausübt.<sup>52</sup>

Sollten jedoch die finanziellen Verluste ihre Einstellung erfordern, müsse man die Landesregierung über alle Schritte und alle Formen der Zusammenarbeit mit Dr. Tischler informieren. Der Alliierte Rat (Britisches Element) entschied sich für die Zusammenarbeit und Unterstützung Dr. Tischlers.

Dr. Tischler aus der nichtkommunistischen slowenischen Organisation plant, ab Mai den Umfang seiner wöchentlichen Publikation *Naš Tednik* zu verdoppeln. Sie wird das gleiche Format wie der protoitostische *Slovenski vestnik* haben, mit welchem, so hoffe ich, *Naš tednik* wird jetzt wetteifern können<sup>53</sup>, heißt es im diesbezüglichen Schreiben.

Die Versorgung des *Naš tednik* mit britischen Nachrichten wird angeführt und abschließend festgestellt:

Ich meine, daß diese Maßnahmen unter den gegebenen Umständen sehr angemessen sind. Er (Dr. Tischler - A.M.) wird Nachrichtenquellen benützen, die wir kontrollieren und viel Redaktionsarbeit werden Redakteure verrichten, die wir in den letzten Jahren ausgebildet haben und die deshalb wahrscheinlich die Redaktionspolitik der *Koroška kronika* fortsetzen werden.<sup>54</sup>

Am 28. April 1950 erschien die letzte Nummer der *Koroška kronika*.

<sup>52</sup> PRO, fo 1020/484, f. 23A

<sup>53</sup> PRO, fo 1020/484, f. 24A

<sup>54</sup> a.a.O.

SIEGWALD GANGLMAIR

## “Die hohe Schule von Schlögen”

### Zur Geschichte und Rezeption eines Bettlerlagers im Ständestaat

Schlögen ist allen Donaufahrern ein bekannter Name. Hier ist eine Stromstelle einzigartiger Schönheit: zwischen Wesenufer und Obermühl beschreibt die Donau im waldigen Engtal jene scheinbar in sich selbst zurückfließende scharfe Kehre um einen mächtigen Granitsporn, die zu den besonderen Schaustücken der romantischen Donaufahrt Linz - Passau gehört. Auch in der römischen Geschichte unseres Landes hat Schlögen eine besondere Bedeutung: Hier war ein römisches Kastell, in dessen Nähe sich heute das einsame Gasthaus “Zum Schlögenwirt” erhebt. Und wiederum in der letzten Zeit ist der Name oft genannt worden als jener Punkt, wo die vielzitierte “Nibelungenstraße” das malerische Donautal verlassen soll, um über die aussichtsreiche Höhe von Haibach der alten Stadt Eferding und Linz zuzueilen.

In den letzten Wochen hat Schlögen eine neue “Berühmtheit” erlangt, die auf den ersten Blick eine traurige zu sein scheint: hier ist das erste österreichische Bettlerlager entstanden.

Linzer Volksblatt, 5. September 1935

Repressivmaßnahmen in Form von Zwangsarbeitsanstalten und Haftlagergesetzen gegen Arbeitsscheue, Vaganten und Bettler sind von der frühesten Neuzeit an bis ins 20. Jahrhundert bekannt. Zu den Arbeitsscheuen kamen jedoch in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts jene, die die Not, das heißt die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, genauer gesagt die gravierende Verschlechterung der Unterstützungssituation, das verstärkte Wegfallen staatlicher Unterstützungen, massenweise auf die Straße getrieben hatte. Zum sozialen Problem gesellten sich somit durch diese Wanderbewegung polizeiliche und sicherheitspolitische Aspekte, die, weil wesentlich sichtbarer und vordergründiger, für viele Bewohner, Zeitungsleute und Politiker den primären Stellenwert in ihrer Argumentation einnahmen.

1935 maßen die zuständigen ständestaatlichen Politiker dem Bettler- und Landstreicherwesen, wie die damalige gängige Bezeichnung lautete<sup>1</sup>, so große Bedeutung bei, daß in insgesamt drei Länderkonferenzen über Maßnahmen zur Abhilfe des Wanderbettelns beraten und eine Heimatgesetznovelle beschlossen wurden.<sup>2</sup> Diese Länderkonferenzen rüttelten jedoch nie an den grundsätzlichen Schwachpunkten des Fürsorge- und Wirtschaftssystems, denn staatliche Rahmenbedingungen für die einzelnen Länder wurden nie ausgearbeitet; die beschlossenen Notlösungen - zum Beispiel das Bettlerhaflager in Oberösterreich - brachten oft Erleichterungen für ein Land auf Kosten

eines anderen,<sup>3</sup> außerdem fiel man mit derartigen polizeilichen Maßnahmen in die Armenpolitik des 19. Jahrhunderts zurück. Es muß jedoch gesagt werden, daß die Teilnehmer dieser Länderkonferenzen die Schwachstellen und die Rückständigkeit der österreichischen Armengesetzgebung sowie die Halbherzigkeit ihrer Lösungsversuche klar erkannten. Ihre Debatten bewiesen, daß eine Neuschöpfung des Armenwesens, vor allem das Abgehen vom existierenden Heimatrechtsprinzip zugunsten des Aufenthaltsprinzips in der Armenfürsorge, notwendig war. Insbesondere erkannte man die Dringlichkeit, nach neuen, stärkeren Fürsorgeträgern, als es die Gemeinden waren, zu suchen, beispielsweise in Fürsorgebezirken, in landes- oder bundesweiten Organisationen. Für wichtig hielt man ferner ein gesamtstaatliches Vorgehen und nicht länderspezifische Maßnahmen, wie sie zum Beispiel Oberösterreich mit seinem Bettlerhaflager ergriffen hatte.

Ein Ergebnis der Länderkonferenzen war die Änderung des § 28 betreffend die Regelung der Heimatrechtsverhältnisse (Heimatgesetznovelle 1935).<sup>4</sup> Diese legte die Einführung eines Unterstützungsausweises fest, der dem Inhaber desselben auf seiner Wanderschaft bestimmte Unterstützungen garantierte, die in den Ausweis eingetragen wurden. Da die Armenfürsorge damals Sache der Heimatgemeinde war, konnte die Unterstützungsgemeinde ihre Ausgaben für einen Unterstützungsausweisinhaber in dessen Heimatgemeinde einfordern, was angesichts der Tatsache, daß 40 Prozent der Bevölkerung ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in der Heimatgemeinde hatten, zu einer beträchtlichen Verwaltungslast führte. Daher die wiederholten Versuche bei den Länderkonferenzen, die Bundesländer zum Verzicht auf diese Ausgleichszahlungen zu bewegen, was wiederum an der Kirchturnpolitik der Länder scheiterte.

Laut Heimatgesetznovelle 1935 konnten herumziehende Bettler ohne Besitz eines zumeist auf ein halbes Jahr ausgestellten Unterstützungsausweises von der Ortsgemeinde, in der sie aufgegriffen wurden, mit Arrest von drei Tagen bis sechs Wochen bestraft bzw. auch in dieser Frist zu Arbeiten in Häftlingskleidung angehalten werden. Da es in Gemeinden meist nicht einmal genug Arbeit für gemeindeeigene Arbeitslose gab, kam dieser Passus in der Praxis wenig zum Tragen; andererseits wurden - beispielsweise in Wien - inhaftierte Bettler bewußt zu sinnlosen Arbeiten herangezogen.<sup>5</sup> Laut der erwähnten Heimatgesetz-

<sup>3</sup> „Durch die Errichtung eines Arbeitslagers in Oberösterreich ist den anderen Ländern nur eine Belastung entstanden, weil die Vaganten in Scharen aus Oberösterreich flüchten.“ AVA, BKA GD2, 314.567, Länderkonferenz am 15./16.10.1935.

<sup>4</sup> Bundesgesetz Nr. 199 von 1935, mit dem ergänzende grundsätzliche Bestimmungen zum IV. Abschnitt des Gesetzes betreffend die Regelung der Heimatrechtsverhältnisse, RGBl. Nr. 105/1869 erlassen werden (Heimatgesetznovelle 1935).

<sup>5</sup> Vgl. Stenographischer Bericht der Wiener Bürgerschaft, Sitzung vom 22. 11. 1935, Bürgermeister Schmitz betreffend “Beschäftigungsanstalt”, S. 1115 f.: “Für die kommen nur Arbeiten in Betracht, die sich normalerweise nicht lohnen [...] damit diese Leute eben irgendwie beschäftigt werden [...] alte Pflastersteine auf die Größe von Kieseln bringen.”

<sup>1</sup> Es wird bei diesen und anderen Begriffen wie Bettlerlager, Bettlerplage auf Anführungszeichen verzichtet.

<sup>2</sup> Länderkonferenzen am 8. 4., 29./30. 4., 15./16. 10. 1935.

novelle 1935 stand es den Ländern in ihrer Ausführungsgesetzgebung frei, Anstalten zu schaffen, wo die aufgegriffenen Bettler ihre Haftzeit abarbeiten konnten. Basierend auf diesem Absatz 5 des § 28c Heimatgesetznovelle 1935 legte die oberösterreichische Landesregierung am 21. Juni 1935 dem Landtag einen Gesetzesentwurf betreffend die Ergänzung der Bestimmungen der Armengesetznovelle 1935, das sogenannte Haftlagersgesetz 1935, zur Beschlußfassung vor, der die Errichtung eines Haftlagers für Bettler vorsah.<sup>6</sup> Dieses Lager sollte direkt der Landeshauptmannschaft unterstehen und vom Direktor der Landes Schubstation in Linz geleitet werden, von wo auch die aufgegriffenen Bettler und Landstreicher nach erfolgter Musterung ins Lager gebracht wurden.<sup>7</sup> „In Erwägung des optischen Eindruckes im In- und Ausland“ ersetzte die oberösterreichische Landesregierung den im Gesetzestext ursprünglich verwendeten Terminus Straflager durch die Bezeichnung Haftlager.<sup>8</sup>

Im folgenden sei zuerst die Entstehungsgeschichte des Bettlerlagers Schlögen an der Donau erzählt (I), daran schließen sich die Stellungnahmen der Ständestaatszeitungen (II), der Kirchenzeitungen (III) sowie der im Untergrund agierenden sozialistischen und kommunistischen (IV) und der nationalsozialistischen Presse (V).<sup>9</sup>

## I.

Am 5. Juli 1935, drei Tage vor der Beschlußfassung durch den oberösterreichischen Landtag, gab Landesrat und Sicherheitsdirektor Peter Graf Revertera bei einem Presseempfang den Medien und der Öffentlichkeit die Details zum Haftlager bekannt:

„Einstweilen werde ein einziges Haftlager - in seiner Art erstmalig in Österreich, ja in ganz Europa - errichtet, und zwar bei Schlögen an der Donau. Revertera fand es „bedauerlich“, die Anhaltung von Haftlagerkandidaten nur auf sechs Wochen zu begrenzen, was befürchten ließ, daß in so kurzer Zeit „eine nachhaltige Wirkung“ in vielen Fällen nicht zu erreichen war. Die Jahreskosten dieses Lagers für 100 bis 150 Insassen, später auf 250 angehoben, berechnete man mit zirka 400.000 Schilling, wobei mehr als die Hälfte dieses Betrages für direkte Zuwendungen an die Häftlinge und ihre Entlohnung, der Rest für Verwaltungs-

Bewahrungsauslagen und Arbeitskosten kalkuliert war.<sup>10</sup> Das Land könne diesen Aufwand nicht übernehmen, da verfassungsrechtlich Armenlasten Sache der Heimatgemeinden seien. Der Betrag würde durch eine neue Gemeindeumlage heringebbracht, man veranschlagte pro Kopf und Monat vier Groschen „Haftumlage“. Dies sei keine Neubelastung, vielmehr eine Entlastung der ohnehin mit Armenausgaben schwer befrachteten Gemeinden, denen in Hinkunft Schub- und Regreßkosten, ebenso Verpflegskosten durch Abschiebung von arbeitsscheuen Gemeindearmen in das Haftlager erspart blieben. Außerdem beliefen sich die Tageskosten für einen Lagerinsassen auf 2,5 Schilling, was fast um die Hälfte weniger sei als die von den Gemeinden bislang ausgegebenen 4,5 Schilling Tagessätze für einen „Sträfling“.<sup>11</sup> Drei Ziele standen bei dieser Aktion im Vordergrund: „Soziale Erziehung der Straßenelemente, finanzielle Entlastung der Gemeinden und Entlastung der Bevölkerung von einer Stadt- und Landplage“.<sup>12</sup>

Am 15. Juli 1935 fand durch Sicherheitsdirektor Revertera und Vertreter der Landesregierung und der umliegenden Gemeinden die amtliche Begehung des gepachteten Geländes in Schlögen, Gemeinde Waldkirchen am Wesen, statt.<sup>13</sup> Die Wahl dieses Platzes war vermutlich durch die den Häftlingen zugedachte Arbeit - den Ausbau der Nibelungenstraße Linz - Passau - mitbestimmt worden. Das Lager wurde mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der kurzen Zeit von drei Wochen (29. Juli bis 20. August 1935)<sup>14</sup> bei der bekannten Donauschlinge rechtsufrig an einem Wiesenhang angelegt, einige Kilometer von den umliegenden Orten Wesenufer, Waldkirchen, St. Agatha und Haibach entfernt. Die Wiesenfläche von einem Joch wurde mit übermannshohem zwölfreihigen Stacheldrahtzaun umgeben und mit einem 20 Meter hohen Wachturm versehen; des Nachts gab es Scheinwerferbeleuchtung.<sup>15</sup> Auf dem Areal standen dann nach schrittweisem Ausbau Mitte 1936 vier ganzjährig beziehbar Wohnbaracken (21 mal 6 Meter, Fassungsraum pro Baracke 50 Personen), je eine Küchen-, Kanzlei-, Tagesraum- sowie eine Bewachungsbaracke,<sup>16</sup> die, da zusammengeschraubt, auch leicht wieder demontierbar waren.<sup>17</sup> In jeder Baracke befand sich außerdem ein Krankenzimmer und ein Zimmer für den diensthabenden Schuko-Mann.<sup>18</sup> Die Lagerinsassen schliefen in großen Schlafsälen in Stockbetten und auf Strohsäcken. Schwierigkeiten bereitete anfänglich die Wasserversorgung. Ein einfaches Bad wurde errichtet.

<sup>6</sup> Oberösterreichisches Landesarchiv, Autonome Landesverwaltung V/144/1934, Bericht der Landesregierung (Revertera) betreffend eine Ergänzung der Abänderung der Bestimmungen des Landes-Armengesetzes vom 5. September 1880, Linz, 21. 6. 1935.

<sup>7</sup> Chronik des Gendarmeriepostenkommandos Wesenufer, DÖW 15.061.

<sup>8</sup> AVA, BKA-Inneres GD V-435/3, Oberösterreichische Landesregierung an das Bundeskanzleramt (Inneres) in Wien, 22. 6. 1935.

<sup>9</sup> Dieser Artikel über das Bettlerlager ist ein Teil einer künftigen umfangreicheren Arbeit über Armenfürsorge- und Bettlerwesen im Österreich der dreißiger Jahre. Ich danke Dr. Gerhard Ungar für wertvolle Anregungen und Verbesserungsvorschläge; ebenso Mag. Gertraud Ratzenböck und Dr. Heinz Arnberger.

<sup>10</sup> *Linzer Volksblatt*, 14. 12. 1935.

<sup>11</sup> *Welscher Zeitung*, 12. 7. 1935.

<sup>12</sup> *Salzkammergut-Zeitung*, 11. 7. 1935.

<sup>13</sup> *Wiener Neueste Nachrichten*, 6. 9. 1935.

<sup>14</sup> *Welscher Zeitung*, 13. 9. 1935.

<sup>15</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>16</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>17</sup> *Tagblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>18</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 6. 9. 1935.

Das Lager besaß eine eigene elektrische Anlage, die ein Häftling, im Zivilberuf Pilot, erbaut;<sup>19</sup> es unterstand dem Kommando eines ehemaligen Hauptmanns, die Verwaltung lag in den Händen eines Wirtschaftsführers aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst. Mit der Linzer Sicherheitsdirektion gab es eine direkte telefonische Dauerverbindung. Die Bewachung bestand aus 35 mit Pistolen und Gewehren ausgerüsteten Schukomännern. Um Fluchtversuche zu erschweren, steckte man die Häftlinge in einen Zwillichanzug mit grauem, "gefälligem Touristenhut". Das Lagerleben war militärisch ausgerichtet: 5.30 Uhr "Tagwache und Bettenlüften", daraufhin "Exerzieren und Gelenksübungen", 6.10 Uhr Waschen und Bettenrichten, 6.30 Uhr Frühstücksausgabe und "Sperrung der Schlafbaracken", 6.50 Uhr "Fahncnappell" und Abmarsch zur Arbeitsstelle, 11.00 Uhr bis 11.20 Uhr "Reinigung", Rückkehr ins Lager, 11.45 Uhr "Menageausgabe", 12.50 Uhr Abmarsch zur Baustelle, 18.00 Uhr Rapport und Nachtmahl, 19.00 Uhr Freizeitgestaltung, 20.00 Uhr "Öffnen der Schlafbaracken und Sperrung der Tagbaracke", 21.00 Uhr Nachtruhe.<sup>20</sup> Wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden; Alkoholverbot, Zensur der Häftlingspost im Lager.<sup>21</sup>

Um "die Liebe zur Heimat zu stärken"<sup>22</sup>, wurde ähnlich wie beim Arbeitsdienst auf die Gestaltung der Freizeit mit erzieherischen Mitteln (Vorträge, Musik, Lied) eingewirkt. Arbeitswillige Insassen bekamen täglich einen "Sold" von 50 Groschen und fünf Zigaretten; das Geld wurde den Lagerinsassen nicht ausbezahlt, sondern gutgeschrieben und bei der Entlassung in Form von "Sachunterstützung" (Kleidungsstücke, Schuhe etc.) ausgefolgt. Widersetzlichen "Elementen" drohten Kostverkürzung, Rauchwarentzug, der Gummiknütel, hartes Lager und Dunkelzelle, eventuell auch ein längerer Aufenthalt im Zwangsarbeitslager. Disziplinosigkeiten einzelner wurden an der ganzen Gruppe geahndet; wer gegen die Lagerordnung verstieß, hatte "strenge Justiz" von seinen eigenen Gruppenkameraden zu befürchten.<sup>23</sup> Im Falle eines gewalttätigen Aufruhrs konnte der Lagerschutz von den Waffen, darunter einem Maschinengewehr, Gebrauch machen. Die Bevölkerung der umliegenden Orte sollte in keiner Weise das Haftlager als Bedrohung empfinden.<sup>24</sup> Für sonntägliche Seelsorge im Lager sorgte ein Trappistenpater aus dem nahen Stift Engelszell; es bestand kein Zwangsbesuch.<sup>25</sup> Einen Arzt gab es in greifbarer Nähe.

Vom Hilfsarbeiter bis zum Akademiker waren im Lager die verschiedensten Berufe vertreten. Manche

Häftlinge waren vorbestraft, auch die Linzer Unterwelt war vertreten. Verheiratete und Männer über 45 wurden nicht eingeliefert.<sup>26</sup> Wiederaufgegriffene Ausreißer kamen vors Gericht, und die betreffenden Gerichtsakten könnten eine wertvolle Quelle für Sozialstudien über Lagerinsassen abgeben. Nach Meinung des Volks war angesichts der großen Bettlermassen die Aufnahmekapazität von Schlögen viel zu begrenzt. Nach Verlassen des Bettlerlagers war die Abgabe des Häftlings an den Arbeitsdienst oder in ein privates Arbeitsverhältnis geplant.

Im September 1935 verständigte die oberösterreichische Landesregierung die anderen Landeshauptmannschaften von der Inbetriebnahme des Bettlerlagers und wies die oberösterreichischen Gemeinden an, alle Rückersatzansprüche für oberösterreichische Bettler aus den anderen Bundesländern mit Stichtag 1. September abzulehnen. Die Landeshauptmannschaften der anderen acht Bundesländer informierten ihrerseits ihre Gemeinden, oberösterreichischen Bettlern ohne den vorgeschriebenen Unterstützungsausweis jede Hilfe im Sinne des § 28 Heimatgesetz zu verweigern und diese nach Oberösterreich zu verweisen, wo ihnen nun das Bettlerlager zur Verfügung stehe.<sup>27</sup>

Die Ankündigung eines Bettlerlagers bzw. die Aussendung des Pressedienstes des Sicherheitsdirektors am 2. August 1935, wonach die Vorarbeiten für das Lager soweit gediehen seien, daß bereits "in der aller-nächsten Zeit" mit der Eröffnung des Betriebs begonnen werden könne,<sup>28</sup> hatte "die Wirkung eines wohlüberlegten Schreckschusses".<sup>29</sup> Bettler - nach Zeitungsmeldungen insgesamt 5000 - mieden Oberösterreich und wichen in die benachbarten Bundesländer aus, wo sich alsbald die Klagen über die Bettlerinvasion mehrten, daß sich beispielsweise "seit Errichtung des Bettlerlagers in Schlögen ganze Scharen von Wanderbettlern förmlich prozessionsmäßig über Niederösterreich ergossen".<sup>30</sup> Bei zwei Streifungen im Herbst 1935 wurden allein im Viertel ober dem Wienerwald über 5.000 Bettler perlustriert.<sup>31</sup> Diese Bettlerumverteilung ließ daher auch in Niederösterreich bald den Ruf nach einem Lager in der Art von Schlögen laut werden<sup>32</sup> und machte klar, daß diesem Problem nur bundeseinheitlich und nicht im Alleingang jedes Landes abzuwehren war.

Am Freitag, 30. August 1935, fand dann im ganzen Land Oberösterreich die angesagte Bettlerazzia statt.

<sup>19</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>20</sup> *Wiener Neueste Nachrichten*, 15. 9. 1935.

<sup>21</sup> *Welscher Zeitung*, 2. 8. 1935.

<sup>22</sup> *Tages-Post*, 5. 10. 1935; vgl. *Mühlviertler Nachrichten*, 15. 8. 1935.

<sup>23</sup> *Wiener Zeitung*, 13. 9. 1935; vgl. *Mistelbacher-Bote*, 11. 10. 1935: "Seit der Zeit, wo das Bettlerlager in Oberösterreich errichtet wurde, haben wir in Pöysdorf eine große Landplage zu verzeichnen."

<sup>24</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 13. 12. 1935.

<sup>25</sup> *Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung*, Nr. 10, 2. Jg. Oktober 1935.

<sup>19</sup> *Welscher Zeitung*, 13. 9. 1935.

<sup>20</sup> *Oberösterreichischer Gebirgsbote*, 12. 9. 1935.

<sup>21</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>22</sup> *Salzkammergut-Zeitung*, 12. 9. 1935.

<sup>23</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>24</sup> *Tages-Post*, 5. 9. 1935.

<sup>25</sup> *Welscher Zeitung*, 13. 9. 1935; *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 13. 9. 1935.

Alle Bettler ohne Unterstützungsausweis ihrer Gemeinde wurden "in Verwahrung genommen" und bei der Schubstation gesammelt. Insgesamt griff die Exekutive in Oberösterreich 915 Personen auf, davon 488 Oberösterreicher. Die nicht nach Oberösterreich Zuständigen mußten einen Revers unterschreiben und zur Kenntnis nehmen, ins Lager Schlägen eingeliefert zu werden, sollten sie in gleicher Eigenschaft in Oberösterreich nochmals aufgegriffen werden; dann wurden sie nach Abnahme der Fingerabdrücke und Aufnahme der Personalien samt Foto abgeschoben. Diejenigen, die die Erlaubnis hatten, in ihrer Gemeinde um Almosen zu betteln, beließ man auf freiem Fuß, drohte ihnen aber mit Schlägen, sollten sie in anderen Gemeinden bettelnd angetroffen werden. Familienväter wurden nur verwarnt. Die übrigen "Lagerreifen" - 134 Mann - wurden gereinigt, entlaust, in Lagerkleidung gesteckt und nach Schlägen transportiert.<sup>33</sup> Die meisten Angehaltenen dieser Razzia stellten das Innviertel (217 in drei Bezirken, 124 im Bezirk Ried im Innkreis allein und das Salzkammergut (210), die Städte Linz, Steyr und Wels 130, 87 bzw. 46.<sup>34</sup> Gelegentlich wurden die aufgegriffenen Bettler namentlich in den Wochenzeitungen angeführt.<sup>35</sup>

Weitere Razzien fanden landesweit am 31. Oktober bzw. 4. November 1935, 13. bzw. 17. Februar 1936, am 8. bzw. 11. Juli 1936 (das zweite Datum ist jeweils die "Nachstreifung"), am 4. September 1936 sowie am 18. Juni 1937 statt. Jene vom Juli 1936 war übrigens die erste Generalrazzia, die sich aufgrund der Verfügung des Vizekanzlers über ganz Österreich erstreckte.<sup>36</sup> Die Zahl der dabei erfaßten Bettler war im Vergleich zur Hauptrazzia Ende August 1935 beträchtlich zurückgegangen; die Streifung vom 31. Oktober ergab beispielsweise 478 Personen (85 davon kamen nach Schlägen), die vom Februar 1936 651 Personen (111 nach Schlägen).<sup>37</sup> In Ried im Innkreis ergab die Razzia vom Februar 1936 62 Bettler, also die Hälfte vom August 1935<sup>38</sup>, jene vom Juli 1936 54 Bettler;<sup>39</sup> die entsprechenden Zahlen für den Bezirk Schärding sind 62 (30. August 1935, davon 12 "Reichsdeutsche" und 28 aus anderen Bundesländern)<sup>40</sup> 66 (30. Oktober 1935),<sup>41</sup> 14 (13. und 17. Februar 1936)<sup>42</sup> und 36 (8. und 11. Juli 1936).<sup>43</sup>

Hauptaufgabe der Lagerinsassen war seit dem 9. September der Ausbau eines einviertel Kilometer langen Teilstücks der Nibelungenstraße, und zwar von

der Brücke in Schlägen bis zum sogenannten Eisgrabenwirt. Mitte 1936 war die Strecke Linz - Engelhartzell durchgehend fertig, im Frühherbst darauf erfolgte die Freigabe für den allgemeinen Verkehr. Die Straße berührte alle Orte am rechten Donauufer und erschloß das ganze Donautal einschließlich der auf den südlichen Höhen gelegenen Orte dem Verkehr; das war ein Landstrich, der üblicherweise nach der Einstellung der Donauschiffahrt im Spätherbst von der Außenwelt sehr isoliert war.<sup>44</sup> Die zuständige Straßenbauleitung äußerte sich über den Arbeitswillen der zugeteilten Zwangsarbeiter zufriedenstellend.<sup>45</sup> Die Bauarbeiten schritten freilich nur langsam voran, denn es wurde "mehr auf Gründlichkeit als auf Schnelligkeit" Wert gelegt, und außerdem wollte man den Lagerinsassen "möglichst lange" Beschäftigung geben. Zudem dachte man noch an weitere Erschließungsarbeiten und Wegbauten in der Umgebung; unter Umständen aber auch an eine Verlegung des Lagers als Ganzes in andere Arbeitsgebiete (etwa Entsumpfung des Machlandes im unteren Mühlviertel).<sup>46</sup> Insassen des Bettlerlagers wurden ab Oktober 1937 auch zu Grabungen des archäologischen Instituts der Universität Wien in Schlägen abkommandiert, wo sie mithalfen, eine römische Kastellanlage von 108 mal 64 Metern freizulegen.<sup>47</sup> Im März 1936 betätigten sich Häftlinge auch bei Bergungsarbeiten eines Donaudampfers, wobei von mehreren Seiten dem "großen Arbeitsifer und der Ausdauer sowie der hiebei bewiesenen Disziplin der Häftlinge das beste Zeugnis ausgestellt wurde".<sup>48</sup>

Anläßlich der am 22. und 23. Mai 1936 in Linz stattgefundenen Länderkonferenz gab Sicherheitsdirektor Revertera einen Zwischenbericht über das Haftlager, dem hierauf eine Besichtigungsfahrt nach Schlägen folgte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 739 Männer eingeliefert worden, unter ihnen 247 Personen, die man nicht beim Betteln ertappt hatte, sondern deren Aufnahme von Bürgermeistern - die linke Untergrundpresse sprach von "Dorfpaschas"<sup>49</sup> - "wegen ihrer Arbeitsscheu oder wegen ihres sonstigen ärgerisenerregenden Verhaltens in der Gemeinde" beantragt worden war. Entwichen seien bisher 44 Häftlinge, 66 Personen mußten wegen Rückfälligkeit zum zweitenmal angehalten werden.<sup>50</sup> Entlassen wurden 508 Insassen, 116 von ihnen fanden einen Arbeitsplatz. Zwei große Probleme blieben jedoch bestehen und standen auf der Tagesordnung dieser Länderkonferenz: Wohin mit den Häftlingen nach der Entlassung, ohne sie wieder auf die Straße zu treiben, und wie sollte eine Regelung im gesamtstaatlichen Rahmen aussehen, denn bei

<sup>33</sup> Alle Information *Welsner Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>34</sup> *Welsner Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>35</sup> *Rieder Volkszeitung*, 4. 9. 1935 und 12. 2. 1936.

<sup>36</sup> *Linzer Volksblatt*, 24. 7. 1936.

<sup>37</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>38</sup> *Rieder Volkszeitung*, 26. 2. 1936.

<sup>39</sup> *Linzer Volksblatt*, 9. 7. 1936.

<sup>40</sup> *Linzer Volksblatt*, 4. 9. 1935.

<sup>41</sup> *Rieder Volkszeitung*, 6. 11. 1935.

<sup>42</sup> *Rieder Volkszeitung*, 26. 2. 1936.

<sup>43</sup> *Linzer Volksblatt*, 22. 7. 1936.

<sup>44</sup> *Linzer Volksblatt*, 25. 6. 1936.

<sup>45</sup> *Schärdinger Wochenblatt*, 17. 10. 1935.

<sup>46</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>47</sup> *Mühlviertler Nachrichten*, 29. 10. 1937; *Rieder Volkszeitung*, 7. 10. 1937; *Rieder Volkszeitung*, 18. 11. 1937.

<sup>48</sup> *Linzer Volksblatt*, 28. 3. 1936; *Welsner Zeitung*, 10. 4. 1936.

<sup>49</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 9. 6. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>50</sup> *Tages-Post*, 23. 5. 1936.

der Vertreibung von Bettlern aus einem Bundesland in ein anderes würde doch nur eine rechnerische Verschiebung eintreten. Zum ersten Fragenkomplex schlug Revertera die Angliederung von Lagern des Freiwilligen Arbeitsdienstes an Schlägen vor, schließlich sei es immer wieder vorgekommen, daß Häftlinge freiwillig im Lager bleiben wollten,<sup>51</sup> doch aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsnot und auch der Einschränkung des Freiwilligen Arbeitsdienstes kam es nie, auch nicht in Oberösterreich, zur Verwirklichung dieses Vorschlags. Hinsichtlich einer bundesgesetzlichen Regelung, das heißt Einführung von Bettlerlagern in anderen Bundesländern, kam es bei dieser Besprechung - und auch bei späteren - zu keiner Entscheidung; Niederösterreich zum Beispiel lehnte trotz einer starken Medienlobby für ein Lager ("Gebot der Stunde", "aus zwingenden Gründen notwendiger [...] als in jedem anderen Bundesland") ein Bettlerhaftlager ab.<sup>52</sup> Somit blieb Schlägen das einzige Bettlerlager des Ständestaates.<sup>53</sup>

Am 1. Mai 1936 mußte infolge des Abbaues des Schutzkorps die Ordnungsfunktion im Lager von einer eigens gegründeten Gendarmerie-Expositur übernommen werden; drei Gendarmen und sieben Mann Zivilwache, ehemalige Schuko-Leute, die von der Landesregierung in den Zivildienst übernommen worden waren<sup>54</sup>, versahen den Lagerdienst; die Bewachung auf der Baustelle wurde gänzlich eingestellt. Die Häftlinge bildeten nun kleine Gruppen, deren Führer für seine Kameraden verantwortlich war. Zu den besonderen Begünstigungen gehörte jetzt gelegentlich der sonntägliche Ausgang. Um die Verpflegung zu verbilligen, wurde dem Lager eine Viehhaltung mit Schlächtereier, Selcherei und Kühlanlage angegliedert.<sup>55</sup>

Groß war das allgemeine Interesse am Lager. Ende November 1935 fand sich der Salzburger Referent für das Fürsorgewesen in Schlägen zu einer "eingehenden Besichtigung" ein.<sup>56</sup> Bereits in den ersten Septembertagen 1935 - das Lager war gerade ein paar Tage alt - hatten Wiener und Linzer Presseleute Schlägen besucht.<sup>57</sup> Die Ravag trug durch eine halbstündige Sendung aus dem Bettlerlager am 27. Oktober 1935 zu dessen Bekanntheitsgrad noch bei; neben Revertera und anderen kamen im Lager und auf der Baustelle auch Häftlinge zu Wort.<sup>58</sup> Die Wachsplatte davon ist verschollen. Mitte 1936 stellten sich im Auftrag der

tschechischen Regierung Diplomaten aus dem nördlichen Nachbarland in Schlägen ein, hielten die Einrichtung des Bettlerlagers für "äußerst zweckmäßig" und äußerten sich nach dem Lokalausgesehen "sehr lobend" zum Gebotenen.<sup>59</sup> Schließlich stattete auch Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner Schlägen anlässlich der Eröffnungsfestlichkeiten der neuen Kraftwagenlinie Linz - Engelhartszell - Vichtenstein Mitte Juli 1936 dem "Anhaltelager" einen Besuch ab: "Der Landeshauptmann war mit dem Geschehen sehr zufrieden." Graf Revetera "dankte dem Landeshauptmann für seine Anteilnahme und hob mit Befriedigung hervor, daß sein (Reverteras) Gedanke Schule gemacht habe und daß diese Art der Bekämpfung der Bettlerplage bereits in Amerika angewendet werde".<sup>60</sup> Einige Monate später berichtete dieselbe *Tages-Post*, daß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des allgemeinen Bettlerverbots in Ungarn in der Nähe von Szegedin ein "Schlägen-Lager" errichtet worden sei.<sup>61</sup>

Mit dem "Anschluß" Österreichs an Hitler-Deutschland hören schlagartig die Meldungen über Schlägen auf. Die Gestapo Linz forderte Anfang April 1938 alle Akten der Landesregierung zu Schlägen - unter genauer Auflistung der Aktenzahlen - an, und somit weiß man, welche offiziellen Dokumente über Aufbau und Verwaltung des Lagers seither verschwunden sind. Es fand sich einstweilen kein genauer Hinweis, wann Schlägen zugesperrt wurde, was mit den Insassen geschah. "Asoziale", das weiß man auch aus den Zeitungsmeldungen, beispielsweise der *Tages-Post*-Rubrik "Reif für Dachau", wurden häufig in ein Konzentrationslager eingeliefert.<sup>62</sup> Die Chronik des Gendarmeriepostenkommandos Wesenufer meldete für das Jahr 1938, "über Verfügung des Reichsstatthalters" Seyß-Inquart sei das Bettlerlager aufgelassen worden, und die Insassen hätte man "in den Arbeitsprozeß freiwillig eingeführt".<sup>63</sup> Diese Auffassung muß allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte 1938 erfolgt sein, denn das Schub- und Herbergsinspektorat der Landeshauptmannschaft Oberdonau in Linz teilte dem Gemeindecamtr Ranshofen am 2. August 1938 mit, bis zur Schließung des Haftlagers seien die Haftlagerbeiträge der Gemeinde wie in den Jahren zuvor zu leisten.<sup>64</sup> Die Nationalsozialisten scheuten in den unmittelbaren Anschlußwochen keine Mühe, aus dem "Barackenelend", aus den oberösterreichischen "Elendsvierteln" und "Elendsquartieren" soviel propagandistisches Kapital wie nur möglich zu schlagen und zugleich Millionen Reichsmark in Aussicht zu stellen für die "Schaffung würdiger Arbeitersiedlungen" im Gau Oberdonau.<sup>65</sup> Der "Schandfleck des alten

<sup>51</sup> *Linzer Volksblatt*, 20. 4. 1937; vgl. *Kamptal-Bote*, 20. 9. 1935.

<sup>52</sup> *Volks-Zeitung Wochenschau*, 13. 12. 1935; *Linzer Volksblatt*, 23. 3. 1936; *Neue Freie Presse*, 1. 7. 1936.

<sup>53</sup> Abgesehen von der "Beschäftigungsanstalt im Dauerheim des Obdachlosenheims" in der Gänsbacher Gasse im 11. Wiener Gemeindebezirk.

<sup>54</sup> Chronik des Gendarmeriepostenkommandos Schärding, DÖW 15.061.

<sup>55</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>56</sup> *Salzburger Volksblatt*, 30. 11. 1935.

<sup>57</sup> *Oberösterreichischer Gebirgsbote*, 12. 9. 1935.

<sup>58</sup> *Linzer Volksblatt*, 7. 10. 1935; *Tages-Post*, 7. 10. 1935; *Welscher Zeitung*, 11. 10. 1935.

<sup>59</sup> *Welscher Zeitung*, 26. 6. 1936.

<sup>60</sup> *Tages-Post*, 21. 7. 1936.

<sup>61</sup> *Tages-Post*, 20. 10. 1936.

<sup>62</sup> *Tages-Post*, 7. 7. 1938.

<sup>63</sup> Chronik des Gendarmeriepostenkommandos Wesenufer, DÖW 15.061.

<sup>64</sup> OÖLA, Autonome Landesverwaltung V/144/1934.

<sup>65</sup> *Linzer Volksblatt*, 25. 6. 1938.

Regimes" wurde dem neuen "völkischen Tatchristentum" gegenübergestellt.<sup>66</sup>

## II.

Die offizielle Presse des Ständestaates pries ziemlich einmütig die Einrichtung des Bettlerlagers in Schlögen: eine "bahnbrechende Tat",<sup>67</sup> eine "sehr heilsame Einrichtung",<sup>68</sup> eine "wegweisende Tat",<sup>69</sup> ein "beachtenswerter Versuch",<sup>70</sup> ein "großzügiger Versuch",<sup>71</sup> ein "gewaltiger Schritt nach vorwärts".<sup>72</sup> Vor allem die im Preßverein zusammengefaßten Wochenblätter wie *Rieder Volkszeitung*, *Welsler Zeitung* etc., deren Lokalberichterstätter in vielen Fällen Ortspfarer oder Gemeindegerechte waren, hämmerten der Leserschaft der noch heute höchst beliebten Volkszeitungen Begriffe wie Bettlerplage, Bettlerseuche, Bettlerunwesen, Fechter, Vaganten, Vagabunden, Walzbrüder, Landstreicher, Ritter der Landstraße u. a. ein, kombinierten oft zwei Begriffe wie Bettler und Landstreicher, Bettler und Vagabunden, sprachen fast ausschließlich von "Plage" und "Seuche", gaben Geschichten von rabiaten, gewalttätigen, stehlenden, zudringlichen, gefährlichen, betrunkenen, frechen Bettlern willigst an die Redaktionen weiter und trugen so zum eindeutig negativ besetzten Image der Bettler bei. Wahre Beispiele oder auch nur Gerüchte von Bedrohung durch das fahrende Volk, von Diebstahl und ähnlichem fielen auf wohl vorbereiteten Boden, finden wir doch in der damaligen Presse ein ausgeprägtes Interesse an Bettlergeschichten aller Arten. Bei aller Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber Bettlern finden sich in den Zeitungen kaum Stimmen der Sympathie. Im Gegenteil: Zynismus, Häme, Schadenfreude und Abscheu herrschen vor. Diesem Sprachton und dem Wortschatz wird hier nachgegangen.

"Oberösterreich geht wieder einmal mit gutem Beispiel voran. Wir haben dies in aller uns eigenen Bescheidenheit schon für manches Gebiet des Wiederaufbaus feststellen können", poltert das *Linzer Volksblatt* selbstgefällig in seinem mit "Eine befreiende Tat Oberösterreichs" überschriebenen Artikel zu Reverteras erster Pressekonferenz vom 5. Juli 1935:<sup>73</sup> Die "drängende Frage" des Bettels sei längst zu einer "schwer empfundenen Plage" geworden, die Nachricht werde

im ganzen Lande mit einem befreiten Aufatmen begrüßt werden. [...]

<sup>66</sup> *Welsler Zeitung*, 25. 3. 1938.

<sup>67</sup> *Tages-Post*, 5. 10. 1935.

<sup>68</sup> *Welsler Zeitung*, 12. 7. 1935.

<sup>69</sup> Fälschlicherweise auch als Aigen-Schlägl oder Schlägen zitiert. *Tages-Post* 19. 2. 1936; *Bauern- und Kleinhäuserbote*, 11. 7. 1935.

<sup>70</sup> *Neue Freie Presse*, Abend, 10. 9. 1935.

<sup>71</sup> *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 6. 9. 1935.

<sup>72</sup> *Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung*, Oktober 1935.

<sup>73</sup> Vgl. *Schärdinger Wochenblatt*, 11. 7. 1935; *Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung*, Oktober 1935.

Ein Großteil der Bettler wird damit von der Landstraße verschwinden, und bei den Türen der oberösterreichischen Häuser werden in Hinkunft nur mehr jene Armen und Erwerbslosen vorsprechen können, die wirkliche Armut und Arbeitslosigkeit zwingt, ihr bitteres Brot auf der Landstraße zu suchen. Jener Abhub der Gesellschaft aber, der arbeitsunwillig ist, aus den Taschen der Allgemeinheit ein verhältnismäßig sorgloses Dasein fristet und eine schwere wirtschaftliche Belastung und nicht zuletzt auch eine Gefahr, besonders für das flache Land, war, wird nach der Errichtung des Bettler-Heftlagers der Freiheit des Landstreichens beraubt und wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet sein, der für einen Teil dieser Bettler naturgemäß Zwangsarbeit sein wird, einen Teil aber sicherlich allmählich auf die Bahn eines geordneten, normalen Arbeitslebens zurückführen wird. [...]

Viele dieser Bettler sind schamlose Schmarotzer, die längst nicht mehr arbeiten wollen, denen die Landstraße und der Bettel zur Heimat und zweiten Natur geworden sind. Diese Fechter schlagen meist eine Arbeit, die man ihnen anbietet, rundweg ab. [...] Nicht wenige dieser Bettler sind radikale, gemeingefährliche Burschen, die die Besitzer mit Drohungen einschüchtern; niemand wagt es, sie abzuweisen. Besonders unsere Bauern und unsere Pfarrer können da ein Lied singen. 30, 40 und noch mehr Fechter erscheinen im Tag vor der Türe. Bei manchen Bettelfenstern wird täglich soviel an Lebensmitteln hinausgereicht, daß damit zwei, drei Personen verköstigt werden könnten! Jetzt, zur Erntezeit, muß vielfach in jedem Haus ein Erwachsener daheim bleiben, um den Hof vor lästigen Eindringlingen zu schützen. Geschenkte Kleider werden nicht selten beim nächsten Tandler verklopft. Essen wird nur ungern genommen. In den Städten ist die Bettlerplage nicht geringer. Es ist klar, daß die wirklich bedürftigen Bettler durch diese Berufsbettler schwer geschädigt werden und daß die Arbeitsmoral unseres Volkes durch solche Erscheinungen schwer untergraben wird.<sup>74</sup>

Das Lager sei einzig und allein mit dem Namen Revertera verbunden, meldet die *Tages-Post* vom 5. September 1935. Er griff die Frage "energievoll" auf und regte die Bundesgesetznovelle zum Heimatgesetz und die entsprechenden Bundesgesetze an.<sup>75</sup> Revertera war auch bei der ersten "Selektion" und beim Abtransport der "Schlögener" auf dem Linzer Bahnhof am 3. September 1935 persönlich zugegen,<sup>76</sup> ebenso bei der Schlögener Ravag-Aufnahme.<sup>77</sup> Im September 1935 wird der Sicherheitsdirektor vom Bundespräsidenten mit dem Offizierskreuz des Verdienstordens ausgezeichnet; dieses sei der Dank für sein Eintreten in der Haftlagersache, kolportierte die illegale Presse.

Derselbe Revertera betonte in seiner Pressekonferenz vom 2. September 1935, das Strafmoment sei sekundär, der Hauptzweck der Einlieferung sei, die Landstreicher, die vielleicht "überhaupt noch nie einen Anlauf zu einer Arbeit genommen haben, nutzbringender Tätigkeit zuzuführen".<sup>78</sup> Diese soziale und edukative Seite der Maßnahmen steht somit auch in der Berichterstattung im Vordergrund:

Es ist ein Lager, das keineswegs als Strafmittel oder als Sammelraum für Verbrecher, sondern vielmehr als eine soziale Einrichtung aufzufassen ist, als eine Schule, in der fürs erste Entwurzelten und Haltlosen, die aus der Bahn ihres Berufes geschleudert wurden und keine Arbeit mehr finden konnten oder sie verabscheuten, der Glaube an sich selbst und ihre Verpflichtungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft gegeben werden soll.<sup>79</sup>

<sup>74</sup> Alle Zitate *Linzer Volksblatt*, 5. 7. 1935.

<sup>75</sup> *Linzer Volksblatt*, 5. 7. 1935.

<sup>76</sup> *Salzkammergut-Zeitung*, 12. 9. 1935.

<sup>77</sup> *Linzer Volksblatt*, 7. 10. 1935.

<sup>78</sup> *Oberösterreichischer Gebirgsbote*, 5. 9. 1935.

<sup>79</sup> *Tages-Post*, 5. 10. 1935;

Ziemlich alle Zeitungen (und nicht nur die zwei zuletzt zitierten) präsentieren jene Palette an Argumenten und Formulierungen, die eigentlich immer im Zusammenhang mit Asozialen oder Sozialschmarotern unter Volk gestreut werden: Die Mitbürger, die verlernt hatten, was "rechtschaffene Arbeit",<sup>80</sup> "geregelt Arbeit", "planmäßige Tageseinteilung"<sup>81</sup> sei, deren soziale Bande gerissen seien, die "eine grundsätzliche Einstellung zu den Forderungen der sozialen Gemeinschaft"<sup>82</sup> verloren hätten und aus den Taschen der Allgemeinheit ein verhältnismäßig "sorgloses Dasein" fristeten<sup>83</sup>, sollten "durch Arbeit aus der Verwahrlosung gehoben, an Leistungen gewöhnt und zur Selbstverantwortlichkeit erzogen"<sup>84</sup> sowie "brauchbare Mitglieder der Gesellschaft"<sup>85</sup> werden; der Weg dahin sei jener der Zwangsarbeit in "soldatischer Zucht und in kameradschaftlichem Zusammenleben unter einem Dach und an einem Tisch"<sup>86</sup> im Lager. Das Lager garantiere die totale Überwachung und Manipulation des Betroffenen: während der Arbeitszeit und - noch wesentlicher - in den kargen Stunden der Freizeit. Die Erfahrung - so die *Tages-Post* - werde aber erst zeigen, ob ein Haftlager eine derartige Resozialisierung leisten könne, ob nicht doch "die angeborenen schlechten Anlagen von Häftlingen, voran die verbrecherischen Anlagen mit ihrer bekannten Beharrungstendenz, von Mann zu Mann übergreifend, ihre Wirkung ausüben".<sup>87</sup> Daher sei auch die Tageseinteilung im Lager "mit pädagogischem Verständnis" erstellt worden, und die gedankliche Verknüpfung von Haftlager mit Schule steht immer im Raum: Das Lager sei nicht bloße Strafkolonie<sup>88</sup>, sondern "Lebensschule für Landstreicher"<sup>89</sup>, "Lebensschule für arbeitsscheue Vaganten", "das Tor zu einem besseren, anständigen Leben"<sup>90</sup>; und die Vermessenheit gipfelt in der Bezeichnung: das Bettlerlager "die hohe Schule von Schlögen", "die gut bewährte hohe Schule für Arbeitslust".<sup>91</sup>

Auch die Natur und die Landschaft wurden in das Erziehungskonzept, zur Beeinflussung der "besserungsfähigen Elemente", miteinbezogen.

Gerade die glückliche Wahl des Ortes für das Lager hat, von der Seite der Gemüserziehung aus gesehen, eine große Zweckbe-

stimmung, denn es ist zu bedenken, daß sich die Lagerinsassen täglich in einer Reihe von Arbeitsstunden unter freiem Himmel aufhalten müssen und hier gerade auch ihre Umgebung auf ihre seelische Verfassung einzuwirken imstande ist".<sup>92</sup>

In derartig schöner und unberührter Gegend, in einer "landschaftlichen Idylle",<sup>93</sup> in einer "wahren Urwaldgegend",<sup>94</sup> erwarte man eigentlich "cher ein Jagdschloß, ein Ferienheim oder sonst etwas, das der Erholung und Zerstreuung dient, und nicht eine Institution der Zwangsverhaltung"; die Natur dort habe "so gar nichts an sich, was vielleicht die Vorstellung über ein Bettlerlager unterstützen würde",<sup>95</sup> dem Lager fehle laut *Tages-Post* "infolge des landschaftlichen Rahmens und der Naturnähe der Charakter eines Konzentrationslagers oder einer ähnlichen Zwangsanstalt gänzlich".<sup>96</sup> "Die Luft ist gut und würzig, der Blick fällt auf die Donau, auf Wiese, Wald und Bach, und die oberösterreichischen Landstreicher, die hier untergebracht sind, könnten sich eigentlich bei solcher Anhaltung ganz wohl fühlen".<sup>97</sup> Ein Platz für einen "wunderbaren Weekend-Aufenthalt", meint das *Salzburger Volksblatt*, "wenn der zehn Fuß hohe Stacheldrahtzaun und die [...] Lagerwache mit ihren Maschinengewehren und Scheinwerfern nicht an den Ernst des Lebens gemahnten".<sup>98</sup> Und der "Ernst des Lebens" ist - das *Salzburger Volksblatt* spricht es als eine der wenigen offiziellen Zeitungen aus - "das erste Konzentrationslager der Welt [...] für Landstreicher, Bettler", wo diese nun zu "braven, fleißigen Bürgern" umgekrempt werden sollen.<sup>99</sup>

Daß diese Resozialisierung eine Roßkur sein würde, konzediert man. Ein Besuch in Schlögen überzeugt jedoch den Reporter des *Linzer Volksblattes*, daß "die notwendige harte Maßnahme gegen das Berufsbettler-tum hier in jener sozialen Gesinnung, die den Anregern dieser Schöpfung innewohnt, durchgeführt wird".<sup>100</sup> Es werde sich in diesem Lager nicht schlecht leben lassen, es gehe nur eins ab: die Freiheit,<sup>101</sup> "denn die Freiheit ziehen die meisten dem schönen [sic!] Haftlager vor"<sup>102</sup> die "goldene Freiheit wollen sie doch nicht missen".<sup>103</sup> Unverbesserliche müßten sich auf eine längere unfreiwillige "Arbeitskur" einstellen.<sup>104</sup> "Für diese Arbeitsunwilligen werde das Lager "eine harte Zwangsarbeitsanstalt" sein,<sup>105</sup> "Drohnen" würden

<sup>80</sup> *Salzkammergut-Zeitung*, 12. 9. 1935

<sup>81</sup> *Tages-Post* 5. 10. 1935.

<sup>82</sup> *Ibda.*

<sup>83</sup> *Linzer Volksblatt*, 5. 7. 1935; *Tagblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>84</sup> *Tages-Post*, 5. 9. 1935.

<sup>85</sup> *Welsler Zeitung*, 13. 9. 1935; *Salzkammergut-Zeitung*, 12. 9. 1935.

<sup>86</sup> *Tages-Post*, 5. 9. 1935. Vgl. Gerhard Ungar, *Gemeinnützig, zusätzlich und freiwillig. Beschäftigungsprogramme für arbeitslose Jugendliche in Österreich zwischen 1930 und 1938*, in: *Verein für Gesellschaftsgeschichte* (Hrsg.), *Zwischen den Mühlsteinen von Arbeitsmarktpolitik und Kapital: Erwerbslosigkeit im 20. Jahrhundert*, Wien 1986, 66.

<sup>87</sup> *Tages-Post*, 5. 9. 1935.

<sup>88</sup> *Linzer Volksblatt*, 2. 9. 1935.

<sup>89</sup> *Neue Freie Presse*, Mittag, 6. 9. 1935.

<sup>90</sup> *Linzer Volksblatt*, 2. 9. 1935.

<sup>91</sup> *Rieder Volkszeitung*, 26. 3. 1936.

<sup>92</sup> *Tages-Post*, 5. 10. 1935.

<sup>93</sup> *Tagblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>94</sup> *Oberösterreichischer Gebirgsbote*, 12. 9. 1935.

<sup>95</sup> Alle Zitate *Tagblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>96</sup> *Tages-Post*, 5. 9. 1935.

<sup>97</sup> *Neue Freie Presse*, Mittag, 6. 9. 1935.

<sup>98</sup> *Salzburger Volksblatt*, 17. 9. 1935.

<sup>99</sup> *Ibda.*

<sup>100</sup> *Linzer Volksblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>101</sup> *Ibda.*

<sup>102</sup> *Salzkammergut-Zeitung*, 10. 9. 1936.

<sup>103</sup> *Linzer Volksblatt*, 6. 11. 1935.

<sup>104</sup> Alle Zitate *Linzer Volksblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>105</sup> *Welsler Zeitung*, 6. 9. 1935.

nicht geduldet,<sup>106</sup> und auf die „Annehmlichkeit eines sorgenlosen Dascins“ dürfe kein Haftlagerinsasse bauen, denn auch bei der Frage der Verköstigung der Lagerhäftlinge „wurde über das notwendige Minimum in der Nahrungsaufnahme nicht hinausgegangen“.<sup>107</sup>

Und hier ist noch der Sicherheitsaspekt für die Bewohner des Landes, den die Printmedien, die Bürgermeister bei ihren Bezirkskonferenzen immer wieder ins Treffen schickten: Trotz der Belastung ihres durch Armenlasten arg strapazierten Gemeindebudgets sei das Lager „das wirksamste Mittel“ zur Bekämpfung der Bettler,<sup>108</sup> eine „bedeutende Sicherheitsmaßnahme“;<sup>109</sup> Arbeit und Kosten zur Durchführung der Streifungen und zur Erhaltung des Lagers seien dieser Sicherheit wegen „nicht nutzlos vergebend“.<sup>110</sup> Denn die Bettler bedrohten die Bevölkerung, brächten „alle möglichen Gerüchte“ in Umlauf,<sup>111</sup> schüchterten im Streusiedelgebiet die Leute ein<sup>112</sup> („Gefährlich ist das Übernachten fremder Leute und noch gefährlicher mitunter das Nichtübernachtbehalten.“)<sup>113</sup> und seien für die Zunahme von Kriminalität und insbesondere Diebstählen verantwortlich.<sup>114</sup> Und dies alles schade (auch schon damals) dem Tourismus. Es müsse verhindert werden, „daß Ausländer, die in unser Land kommen, sich an dem Gebaren solcher Straßenelemente stoßen und nie mehr wiederkommen“.<sup>115</sup>

Den Presseberichterstatlern, die in der überwiegenden Mehrzahl an der Oberfläche des Problems hängen blieben, dieses mehr als ein polizeiliches betrachteten und kaum größere Zusammenhänge mit der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot wahrnahmen, präsentierte sich das Lager als Erfolg für Oberösterreich; der Zweck war erreicht. Schon die Ankündigung, „die große, wohlthätige Wirkung der Drohung“,<sup>116</sup> trieb viele Bettler in die Flucht oder veranlaßte sie, für eine bestimmte Zeit auf Tauchstation zu gehen. Jeder Razzia folgten die Meldungen von Nachlassen der Bettlerplage mit jener Regelmäßigkeit, mit der sich auch nach einem bestimmten Intervall die Klagen über die Zunahme der Bettlerseuche wieder mehrten. Die Behörden und die Bürgermeister wußten, daß die Vertreibung der Bettler nur durch regelmäßige Razzien und anhaltende Bedrohung erreicht werden konnte; deswegen der ebenso regelmäßig wiederkehrende Ruf nach neuen Landesstreifungen mit ihrer „säubernden

Wirkung“.<sup>117</sup> Zur Zeit solcher Razzien finden mit viel Voyeurismus jene Geschichten Eingang in die Zeitungen, die zum Arsenal aller Bettlerpolemik gehören: Geschichten über Berufsbettler, die beträchtliche Summen bei sich trugen<sup>118</sup>, die Hausbesitzer oder Rentenbezieher waren, die mit Freifahrtscheinen der Bahn weite Strecken zum „Arbeitsplatz“ zurücklegten<sup>119</sup>, die bei ihrem Tod große Summen zurückließen etc. Den Schaden durch dieses Berufsbettlertum würden letztendlich die wirklich Bedürftigen haben<sup>120</sup>, denn es werde durch diese Praktiken die Gebefreudigkeit der Bevölkerung herabgemindert.

Das Lager machte der zum Lokalausganschein geladenen Presse „einen guten Eindruck“.<sup>121</sup> Der Reporter der *Neuen Freien Presse* weiß sogar, „daß die Eingelieferten schon am ersten Tag freiwillig Überstunden gemacht (hatten)“, und dies stimmte ihn „optimistisch“.<sup>122</sup> „Manchen scheint die Hoffnung, etwa hier (in Schlögen) den Winter verbringen zu können, gar nicht so unangenehm.“<sup>123</sup> Es fiel den Pressevertretern „vor allem die peinliche Ordnung“ auf, die im Lager herrschte<sup>124</sup>, zum Beispiel die „schmucken Blumenrabatten auf den freien Plätzen des Lagers“ sowie Blumen in den Barackenfenstern. Die Insassen selbst, die Häftlinge, waren jedoch für den Berichterstatler „wohl das Interessanteste, was sich auf einem kleinen Erdenfleck zusammenfinden kann“.<sup>125</sup> Die Häftlinge, die „Neuingekleideten“, waren laut *Tagblatt* auch nur mehr schwer als jene Bettler und Landstreicher zu identifizieren, die noch vor wenigen Tagen „in allen möglichen Winkeln Oberösterreichs und Salzburgs aufgefangen“ und auf dem Vorgelände des Linzer Hauptbahnhofs „sortiert“ bzw. wie die „Schafe von den Böcken“ getrennt worden waren.

„Da (auf dem Linzer Hauptbahnhof) waren junge, fesche Burschen, waschechte Tippler in den besten Mannesjahren, und auch Frauen und Mädels waren darunter, und so mancher 'Rübezahl', weißbärtig und bärbeißig. Da waren Dicke und Dünne, wirklich schwer Notleidende, aber auch solche, die keineswegs leidenden Eindruck auf den Beschauer machten, ulkige Walzbrüder, die vollen Wanst hatten, rote, glänzende Nasen, und im übrigen die Sorglosigkeit selber zu sein schienen“.<sup>126</sup>

Und der Eindruck derselben Tageszeitung vom Lager zwei Tage darauf:

„Weg waren ihre Bartstopplern, die verwilderten Haare, die vielfach absichtlich in möglichst defektem Zustand gehaltenen Kleider, dafür glänzten geradezu in Sauberkeit ihre schön gewachsenen, sonnverbrannten Schädel unter den breiten, weichen, grauen Hü-

<sup>106</sup> *Tages-Post*, 21. 7. 1936.

<sup>107</sup> *Schärdinger Wochenblatt*, 11. 7. 1935.

<sup>108</sup> *Linzer Volksblatt*, 23. 5. 1936.

<sup>109</sup> *Innviertler Nachrichten*, 31. 8. 1935.

<sup>110</sup> *Tages-Post*, 5. 11. 1935.

<sup>111</sup> *Schärdinger Wochenblatt*, 20. 6. 1935.

<sup>112</sup> *Neue Freie Presse*, Mittag, 6. 9. 1935.

<sup>113</sup> *Rieder Volkszeitung*, 19. 2. 1936.

<sup>114</sup> *Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung*, Oktober 1935.

<sup>115</sup> *Mühlviertler Nachrichten*, 12. 7. 1935.

<sup>116</sup> *Linzer Volksblatt*, 2. 9. 1935; vgl. *Rieder Volkszeitung*, 11. 9. 1935.

<sup>117</sup> *Welser Zeitung*, 15. 1. 1937.

<sup>118</sup> U. a. *Tages-Post*, 14. 7. 1936; *Tages-Post*, 19. 2. 1937

<sup>119</sup> *Satzkammergut-Zeitung*, 27. 2. 1936; *Linzer Volksblatt*, 24. 7. 1936.

<sup>120</sup> *Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung*, Oktober 1935.

<sup>121</sup> *Neue Freie Presse*, Mittag, 6. 9. 1935.

<sup>122</sup> *Ibid.*

<sup>123</sup> *Linzer Volksblatt*, 7. 10. 1935.

<sup>124</sup> *Oberösterreichischer Gebirgsbote*, 12. 9. 1935.

<sup>125</sup> *Ibid.*

<sup>126</sup> *Tagblatt*, 3. 9. 1935.

ten, die sie mit ihrer übrigen Adjustierung geradezu wie Farmer erscheinen ließen".<sup>127</sup>

### III.

Die in Oberösterreich zwischen 1933 und 1938 nicht zu häufig aufgelegten Pfarrblätter beider Konfessionen - aber in der Hauptsache der katholischen Kirche, die hier berücksichtigt ist - befassen sich viel mit Armenhilfe, appellieren oft an die Verantwortung gegenüber dem Nächsten, wozu Bibel und Kirchengeschichte genügend Gleichnisse (hl. Martin, Lazarus) oder Ermahnungen liefern. Elisabethvereine, Vinzenzvereine, die kirchliche Winterhilfe, die Caritasopfer, Gabentische, in Wien besonders häufig die Josefstische, Armenausspeisung, Hauskranknppflege sind höchst aktiv, wobei die Haupttätigkeit den Frauen bzw. Frauenvereinen zufällt. Sie sammeln und verteilen vorwiegend unter den eigenen Pfarrkindern, die man kennt und womit man glaubt, jeglichen Mißbrauch mit dem Sammlungsgut ausgeschaltet zu haben. Die Nächstenliebe ist ein "Angebinde des Christenglaubens, aber nicht das ganze Wesen des Christentums", die Kirche sei mehr als eine "Fürsorgeanstalt oder ein Caritasverband, darum könne die kirchliche Seelsorge nicht in der Fürsorge für die Armen auf- und untergehen".<sup>128</sup> In diesen Pfarrblättern ist vom Bettlerlager ebensowenig die Rede wie im *Wiener Kirchenblatt*: Am 2. September 1935, dem Datum, an dem eine Stellungnahme zum Bettlerhaftlager und dem ganzen Bettlerproblem angebracht gewesen wäre, widmet es den wenigen Platz, den es zur Verfügung hat, einem Artikel über "Wie Kaiser Max I., der Letzte Ritter, starb". Auch sonst keine Hinweise auf Bettlerlager und Bettlerrazzien, weder in Oberösterreich noch in Wien. Mitte November, am Tag des hl. Martin beispielsweise, der seinen Mantel mit den Armen teilte, stellt man keinen aktuellen Bezug her, noch geschieht dies beim Aufruf zur Winterhilfe. Ein Titelbild Mitte November<sup>129</sup>, "Verschämte Armut", demonstriert gerade jene Haltung, die die sozialistische und die kommunistische Untergrundpresse damals anprangerten:

"Die österreichischen Arbeiter, die Werk tätigen, wollen keine Almosen von den Reichen, sondern sie verlangen ein menschenwürdiges Leben. Darunter verstehen die österreichischen Werk tätigen allerdings nicht Unterstützung einzelner mit Bettelgroschen und Klostersuppe, sondern ausreichenden Lohn bei 40 Stundenwoche [...]"<sup>130</sup>

Die Diözesen Linz und Salzburg besaßen in der Zwischenkriegszeit keine Kirchenzeitung. Den Bereich Oberösterreich bzw. Diözese Linz deckte damals das der Kirche sehr nahestehende *Linzer Volksblatt* ab, das in der damaligen Zeit auch einen Priester als Chefredakteur hatte. Die Einstellung des *Linzer Volksblatt*

tes hebt sich allerdings von den anderen ständestaatlichen Printmedien durch kein größeres Verständnis des sozialen Problems Bettler ab, noch durch eine entschärfte, vom Verständnis diktierte Sprache oder durch geringere Schadenfreude.

### IV.

Die sozialistische Untergrundpresse, allen voran die illegale *Arbeiter-Zeitung*, bildet den Kontrapunkt zur offiziellen Berichterstattung. Anhaltelager ("Die Not bleibt also in Österreich anhaltend lagernd")<sup>131</sup>, Konzentrationslager, Arbeitslager sind ihre Bezeichnungen.

Österreich hat damit "traurige Berühmtheit erlangt, der erste 'Kulturstaat' zu sein, der Menschen wegen ihrer unverschuldeten Armut einsperrt".<sup>132</sup> Schlimmer noch, diese Novelle zum Heimatgesetz gehe über das berüchtigte "Vagabundengesetz" der Regierung Taaffe der achtziger Jahre hinaus, denn zu jener Zeit bedurfte es immerhin eines gerichtlichen Urteils zur Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt<sup>133</sup>, jetzt genüge eine Polizeiverordnung. Das sei der "Fortschritt" der christlichen Sozialpolitik, "das echte neue Christentum"<sup>134</sup>, so geht der Staat der Quadregesimo anno mit der Freiheit, mit der Menschenwürde der Armen um! [...] Es gibt in keinem europäischen Staat eine so gehässige Einrichtung gegen arme Menschen, wie sie der Herr Gleißner geschaffen hat."<sup>135</sup> Gleißner, "der sich gern als ein besonderer Freund der Arbeiterschaft rühmen läßt"<sup>136</sup>, führe "seine eigene Schande" der Öffentlichkeit vor, indem er die Presseberichterstatteur einlud, das Lager zu besichtigen.

Die gleichgeschaltete Presse erzählt also der Welt, wie man in dem Musterstaat der Quadregesimo anno arme Menschen behandelt.<sup>137</sup> - Erst macht man die Menschen arbeitslos, und wenn sie sich dann auch nur auf die Straße wagen, sperrt man sie einfach ein.<sup>138</sup> Die Bettler werden durch das Regime massenhaft hervorgebracht und dann im Konzentrationslager unschädlich gemacht, damit sie nicht gefährlich werden können.<sup>139</sup> Da ist keine Rede mehr davon, ob die Armen sich gegen das Strafgesetz vergangen haben. Da gibt es kein gerichtliches Verfahren mehr und keine gerichtliche Feststellung über die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt. Sie sind arm, sie sind arbeitslos, sie haben kein Einkommen - Grund genug, sie ihrer persönlichen Freiheit zu berauben, sie wie Sträflinge zu behandeln, sie zur Zwangsarbeit zu verhalten.<sup>140</sup> Der Austrofascismus, Christi Segen im Mund, Schließkette in der Faust, hat, im Schatten des Galgens, mit dem Haftlager für Bettler seine sozialpolitische Glanzleistung vollbracht.<sup>141</sup>

<sup>131</sup> *Die Wahrheit*, DÖW 4028a/17.

<sup>132</sup> *Ibda*.

<sup>133</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 23. 6. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>134</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 21. 7. 1935, 14tägige Ausgabe.

<sup>135</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 8. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>136</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 23. 6. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>137</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 15. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>138</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 21. 7. 1935, 14tägige Ausgabe.

<sup>139</sup> *Der Freie Gewerkschafter*, DÖW 4025/3.

<sup>140</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 22. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>141</sup> *Pressediener*, Nr. 26, Mitte September 1935, DÖW 4009b/30.

<sup>127</sup> *Tagblatt*, 5. 9. 1935.

<sup>128</sup> *Unser Pfarrblatt*, Pfarre St. Josef, Linz, 1. 12. 1934, Nr. 9/10.

<sup>129</sup> *Wiener Kirchenblatt*, 17. 11. 1935.

<sup>130</sup> *Floridsdorfer Arbeiterzeitung*, Nr. 10, Juli 1936, DÖW 4007b/12.

Häftlinge würden in Schlögen "von Schutzkorpsleuten mit aufgepflanzten Bajonetten bewacht", sie würden wie "schwere Verbrecher kahlgeschoren", "sie dürfen nichts bei sich haben als ein Taschentuch", sie können zwar rauchen, "dürfen aber kein Zündholz besitzen und müssen sich das Feuer beim Lagerführer holen".<sup>142</sup>

Ebenso sozial gedacht wie dieses Zwangsarbeiterlager für Arme ist auch die Bedeckung der Kosten für die Aufrechterhaltung des Lagers. [...] der reichste Großgrundbesitzer, der Starhemberg z.B., muß ebenso 4 Groschen ("Kopfsteuer") monatlich bezahlen wie der ärmste ausgesteuerte Arbeitslose! Das ist der Geist des Musterstaates der katholischen Kirche!<sup>143</sup>

Die "Untat" des oberösterreichischen Landeshauptmanns mache Schulz: "Den steiermärkischen Landeshauptmann Stepan läßt der Ruhm seines oberösterreichischen Kollegen nicht ruhen. Auch er plant die Einrichtung einer Zwangsarbeitsanstalt für wandernde Arbeitslose."<sup>144</sup> Zu den "heiligen Sitten und bodenständigen Gebräuchen Neu-Österreichs", auf die sich der Landeshauptmann in seiner Ankündigung von Bettlerlagern für die Steiermark bezog, gehöre - so die *Arbeiter-Zeitung* - "jetzt offenbar auch die Einrichtung der Bettlerlager".<sup>145</sup> Und derselbe "Ruhm" "ließ [auch] den Wiener 'Bürgermeister' Schmitz nicht schlafen. Er hat die Barbarci Gleißners nachmachen müssen. Er hat die 'Beschäftigungsanstalt für Bettler' errichtet."<sup>146</sup> In Niederösterreich hatten "die faschistischen Machthaber andere Maßregeln gegen die wandernden Arbeitslosen" parat, das "blaue Wanderbüchel"<sup>147</sup>:

"In Niederösterreich will man zwar kein Konzentrationlager errichten, dafür verlangt man von den Bettlern für ein Nachtlager und eine Mahlzeit, die ihnen [...] verabreicht werden soll, eine Arbeitsleistung. Weigern sich die Bettler, so sollen sie zur Arbeit gezwungen werden. Also Zwangsarbeit für Bettler: Niederösterreich ist ebenso human und christlich wie Oberösterreich."<sup>148</sup> "So sieht das Fürsorgewesen im christlichen Ständestaat aus [...], für die Arbeiterschaft gibt es nur den Ausweg: Entweder mit aller Kraft mitzuhelfen an der Beseitigung des Faschismus oder - erbärmlich zugrundezugehen, vielleicht in einem Bettlerlager."<sup>149</sup>

Die *Rote Fahne*, Zentralorgan der KPÖ, spottet über das "Zwanghaftlager"<sup>150</sup> als "die große soziale Wohltat"<sup>151</sup> und wettet zugleich über die Rückgabe von hunderten Millionen Schilling an die Habsburgerfamilie.<sup>152</sup> "Fort mit der Schande der Bettlerlager!"<sup>153</sup> Die KP-Flugzettel attackieren häufig die Bettlerrazzien in Wien und in der Provinz:

Sie veranstalten große Bettlerrazzien, sie (die "faschistische Regierung") sperrt die Hungrigen in die Gefängnisse. Mit Genugtuung haben es die Bourgeoisblätter in ihre Spalten geschmiert, mit wohligerem Grinsen werden es die Herrn und Damen der nobligen Gesellschaft beim Morgenkaffee gelesen haben, deren schönheitsliebende Augen doch immer schon von jenen hungrigen Gestalten beleidigt wurden. Und obendrein schaden diese Bettler dem Fremdenverkehr [...], veranstalten sie das Stadtbild. [...] Der Hohn dieser Regierung wird sich einst rächen!<sup>154</sup>

In Österreich sei die "niedrigste Art des Sklavenhandels" zu finden, "Armut ist ein Verbrechen".<sup>155</sup> Schuschnigg habe für viele - Heimwehr, Hilfskorps, Militär - viel übrig, "für die Armen hat er höchstens das Bettlerlager übrig, wie in Oberösterreich".<sup>156</sup> Das sei das "positive Christentum der Schmitz und Konsorten".<sup>157</sup> Das sei die "Arbeitsbeschaffung" der "von sozialen Phrasen tiefenden Regierung": "Statt Arbeit oder Unterstützung - Zwangslager und Zwangsarbeit."<sup>158</sup> Diese Maßnahmen zeigten deutlich, "wie hoffnungslos die Lage der österreichischen Wirtschaft ist, wie verlogen die Wirtschaftsberichte und Arbeitslosenstatistiken sind. Die Lösung der Bettlerfrage zeigt kraß die soziale Ungerechtigkeit des Ständestaates, welcher nach dem 'gegangenen Starhemberg' der 'sozialste Staat der Welt' ist, in dem die Schuldigen an diesem Elend immer reicher werden und die vom Elend Betroffenen zur Zwangsarbeit verurteilt werden".<sup>159</sup>

## V.

Ähnlich wie Sozialisten und Kommunisten, aber nicht in derselben Häufigkeit, greifen die Nationalsozialisten in ihren illegalen Druckwerken das Bettlerthema auf, um gegen die bestehende Regierung propagandistisch zu punkten. Auch hier ist das Haftlager ein Konzentrationslager,<sup>160</sup> ist Österreich nach den Grundsätzen der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo anno zum "Land der Bettler" geworden.<sup>161</sup> Ihm stellen die Nationalsozialisten das neue Deutschland gegenüber, in dem durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau Bettler und Obdachlose einer "nutzbringenden Beschäftigung" zugeführt wurden und in dem Bettel und Landstreicherei aus dem Straßenbild verschwanden.<sup>162</sup> Die Politik eines Revertera und anderer sei für die Nationalsozialisten "treffliche Propaganda" und arbeite ihnen in die Hände.<sup>163</sup>

<sup>142</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 15. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>143</sup> *Ebda.*

<sup>144</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 22. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>145</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 15. 12. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>146</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 1. 12. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>147</sup> *Arbeiter-Zeitung*, 22. 9. 1935, wöchentliche Ausgabe.

<sup>148</sup> *Gewerkschaftliche Information*, 21. 9. 1935, DÖW 4004/1.

<sup>149</sup> *Der Metallarbeiter*, Dezember 1935, DÖW 4027b/8.

<sup>150</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 11, 1935, DÖW 4015.

<sup>151</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 1, 1936, DÖW 4015.

<sup>152</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 11, 1935, DÖW 4015.

<sup>153</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 1, 1936, DÖW 4015.

<sup>154</sup> *Roter Prolet*, Nr. 13, Mai 1935, DÖW 4005/7.

<sup>155</sup> *Volkswacht*, September 1935, DÖW 4005/1.

<sup>156</sup> *Pressediens*, Nr. 28, Ende Oktober 1935, DÖW 4009b/30.

<sup>157</sup> *Kurzberichte*, KPÖ, III. Bezirk, 8. 7. 1937, DÖW 4009a/473.

<sup>158</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 15, Dezember 1935, DÖW 4015.

<sup>159</sup> *Der Rote Kämpfer*, Nr. 7, Herbst 1936, DÖW 4007b/14.

<sup>160</sup> *Österreichischer Beobachter*, 28. 8. 1936, DÖW 4003; *Der Kampf*, 10. 7. 1936, DÖW 4003b/7; *Die braune Front*, 2. 8. 1935, DÖW 4003a/10.

<sup>161</sup> *Der Arbeiter Sturm*, *Nationalsozialistisches Kampfblatt*, Dezember 1936, DÖW 4003a/5.

<sup>162</sup> *Der Kampf*, Folge 15, 4. Jg., DÖW 4003b/7.

<sup>163</sup> *Die braune Front*, 2. 8. 1935, DÖW 4003a/10.

Die Nationalsozialisten stünden nicht zuletzt aus "rassischen" Gründen auf der Seite der Bettler, argumentieren sie, weil diese Ausgegrenzten "deutsche Menschen, von unserem Fleisch und Blut" seien, an denen womöglich der "volksfremde, ausgefressene Jude", dem es gut geht, erhobenen Hauptes "vorüberstolzisiert". Solche "grauevolle Zustände" empfinde das ganze Volk als eine "Schmach", doch der Regierung und dem "ihr anhängenden Interessenspack" stellten sich diese "Zustände" einzig unter dem Gesichtspunkt der "Bettlerplage" dar.<sup>164</sup>

\*

Das Haftlager in Schlögen ist einer von mehreren Lösungsversuchen des Bettlerproblems der dreißiger Jahre, zu denen beispielsweise die "Beschäftigungsanstalt" in Wien, die "Almosenablöse" oder das "Bettlergeld" diverser Gemeinden zählen. Zusammen mit der Errichtung der politischen Anhaltelager trug das Bettlerlager dazu bei, die Bevölkerung mit der Realität von Straf- und Haftlagern vertraut zu machen und sie diesbezüglich auf die NS-Zeit vorzubereiten. Der ganze Themenbereich Armenfürsorge jener Jahre ist bei weitem noch nicht durchleuchtet: Die Debatten unter den Teilnehmern der Länderkonferenzen, die Diskussionen in den Landtagen und die Lösungen, welche die Bundesländer für sich suchten, warum zum Beispiel die Länder Steiermark und Salzburg anfangs mit Oberösterreich mitzogen und ein Bettlerlager gründen wollten, doch dann von diesem Vorhaben wieder Abstand nahmen, warten noch auf Klärung und Darstellung. Eine Untersuchung der Armen- und Fürsorgepolitik der dreißiger Jahre zeigt sehr deutlich die Nahtstelle zweier verschiedener Fürsorgekonzeptionen auf, das Zusammentreffen der Armenfürsorge im Sinne einer Almosenabgabe, wie es die katholische Kirche vertrat, mit dem modernen gesamtstaatlichen Fürsorgemodell. Eine bereits von den Ländervertretern ins Auge gefaßte Änderung der Fürsorgepolitik brachte allerdings erst die NS-Zeit in Österreich, freilich unter wesentlich anderen Vorzeichen.

Für Bettler und Landstreicher war, wie gezeigt wurde, das Verständnis auf allen Seiten sehr gering. Der Ständestaat sperrte sie ein, Teile der Kirche akzeptierten sie als Bestandteil eines Heilsplans, die sozialistische, kommunistische und nationalsozialistische Untergrundpresse benützte sie hauptsächlich als Werkzeug in ihrem Kampf gegen den Staat der Quadagesimo anno - die Bettler waren nur ein weiteres Stichwort in ihrem Repertoire, um die Verwerflichkeit des Ständestaates bloßzustellen.

### Beiträge zur Kommunikationswissenschaft

#### Politikerdiskussionen im Fernsehen

Bd. 1, 1983, R. Burkart, 50 S., öS 80,-/DM 12,-

#### Meinungsforschung mit Bildschirmtext?

Bd. 2, 1984, J. Günther/E. Semrau, 160 S., Abb. u. Tab., öS 180,-/DM 26,-

#### Das Konrad Lorenz-Volksbegehren in der Tagespresse Österreichs

Bd. 3, 1985, R. Burkart, 91 S., öS 120,-/DM 17,-

#### Die Zeitung im Unterricht

Bd. 4, 1986, A. Fritz, 168 S. u. 35 S. Anhang, öS 180,-/DM 26,-

#### Entfremdete Elite?

Journalisten im Kreuzfeuer der Kritik

Bd. 5, 1986, H. Rust, 104 S., öS 140,-/DM 20,-

#### Was ist lesen?

Bd. 6, A. Fritz, 110 S., öS 140,-/DM 20,-

#### Informationsvermittlung im Wahlkampf

Bd. 7, R. Burkart/A. Fritz, 99 S., u. 11 S. Anhang, öS 140,-/DM 20,-

### L I T E R A S

#### UNIVERSITÄTSVERLAG

A-1090 Wien, Berggasse 4

Tel. 0222/31 56 59-0, Fax 0222/34 36 85-21

**AK**  
SOZIAL  
WISSENSCHAFTLICHE  
DOKUMENTATION

~2,5 Mio. Zeitungs-  
und Zeitschriftenartikel  
aus 100 Jahren  
nach Sachgebieten  
gesammelt & geordnet  
leicht und sofort zugänglich

SOWIDOK-Datenbank:  
600.000 Literaturhinweise ab 1980  
gespeichert, abrufbar über die  
Informationsvermittlungsstellen  
der Nationalbibliothek,  
der Bibliotheken der WU-Wien und  
der Universitäten Wien, Graz,  
Linz, Salzburg und Innsbruck

**AK**  
SOZIAL  
WISSENSCHAFTLICHE  
STUDIENBIBLIOTHEK

260.000 Bücher  
und über  
1100 Fachzeitschriften  
und Tageszeitungen  
warten auf Sie!

Autorenkatalog  
Schlagwortkatalog  
EDV-Recherchen  
Mikro-Lesegeräte  
Münz-Kopierer

Aktuelle Information zu den Sachgebieten:  
Wirtschaft - Politik - Gesellschaft  
Sozialpolitik - Arbeitswelt - Arbeiterbewegung  
Bildung - Kultur - Geschichte  
Umweltprobleme - Konsumentenschutz - Recht

Sozialwissenschaftliche  
Dokumentation  
der Kammer für  
Arbeiter und Angestellte  
für Wien  
1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20-22  
Tel. 501 65/2393  
Mo-Fr 8-16 Uhr

Sozialwissenschaftliche  
Studienbibliothek  
der Kammer für  
Arbeiter und Angestellte  
für Wien  
1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20-22  
Tel. 501 65/2452 Auskunft  
2352 Lesesaal  
Mo-Fr 13-19.30 Uhr  
Sa 9-12 Uhr

<sup>164</sup> Angriff, 1. 3. 1936, DÖW 4003/a/1.

FLORIAN MENZ

## “Wohl kein einziger Kärntner will den wenigen Slowenen ihr Recht streitig machen<sup>1</sup>”

Funktion und Argumentationsstrategien von Leserbriefen über die Volksgruppe der Slowenen in einigen Kärntner Zeitungen

Weit über Kärnten hinaus ist in den letzten Jahren die Problematik der Sprachminderheiten in Österreich verstärkt ins öffentliche Interesse gerückt. Das Kärntner Volksschulvolksbegehren, die lange Diskussion um das entsprechende österreichische Bundesgesetz, der Entscheid des Verfassungsgerichtshofs über die Rechte der kroatischen Minderheit im Burgenland, das im österreichischen Gedenkjahr 1988 gesteigerte Erinnern an die Unterdrückung und physische Vernichtung von Minderheiten durch das Nazi-Regime sind Marksteine dieser Entwicklung. Fast immer stand dabei die Lage der slowenischen Minderheit Kärntens im Vordergrund des Interesses der öffentlichen Diskussion.

Bis vor etwa hundert Jahren war die deutsch-slowenische Sprachgrenze in Kärnten durch Jahrhunderte stabil geblieben. Erst durch die Kombination von Modernisierung in allen Lebensbereichen und das Aufkommen eines immer radikaleren Nationalismus<sup>2</sup> setzte eine für die Kärntner Slowenen bedrohliche Assimilation und eine von deutschnationalen Kräften zielbewußt geförderte Germanisierung ein. Während deutschnationale Kreise an einen den altösterreichischen Staat sprengenden Anschluß an Deutschland dachten, zielten bis zum Ersten Weltkrieg slowenisch-nationale Kreise weitgehend auf Emanzipation innerhalb Altösterreichs ab. In dieser Tradition stimmte sogar nach dem Zerfall der Donaumonarchie der entscheidende Teil der Kärntner Slowenen bei der Volksabstimmung 1920 für den Verbleib bei Österreich; viele der ihnen vorher gegebenen Versprechungen wurden dann allerdings nicht eingehalten.<sup>3</sup> Nach der Unterdrückung und Verfolgung der Kärntner Slowenen in der NS-Zeit, von denen deswegen viele auf die Seite der Partisanen traten,<sup>4</sup> folgte unmittelbar nach der Befreiung eine relativ minderheitenfreundliche Politik, deren Volksschulregelung aber nach dem

Österreichischen Staatsvertrag Schritt für Schritt zurückgenommen wurde. Die Vertreter der slowenischen Minderheit wurden nicht in den Konsens der österreichischen Konkordanzdemokratie einbezogen,<sup>5</sup> etliche Verpflichtungen des Staatsvertrags überhaupt nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt. Die Assimilation schritt auch weiterhin schnell voran.<sup>6</sup> So viel zum Hintergrund der Auseinandersetzungen.<sup>7</sup>

Von diesen Überlegungen ausgehend untersuchen wir in einem einjährigen Projekt die “Berichterstattung über die Volksgruppe der Kärntner Slowenen in den Kärntner Printmedien von 1918 bis in die Gegenwart”.<sup>8</sup> Dabei konzentrierte sich unsere Untersuchung auf folgende Fragen:

- Ist die Berichterstattung und Kommentierung der deutschsprachigen Kärntner Printmedien über die slowenische Volksgruppe minderheitenfeindlich, vorurteilsbeladen und diskriminierend? Und wenn ja, in welcher Weise?
- Besteht darin seit dem Ersten Weltkrieg eine Kontinuität (wobei politische Übergangsphasen, wie etwa diejenige zwischen Ständestaat und NS-Herrschaft oder die Zeit der Befreiung, besonders wichtig sind)?
- Wirken Bestandteile rechtsextremer (nazistischer) Ideologie bis heute nach?

Der Rolle von Leserbriefen in diesem Zusammenhang möchte ich anhand einiger Beispiele aus der *Kleinen Zeitung (KLZ)* und der *Neuen Zeit/Kärntner Tageszeitung* nachgehen.

### Analysekategorien<sup>9</sup>

Ich möchte mich bei der Analyse auf zwei Bereiche konzentrieren: auf die Verwendung des Wortschatzes, der zur Bezeichnung von Slowenen verwendet wird, und auf die eingesetzten Argumentationsstrategien. Beides läßt sich nicht immer voneinander trennen, soll hier aber aus heuristischen Gründen auseinandergelassen werden.

Bei der Analyse des politischen Wortschatzes beziehe ich mich gewöhnlich auf Strauß (1986), der folgende Unterscheidungen trifft:

- **Leitwörter oder Miranda:** Ihre evaluative Bedeutung ist, unabhängig vom jeweiligen ideologischen Bezugshorizont, immer positiv, z.B. “Freiheit”.
- **Antimiranda:** Ihre evaluative Bedeutung ist, unabhängig vom jeweiligen ideologischen Bezugshorizont, immer negativ, z.B.. “Faschismus”.

<sup>1</sup> Aus einem Leserbrief der *Kleinen Zeitung Kärnten* vom 14.10.1972 (10).

<sup>2</sup> Vgl. Flaschberger et al. 1982; Dressler 1982; Reiter 1984; Österreichische Rektorenkonferenz 1989.

<sup>3</sup> Vgl. Haas/Stuhlpfarrer 1977; Pleterski/Weinzierl 1981; Österreichische Rektorenkonferenz 1989.

<sup>4</sup> Vgl. Karner 1988; Sima 1988.

<sup>5</sup> Vgl. Pelinka 1988.

<sup>6</sup> Vgl. Haas 1988.

<sup>7</sup> Vgl. Haas/Stuhlpfarrer 1981; Fischer 1980; Suppan 1986.

<sup>8</sup> Vgl. Menz/Ialouschek/Dressler 1989.

<sup>9</sup> Zu den Voraussetzungen und Spezifika linguistischer Methoden vgl. Menz 1988, 1989; Menz/Ialouschek/Dressler 1989.

- **Abgrenzungsvokabular:** Es hat eine unterschiedliche Bedeutung in unterschiedlichen ideologischen Systemen, d.h., dasselbe Wort ist in einem ideologischen System negativ, in einem anderen positiv konnotiert. Hier differenziert Strauß weiter zwischen Fahnenwort (positiv), z.B. "Abwehrkampf". Stigmawort (negativ), z.B. "Kommunismus".

Außerdem sind in dieser Kategorie noch von Bedeutung:

- **Euphemismus.** Seine Verwendung hat Verschleierungs- und Verharmlosungsfunktion (z.B. "Frontbegradigung" statt "Rückzug").
- **Schlagwort.** Es hat die Aufgabe, die politische Richtung oder Meinung festzulegen, politische Zugehörigkeit zu definieren, Aktions- und Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen. Um seine Wirkung voll zu entfalten, muß es in einem möglichst aussagearmen Kontext stehen (z.B. "Elternrecht", "Gerechtigkeit", "Toleranz", v.a. *KLZ*; "Solidarität"; Heimattreue etc.; meist dichotome Verwendung, z.B. "Freiheit - Unterdrückung"). Mit Hilfe solcher positiver Schlagwörter wird ein hochemotionelles Syndrom erzeugt, das geeignet ist, inhaltliche Defizite zu überspielen und eine gefühlbetonte, abstrakte Integration vielfältiger sozialer Formationen zu erreichen, ohne auf die konkrete politische Realität eingehen zu müssen.
- **Metaphern.** Abstrakte Inhalte werden griffig aufbereitet; die Folge ist eine grobe Vereinfachung und Banalisierung.<sup>10</sup>

Auch die Unterscheidung in eine Wir-Gruppe und die anderen mit Hilfe der Emotionalität des Wortschatzes, der Verwendung von Fahnenwörtern für die eigene, die "Wir-Gruppe", und Stigmawörtern für die anderen fallen in diesen Bereich.

Diese Kategorisierung ist viel differenzierter als die Analyse (z.B. nazistischer Texte) mit Hilfe von "Schlüsselwörtern".<sup>11</sup>

### Argumentationsstrategien

In Vorurteilstexten treten immer wieder bestimmte Argumentationsmuster auf, die dazu dienen, einen Gesamttext zu organisieren, und von denen die Verwendung sprachlicher Mittel abhängt. Hier sollen nur die wichtigsten kurz erwähnt werden.

#### Schwarz-Weiß-Strategie und Berufung auf die Wir-Gruppe

Sie ist eine zentrale Strategie gegenüber Minderheiten<sup>12</sup>, dient der ungerechtfertigten Vereinfachung

und plakativen Darstellung und zielt auf eine Solidarisierung der Mitglieder der eigenen Wir-Gruppe gegen den Außenfeind.<sup>13</sup> Aggressivität wird dadurch kanalisiert und legitimiert. Dies äußert sich sprachlich in aggressiven, kämpferischen bis militärischen Formulierungen.<sup>14</sup>

#### Opfer-Täter-Umkehr

Die Minderheiten seien an ihrem Unglück selber schuld, wird über diese Strategie zu argumentieren versucht, konkret: daß z.B. die Juden in Österreich am neuen alten Antisemitismus selber schuld seien, ja ihn verursacht hätten bzw. daß z.B. die slowenische Minderheit in Kärnten es sich selbst und ihren "maßlosen Forderungen" zuzuschreiben hätte, daß sie immer stärker zurückgedrängt würde, ja daß sie sogar eine aktive und gefährliche Slowenisierungspolitik betrieben. Man muß also unterscheiden zwischen

- einer expliziten Opfer-Täter-Umkehr und
- einer Strategie der Schuldzuweisung.

#### Verharmlosung, Relativierung, Aufrechnung, Abschleichen der Verantwortung

Sie sind spezielle Strategien im Umgang mit der eigenen, nicht aufgearbeiteten Vergangenheit und dienen der Entlastung und Verdrängung von Schuldgefühlen.<sup>15</sup>

### Strategien der Präsentation

Die oben aufgezählten Argumentationsstrategien werden sprachlich verschieden realisiert.<sup>16</sup> Die in diesem Zusammenhang wesentlichsten sind hier

- a) **offen geäußerte Minderheitenfeindlichkeit** (z.B. "Der Haupthetzer und Anführer des serbischen Mobs war in Cilli ein ehemals in Wien sehr bekannter jüdischer Schriftsteller, Tartaruga mit Namen, der jetzt als englischer Agent der Hauptanführer der gehässigen Umtriebe ist." *'Kärntner Volkszeitung'* 1938, 3.4./2)
- b) **Zitate.** Ihre Verwendung erlaubt es, Vorurteile zu äußern, ohne die Verantwortung übernehmen zu müssen.<sup>17</sup>
- c) **Anspielung.** Sie ist die versteckteste Form, in der ein Vorurteil geäußert werden kann. Hier werden Vorurteilinhalte nicht explizit ge-

<sup>13</sup> Vgl. Volmert 1989, 140 f.

<sup>14</sup> Vgl. auch Jäger 1989: 298, 304, 317; Minnerup 1989, 205 f.

<sup>15</sup> Zur psychosozialen Dimension dieser Strategien vgl. Krainz 1982; Ottmeyer 1988.

<sup>16</sup> Zur sprachlichen Realisierung von Argumentationsstrategien vgl. auch Projektteam 1989; Wodak/Menz 1989.

<sup>17</sup> Leserbriefe erfüllen in einer Zeitung häufig eine ähnliche Funktion. Auch hier muß die Redaktion für den Inhalt keine Verantwortung übernehmen.

<sup>10</sup> Vgl. Wodak 1988; Projektteam "Vorurteil" 1989.

<sup>11</sup> Vgl. Minnerup 1989, 204 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Menz/Lalouschek/Dressler 1989; Projektteam "Vorurteil" 1989; Wodak/Menz/Lutz/Gruber 1985.

nannt, sondern es wird auf historisches Hintergrundwissen bzw. auf den Lesern bekannte frühere Texte Bezug genommen. Damit wird einerseits die Gruppenzugehörigkeit derjenigen, die Anspielung verstehen, verstärkt. Andererseits enthebt sich der Sprecher der Verantwortung, er kann sich immer zurückziehen, dementieren und mit dem Hinweis "honi soit qui mal y pense" die Schuld dem Leser in die Schuhe schieben. Deshalb eignet sich die Anspielung besonders gut dafür, tabuisierte und verbotene Inhalte auszudrücken.<sup>18</sup> Maas (1984) und Jäger (1989) sprechen treffend von der "Fährtenfunktion" von Anspielungen, durch die Vorurteile transportiert werden.

## 2. Die Leserbriefstrategien

Gerade Leserbriefe, die als eigene Textsorte erst in den Zeitungen der Zweiten Republik auftauchen, spielen in diesem Zusammenhang (der Vorurteilsäußerung) eine besonders wichtige Rolle. Sie müssen unter zwei Aspekten analysiert werden:

- Erstens sind der verwendete Wortschatz und die Argumentationsstrategien (wie bei jedem Text) als solche von Interesse.
- Zweitens müssen die Leserbriefe zum Gesamttext einer Zeitung in Beziehung gesetzt werden. Wir müssen uns fragen, welche Funktion die Leserbriefe erfüllen. Und auch hier sind zumindest zwei Faktoren zu berücksichtigen: Einerseits werden Leserbriefe als "Stimme des Volkes" und damit auch als "Wille des Volkes" bzw. Meinung der eigenen Leserschaft angesehen. Insofern dienen sie der Zeitung als Indikator, welche Meinungen und Ansichten ihre Leserinnen vertreten, und sie kann sich gegebenenfalls danach richten oder sich jedenfalls darauf einstellen. In dieser Hinsicht sind die Leserbriefe (die abgedruckten und die nicht veröffentlichten) eine wichtige Informationsquelle für die Zeitung selbst.

Zum anderen aber kann durch eine einseitige Auswahl der publizierten Leserbriefe manipuliert, d.h. eine bestimmte Linie der Zeitung forciert werden.

### Die Leserbriefe der *Kleinen Zeitung*

Als Materialgrundlage dienen alle Leserbriefe der *Kleinen Zeitung* (KLZ, Ausgabe Kärnten) vom Tag der ersten Ortstafelauflage (21.9.1972) bis zum Dezember 1972, vor allem aber jene des Oktobers 1972, die in einem eigens dafür geschaffenen "Leserforum" veröffentlicht wurden. Auffallend ist, daß sich die KLZ zwar sehr wohl von einigen Gastkommentaren (z.B.

dem von Dr. Josef Tischler, einem Funktionär des Rates der Kärntner Slowenen) distanziert und eigens betont, daß deren Auffassungen sich "nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion" deckten (KLZ 1972, 10.5./3), daß aber eine derartige Distanzierung, wie sie in anderen Zeitungen durchaus üblich ist, bei den Leserbriefen völlig fehlt. Außerdem wird von der Usance abgegangen, keine anonymen Zuschriften zu veröffentlichen.

Um eine Vergleichbarkeit mit den redaktionellen Beiträgen<sup>19</sup> zu gewährleisten, sollen zunächst dieselben Bereiche des Wortschatzes analysiert werden.

Die im Nationalsozialismus besonders häufige "Blutmetapher" war zunächst aus der Berichterstattung der Kärntner Medien beinahe zur Gänze verschwunden - ein wesentliches Unterscheidungskriterium des Wortschatzes in den Zeitungen der Zweiten Republik. 1972 taucht sie allerdings in der KLZ auf den Leserbriefseiten wieder auf:

Wien ist weit weg von der blutigen Kärntner Grenze (...) (KLZ 1972, 17.10./4; Leserbrief)

Die Südgrenze wurde mit dem Blut unserer heimattrauen Vorfahren teuer erkauft, und wir haben die verdammte Pflicht, dieses Erbe zu erhalten (...) (KLZ 1972, 24.10./14; Leserbrief)

Dies zeigt sehr deutlich, daß mit dem Sturz des NS-Regimes nicht auch dessen Gedankengut restlos zerschlagen wurde. Zwar findet keine direkte Bezugnahme statt, doch wird auf pränazistische Argumentationsmuster wieder zurückgegriffen, die in ihren Ideen in vielem nicht weniger minderheitenfeindlich waren, als jene der Nationalsozialisten selbst. Eine weitere Parallele zu den "Serbenhänden", die nach Kärnten griffen,<sup>21</sup> findet sich in folgender Belegstelle:

Nun streckt die Regierung auch ihre Hand nach Presse und Rundfunk aus. Erstes Anzeichen dafür ist die "regierungstreue" Berichterstattung über das Ortstafelgesetz in Kärnten. (KLZ 1972, 24.10./14; Leserbrief)

Die Ähnlichkeit der Wortwahl und der damit verbundenen Assoziationen ist frappierend. Auf unersättliche Gier, unrechtmäßige Beschlagnahmung wird mit der Metapher der ergreifenden Hand angespielt.

Zur Charakterisierung der Slowenen läßt sich feststellen, daß sie, ähnlich wie im redaktionellen Teil der meisten Zeitungen, auch von den Leserbriefschreibern als maßlos, uncinsichtig, und die Führung als nicht legitimiert dargestellt werden:

Nach meiner Ansicht muß die Minderheitenfeststellung durchgeführt werden, um den maßlosen Forderungen der Slowenen entgegenzutreten zu können. (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

Man soll halt auch einmal zufrieden sein. (KLZ 1972, 24.10./14; Leserbrief)

<sup>19</sup> Vgl. Menz/Lalouschek/Dressler 1989.

<sup>20</sup> Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Hervorhebungen vom Autor (FM).

<sup>21</sup> Vgl. z.B. *Kärntner Volkszeitung* 1941, 11.10./1: "Jugoslawien streckte die Hand nach Kärntner Land aus, nach uraltem deutschen Boden, um sein eigenes Staatsgebiet noch weiter zu vergrößern. (...) Da stand Kärnten wie ein Mann auf. Ein einziger Ruf ging durch dieses Land deutscher Zunge: Hier kommt niemand durch!"

<sup>18</sup> Vgl. Mitten/Wodak/De Cillia 1988; Sauer 1989.

Wir züchten uns ja direkt eine Minderheit heran, denn *nationalbewußte* Slowenen gibt es in Kärnten nicht viele. (KLZ 1972, 8.11./22; Leserbrief)

(...) nicht konkret feststellbar deshalb, weil sie [die Minderheit] sich *hartnäckig* gegen jede derartige Feststellung zur Wehr setzt! (KLZ 1972, 17.10./4; Leserbrief)

Haben die beiden slowenischen Dachorganisationen einen *nachweisbaren Auftrag* und haben sie sich jemals einer Volkswahl gestellt? (17.10./4; Leserbrief)

Demgegenüber bezeichnen die Leserbriefschreiber sich und ihre eigene Gruppe (Wir-Gruppe) als "österreichtreu" (Leserbrief vom 14.10.1972 in der KLZ) bzw. "staatstreu":

Sie [die Resolution des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vom 11.10.72] stellt eine ungeheure Beleidigung und Verleumdung unserer heimat- und staatsreuen Südkärntner Landsleute dar. (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

Auch diese Strategie und Zweiteilung ist nicht neu und unterstellt gleichsam, daß *nationalbewußte* Slowenen nicht loyale österreichische Staatsbürger wären. In der KLZ von 1958 ist dies noch offen artikuliert worden:

Wir wissen aber genauso gut, daß von jenseits der Karawanken immer und immer wieder Ansprüche auf österreichisches Staatsgebiet erhoben wurden und auch Tito niemals öffentlich davon abgerückt ist. (KLZ 1958, 4.10./10)

Jetzt, im Jahr 1972, findet sich diese Darstellung nur mehr in den Leserbriefen der KLZ:

(...) daß mit der Volksabstimmung 1920 und dem Staatsvertrag die Gelüste nach einem fetten Brocken, wie Südkärnten einer ist, von vielen nicht fallengelassen wurden. (KLZ) 1972, 17.10./4; Leserbrief)

Deshalb sind wir auch heute noch wachsam, ob es ihnen draußen paßt oder nicht. (Ebda.)

Wie bereits aus diesen Zitaten hervorgeht, wird in den Leserbriefen immer wieder - im Gegensatz zur Berichterstattung in der KLZ, wo diese Forderung nicht vorkommt - die von rechtsgerichteten Organisationen wie der FPÖ, dem Kärntner Heimatdienst, dem Abwehrkämpferbund und Teilen der ÖVP erhobene Forderung nach einer Minderheitenfeststellung laut. In den Leserbriefen tauchen also auch in der KLZ extrem minderheitenfeindliche Argumentationen auf, die sonst nicht verwendet werden.

Eng mit der Frage der Minderheitenfeststellung hängt auch die "Windischenproblematik" zusammen.<sup>22</sup> Ziel dieser Strategie ist es, zum einen die Volksgruppe zu spalten und dadurch ihre Einheit und ihr politisches Durchsetzungsvermögen zu gefährden, andererseits die Größe der slowenischen Volksgruppe und dadurch ihre Bedeutung und - mittelbar oder unmittelbar - auch ihre Rechtsansprüche zu vermindern.

Es ist nicht einzusehen, warum wir uns künftig nicht mehr mit den *Windischen* verstehen sollten. Wir lassen uns aber keine falsche Versöhnungspolitik vorgaukeln. (KLZ 1972, 7.10./8; Leserbrief)

Wohl kein einziger Kärntner will den wenigen Slowenen ihr Recht streitig machen. Worum es geht, ist folgendes: Die Windischen (von dieser Bezeichnung eines Teiles des österreichtreuen Kärntner Volkes ist leider in keiner offiziellen Stellungnahme, noch in den Berichten des ORF die Rede) wehren sich, unterstützt von der deutschsprachigen Bevölkerung, mit Recht dagegen, daß sie als

Slowenen klassifiziert werden. Zur Erklärung sei gesagt, daß *Windisch-Sprechende* die slowenische Sprache gar nicht verstehen. KLZ 1972, 14. 10./10; Leserbrief)

Ich kann mir nicht erklären, warum in den Hirnen mancher Kärntner Politiker die Tatsache, daß es *Kärntner Windische* und *Kärntner Slowenen* gibt, noch nicht Platz gegriffen hat. (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

(...) ohne Minderheitenfeststellung, in Verkennung der Tatsache, daß *Windische keine Slowenen sind!* (KLZ 1972, 17.10./4; Leserbrief)

Meiner Ansicht nach wird immer wieder zu wenig betont, daß die *Windischen keine Slowenen* sind. (KLZ 1972, 8.11./22)

Ich habe lange im Unterland gelebt und weiß, daß sie *aufrechte Kärntner* sind und *nicht den Slowenen gleichgestellt* werden wollen. (Ebda.)

Man sollte aber meines Erachtens zweisprachige Tafeln dort aufstellen, wo es wirklich *Slowenen (nicht Windische)* gibt. (KLZ 1972, 8.11./22)

Ganz massiv wird das Vorurteil vertreten, daß Windische keine Slowenen seien, und folgerichtig auch beklagt, daß in offiziellen Medien und Stellungnahmen von ihnen (den Windischen) nicht die Rede sei. Gleichzeitig wird aber auch vertreten, daß die Bezeichnung, Slowene zu sein, als eine Diskriminierung empfunden wird. Indirekt wird damit wohl der tatsächlichen schweren Benachteiligung der slowenischsprechenden Kärntner Bevölkerung Rechnung getragen. Es wird intuitiv sehr wohl erkannt, daß Slowenen es schwer haben, aber im gleichen Atemzug wird ihnen diese Diskriminierung wieder zum Vorwurf gemacht, als seien sie selbst daran schuld. Diese Umkehr von Täter und Opfer ist eine weit verbreitete und sehr effiziente Argumentationsstrategie von ideologischen und Vorurteilsdiskursen.<sup>23</sup>

Als weitere Verschärfung der Spaltung erscheint auch die praktische Leugnung der slowenischen Volksgruppe:

Und wenn man sich schon auf den Staatsvertrag beruft, warum hat man da nicht im Burgenland angefangen, wo die Zahl der Kroaten und Magyaren etwa fünfmal so hoch ist wie die Zahl der Kärntner Slowenen? Wer will da wohl wem "eins auswischen"? (KLZ 1972, 17.10./4; Leserbrief)

Auch das Operieren mit falschen Fakten und Zahlen paßt zu dieser Vorurteilsstruktur. Gleichzeitig wird mit dem Windischen-Vorurteil den Kärntner Slowenen auch unterstellt, sie seien nicht Österreich-loyal, wenn Leserbriefschreiber "differenzieren" in "aufrechte" bzw. "österreichtreue" Kärntner auf der einen und eine beziehungsvolle Leerstelle auf der anderen Seite. Und darüberhinaus sind sie auch noch Ziel von neidvollen Attacken:

Nicht nur, daß uns Österreicher diese zweisprachige Tafelaktion täglich 70.000 Schilling kostet, (...) (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

Wären diese Slowenen in Jugoslawien auch so begütert oder wären sie dort nicht wirklich arm? (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief, anonym)

Eng mit den Vorurteilen über die Windischen hängt auch die Argumentation mit dem Abwehrkampf 1920 und die Betonung des Deutschtums zusammen.

<sup>22</sup> Vgl. Menz/Lalouschek/Dressler 1989; Haas/Stuhlpfarrer 1977.

<sup>23</sup> Vgl. z.B. Wodak/Menz/I.utz/Gruber 1985; Menz 1987; Menz et al. 1989; Projektteam "Vorurteil" 1989.

Einerseits werden die Slowenen immer noch als Gegner gesehen, die Kärnten slowenisieren bzw. an Jugoslawien anschließen wollen, andererseits werden sie als Störenfriede und Unruhestifter diffamiert, die sozusagen von außen Intoleranz und Unfrieden in das ansonsten betont friedliche und konfliktfreie Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen brächten.<sup>24</sup>

Bis vor kurzem haben die *rein deutschen Ortstafeln* den Kärntner Slowenen nicht geschadet, jetzt auf einmal soll es über Nacht anders sein? *Österreich ist ein deutscher Staat und Deutsch ist die Staatssprache. Hier wohnende Volksgruppen haben diesen Staat zu achten, sich der Mehrheit anzupassen, und wenn sie schon Rechte aus dem Staatsvertrag erfüllt haben wollen, dann erst nach einer Minderheitenfeststellung* (KLZ 1972, 7.10./8; Leserbrief)

(...) Herr Guttenbrunner hat anscheinend vergessen, daß wir Südkärntner den Männern und Frauen vom Heimatdienst für die *Unteilbarkeit des Landes* sehr viel schulden. (KLZ 1972, 7.10./8; Leserbrief)

Neunzig Prozent wünscht (...) keine zweisprachigen Ortstafeln, weil man fürchtet, dadurch den *Appetit Titos* auf dieses Gebiet zu stärken und man viel lieber bei Österreich ist. (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

Dem *Abwehrkampf* ist es zu verdanken, daß es überhaupt zu einer Volksabstimmung im Kärntner Unterland gekommen ist. (KLZ 1972, 8.11./22; Leserbrief, ohne Adressenangabe)

Die Südkärntner demonstrieren doch nicht gegen die Slowenen, mit denen sie seit vielen Jahren in *einer friedlichen Gemeinschaft* leben. (KLZ 1972, 24.10./14; Leserbrief)

Wenn das Verhältnis zwischen dem Mehrheitsvolk und der slowenischen Minderheit getrübt ist, dann wurde dies erst durch die selbstherrliche Beschlußfassung im Parlament (sic!). (Ebda.)

Niemand hätte sich damals [vor 50 Jahren] aufgeregt, aber jetzt, nach so langer Zeit, wird dadurch *Unfrieden gestiftet*. (KLZ 1972, 24.10./14; Leserbrief)

*Unruhen sind immer nur von außen hereingetragen worden*. In diesem Fall sogar von unserem Landeshauptmann und seinen partiabhängigen Paladinen. (KLZ 1972, 14.10./10; Leserbrief)

Gerade das letzte Beispiel zeigt sehr gut den Vorurteilscharakter dieser Aussagen und Argumentationen. Sie funktionieren wie auf Knopfdruck, ohne daß der Aussagende selbst darüber nachdenken müßte. Vorgefertigte Raster ("Kärntner sind friedlich", "Unruhe kommt immer von außen" etc.) klicken auf bloße Anspielungen ein, an die der Schreiber sich ohne eigene Reflexion anhängen kann.<sup>25</sup> Denn nicht anders läßt sich der schwere Widerspruch erklären. Die Unruhen können nicht von den Kärntnern selbst erzeugt worden sein, denn Unruhen stammen prinzipiell aus dem "Ausland", so das Vorurteilmuster. Daß der Landeshauptmann aber per definitionem kein Nicht-Kärntner sein kann, fällt dem Schreiber gar nicht auf, im Gegenteil, er verstärkt den Widerspruch noch, indem er mit dem Possessivpronomen von "unsrem Landeshauptmann" spricht. Hier wird nicht mehr rational argumentiert, hier werden nur mehr Klischees und Stereotype aneinandergereiht. Deutlicher kann die Irrationalität dieser Art von "Argumentation" wohl nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden.

## Zusammenfassung

In den Leserbriefen der *KLZ* zu den Konflikten um die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln kommen in gehäufterem Maße Strategien und Äußerungsformen rechtsextremen Inhaltes vor:

- Es tauchen Metaphern und Bilder auf, die in der *KLZ* nicht mehr vorhanden waren bzw. außer in betont nationalen Blättern überhaupt nicht mehr verwendet wurden;
- die Dichotomisierung in eine Feindgruppe und eine Wir-Gruppe<sup>26</sup> ist besonders stark und wird durch die Verwendung von Abgrenzungsvokabular, Fahnen und Stigmawörtern, Miranda und Antimiranda, aber auch durch Slogans und Schlagwörter erreicht;
- es werden rechtsextreme Argumentationsmuster verwendet, die wissenschaftlich bzw. empirisch nicht haltbar sind (Illoyalität der Slowenen, Trennung der Slowenen in Windische und eigentliche Slowenen, Verwendung falscher Zahlen und Fakten, Verlangen nach einer minderheitenfeindlichen Minderheitenfeststellung etc.);
- zudem werden eindeutig deutschnationale Aussagen gebracht ("Österreich ist ein deutsches Land und Deutsch ist die Staatssprache"; auch letzteres entspricht ja nur bedingt den Tatsachen, da im zweisprachigen Gebiet Kärntens Slowenisch auch Amtssprache ist);
- die Analyse der Widersprüche in der "Argumentation" zeigt besonders deutlich den Vorurteilscharakter dieser deutschnationalen Aussagen auf.

Wie sind nun diese Leserbriefe in der Gesamtaufmachung der *KLZ* zu sehen? Es muß vorweggenommen werden, daß während des gesamten Untersuchungszeitraumes zur Minderheitenfrage ein einziger positiver Leserbrief abgedruckt wurde, und der war sehr abstrakt gehalten und nahm nicht Bezug auf einen bestimmten Aspekt:

"Dem Haß, der in den Augen der Volkstumsstreiter aufflackert, kann nicht durch Tolcran, durch Duldung, begegnet werden, sondern durch Liebe - Liebe auf einer höheren Ebene." (KLZ 1972, 8.11./22; Leserbrief; zitiert Josef Maderner)

Die linguistische Analyse ergibt also, daß im Untersuchungszeitraum die offen und eindeutig minderheitenfeindliche Argumentation von der *KLZ* auf die Leserbriefseiten abgeschoben wurde, die zu diesem Zweck ausdrücklich erweitert wurden und mindestens einmal wöchentlich eine ganze Seite einnahmen. Auch die Tatsache, daß anonyme Leserbriefe gebracht wurden, aber dafür jede Distanzierung durch die Redaktion fehlte, deutet darauf hin, daß hier eine bewußte Strategie verfolgt wurde, daß hier das Stimmungsbild weiter Leserschichten reflektiert und verstärkt werden sollte. Die *Kleine Zeitung* erreichte auf diese Weise,

<sup>24</sup> Vgl. z.B. Kap. 5.3.4., 5.3.5.

<sup>25</sup> Vgl. Menz 1989.

<sup>26</sup> Vgl. Menz/Lalouschek/Dressler 1989.

daß sie scheinbar ausgeglichen und objektiv, abwägend und beiden Seiten gerecht werdend schrieb, während sie doch, wie die genaue Analyse zeigte, latent minderheitenfeindlich argumentierte und dies in den Leserbriefen explizit und manifest förderte. Die Zeitung setzte also eine Doppelstrategie ein, um nach allen Seiten hin gegen Einsprüche geschützt zu sein.

### Die Leserbriefe in der *Neuen Zeit/Kärntner Tageszeitung*

Am 15. Oktober 1958 bringt die *Neue Zeit* unter folgender Einleitung eine Reihe von nicht gekennzeichneten Leserbriefen:

Wir bringen darum im folgenden Auszüge aus besonders charakteristischen Briefen, wobei wir uns bemüht haben, jede klar vertretene Stellungnahme zu berücksichtigen.

Auch hier zeigt sich, ähnlich wie bei der *KLZ* 1972, daß in den Leserbriefen viel stärker nationalistische und rechtsextreme Standpunkte vertreten werden. Vor allem wird auch hier wieder argumentiert, daß Windische nicht mit Slowenen gleichzusetzen seien, und daß Kärnten ein deutsches Land sei, daß sich also die Minderheit unterzuordnen habe. Diese Argumente sind typisch für rechtsextreme Gruppierungen bzw. Anschauungen.<sup>27</sup> Einige Auszüge aus den Leserbriefen sollen dies dokumentieren:

Der Schulerlaß ... und seine Auswirkungen haben gezeigt, daß auch die überwiegende Zahl der ehemaligen Kärntner Slowenen sich entschlossen zum österreichischen Staat und zum deutschen bzw. westlichen Kulturkreis bekennt. (...) wie wichtig es für die Jugend ist, einem großen Sprachkreis anzugehören, hat dazu sicher entscheidend beigetragen.

Man darf schließlich nicht vergessen, daß für Landkinder ein zweisprachiger Unterricht eine ziemliche Belastung ist. Und wie die Verhältnisse heute liegen, hat niemand das Gefühl, daß das Slowenische, das ja ohnehin nur von ein paar Millionen gesprochen wird, für die Kinder von großem Nutzen sein kann, daher die Auflehnung gegen den Sprachenzwang.

Meines Erachtens sollen jene, die gerne den Slowenischunterricht haben wollen, nach Jugoslawien gehen. Wo findet man denn noch so etwas, daß auf ein Nachbarland auf solche Weise Rücksicht genommen wird?

Hier wird die angebliche Überlegenheit der deutschen Kultur behauptet, mit der seit 1945 neuen Variante des "westlichen Kulturkreises", und gleichzeitig die slowenische Sprache (und Kultur) als minderwertig, weil zahlenmäßig so klein, bezeichnet.

Aber auch die fälschliche Differenzierung und Abgrenzung in Slowenen und Windische findet sich wieder. Diese Strategie verfolgt, wie bereits erwähnt, das Ziel, einerseits die entpolitisierten Slowenen zu assimilieren, andererseits die nationalbewußten Slowenen auszugrenzen und zu marginalisieren.<sup>28</sup> Im vorliegenden Fall wird als Endprodukt der Marginalisierung überhaupt ihre Existenz geleugnet:

Ich als Südkärntner, beider Sprachen mächtig, muß klipp und klar feststellen, daß es in Südkärnten überhaupt keine Slowenen gibt, wohl aber Windische, also gemischtsprachige Kärntner. Die sogenannten Slowenenführer sind in Kärnten bzw. im gemischtsprachigen Teil des Landes überflüssig. Erwünscht sind nur solche Führer, die die windischsprechende Bevölkerung als das respektieren, was sie ist, nämlich als heimattreue gemischtsprachige Kärntner.

Auch der Hinweis auf die angebliche "Heimat-treue" fehlt nicht, der gleichfalls dazu dient, die Slowenen zu diffamieren. Insofern enthält dieser Leserbrief ebenfalls Widersprüche (wenn es keine Slowenen gibt, dann dürfte es ja auch keine Slowenenführer geben), die auf den Vorurteilscharakter der Aussagen deuten.

Allerdings sind auch (im Unterschied zur *KLZ* 1972) positive Stellungnahmen zu finden, die beweisen, daß das Problem der Verdrängung des slowenischen Teils der Bevölkerung sehr wohl bewußt war, daß also nicht allgemeine Meinung war, daß, wie die *Neue Zeit* schrieb, den Slowenen kein Recht geschmälert wurde:

Da steckt [hinter der hohen Abmeldungsquote von 80%], selbst wenn alles streng demokratisch zugegangen ist, der Druck der öffentlichen Meinung dahinter. In der Tat hört man, daß auch Kinder abgemeldet worden sind, die zu Hause nur slowenisch bzw. windisch sprechen und die also zumindest in den ersten Klassen doch nur mit Zuhilfenahme des Slowenischen unterrichtet werden können (...) oder wollen wir der Welt beweisen, daß unsere Minderheit dahinschmilzt wie der Schnee in der Sonne?

Vergleicht man die Berichterstattung aller Zeitungen (inklusive der *KLZ*) zu den Ereignissen von 1958, die zum Schulerlaß führten, muß trotz der hier aufgezeigten Argumentationen gesagt werden, daß die *Neue Zeit* am wenigsten gegen die slowenische Minderheit Stellung nimmt und ihre Anliegen in bestimmten Bereichen sogar explizit vertritt. Allerdings bildet das damalige Nachgeben gegenüber Schulstreiks einen Präzedenzfall, der für die nachfolgenden Ereignisse eine wesentliche Rolle spielt und sich periodisch wiederholen wird: Die "öffentliche Meinung" wird gegen eine bestehende oder zu schaffende Einrichtung für die Slowenen mobilisiert, die Landesregierung damit unter Druck gesetzt, dem sie dann früher oder später nachgibt. So wird es 1972 beim sogenannten "Ortstafelkrieg" sein, so wird es 1984 sein, wenn wieder einmal die Schulfrage diskutiert und letztendlich zum Schaden der Slowenen verändert werden wird.

Es ändert sich aber der Einsatz der Leserbriefe mit der Änderung in der Berichterstattungstendenz.<sup>29</sup> Waren bis 1972 in den Leserbriefen hauptsächlich deutschnational und minderheitenfeindlich argumentierende Leserbriefe abgedruckt (offenbar als Ausgleich zur Berichterstattung im redaktionellen Teil), so ändert sich dies 1984:

Wenn auch möglicherweise Änderungen bezüglich Stundenausmaß für zweisprachige Klassen angebracht wären, würde eine

<sup>27</sup> Vgl. z.B. Holzner 1981.

<sup>28</sup> Auch das häufige Argumentieren mit völlig falschen Zahlen über die Volksgruppenstärke (vor allem in den UN und KN) unterstützt diese Strategie der Marginalisierung.

<sup>29</sup> Bis 1972 hat die *Neue Zeit/Kärntner Tageszeitung* sich im großen und ganzen in bezug auf die Berichterstattung über die Volksgruppe der Slowenen vorurteilsfrei verhalten (im Gegensatz zu den abgedruckten Leserbriefen). Im Untersuchungszeitraum 1983/84 kommen auch in der *KTZ* vorurteilsbehaftete Strategien zum Vorschein, sie nähert sich der Tendenz der anderen Kärntner Zeitungen. Vgl. Menz/Aalouschek/Dressler 1989.

„Politik der Trennung“ für das sonst fortschrittliche Kärnten einen gewaltigen Rückschritt bedeuten. (KLZ 1983, 24.12./28; Leserbrief von Lehrern der VS St. Jakob im Rosental)

(...) daß sich die Diktion des Kärntner Heimatdienstes nur wenig von der Diktion nationalistischer Gruppen aus der Zeit des Nationalismus (sic!) und Faschismus unterscheidet. (KTZ 1984, 29.8./22; Leserbrief von Franz Dotter)

Wir sind überzeugt davon, daß Flugblätter, wie sie in letzter Zeit vermehrt ins Haus flattern, nicht zur Aufklärung beitragen können. Es sei denn, daß dieser Postwurf nur an jene Bevölkerungsschichten gerichtet ist, welche durch naive Slogans beeinflusbar sind und selbständiges Denken für unnötig halten. (KTZ 1984, 30.8./19; Leserbrief von mehreren Personen aus Ludmannsdorf)

Im Unterschied zur KLZ, wo die Leserbriefe eine Verstärkungsfunktion haben, erfüllen sie hier eine gewisse Ausgleichsfunktion zum redaktionellen Teil, „vertreten“ also das „fortschrittliche“ Spektrum der Sozialistischen Partei.

### 3. Zusammenfassung

Die hier aufgezeigten minderheitenfeindlichen Einstellungen sind nicht auf die Leserbriefe allein beschränkt und nicht auf eine bestimmte historische Epoche.<sup>30</sup> Im Gegenteil, sie ziehen sich seit der Kärntner Volksabstimmung von 1920 kontinuierlich in den maßgeblichen Kärntner Printmedien hindurch - ungeachtet der politischen und sozialen Umwelt (Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus, Zweite Republik). Die Folge davon ist eine geschlossene Diskurswelt in den Printmedien, die in ihrer Totalität im westlichen Kulturkreis einmalig zu sein scheint. Sie wird durch die Verwendung bestimmter diskursiver Strategien erreicht: Mit selektiven sprachlichen Mitteln wird die „reale Welt“ diskursiv so gestaltet, daß diese Diskurswelt eine bestimmte Ideologie, bestimmte Einstellungen, Meinungen und natürlich auch bestimmte Handlungen rechtfertigt, sich also letztlich wiederum selbst bestätigt. Nun können Medien im allgemeinen keine geschlossene Diskurswelt aufbauen, sondern nur vorhandene Tendenzen verstärken und unterstützen.<sup>31</sup> Sie können in diesem Sinne durch die Verwendung ideologischer Sprache bestimmte Vorurteile aufgreifen und transportieren. In Kärnten mußten wir allerdings feststellen, daß in den untersuchten Printmedien tatsächlich eine „Sprache der Ideologie“ zum Tragen kommt.<sup>32</sup> Durch die Geschlossenheit und Einhelligkeit fast der gesamten Berichterstattung über Minderheitenfragen über einen Zeitraum von 70 Jahren hinweg wird also tatsächlich die Darstellung einer in sich geschlossenen Diskurswelt erreicht.

So entsteht in diesem Fall auch in der Kärntner Presse eine „sekundäre Realität“ mit eigenen Werten und Bedeutungen, die Legitimationen für Handlungen bereithalten. Dazu muß diese diskursive Welt kontinu-

ierlich immer wieder hergestellt und aufrechterhalten werden, um ihren Realitätscharakter und damit ihr ideologisches Potential nicht zu verlieren.

Bei der Analyse der Berichterstattung über die slowenische Minderheit in den untersuchten Kärntner Printmedien wird der Aufbau, die Gestaltung und vor allem auch die Aufrechterhaltung einer solchen Diskurswelt über einen beträchtlichen Zeitraum hindurch ganz offensichtlich.

Der ideologische Hintergrund dieser Diskurswelt ist einerseits die weitgehende Assimilierung des dafür zugänglichen Teils der slowenischen Volksgruppe, andererseits die Ausgrenzung des anderen Teils. Dazu wird das gesamte Inventar an ideologischer Sprache eingesetzt.

Eine grundlegende Strategie ist die extreme Polarisierung der betroffenen Gruppen: Die Welt wird eingeteilt in Gut (Deutschkärntner) und Böse (nationalbewußte Slowenen, Jugoslawen). Diese Dichotomisierung erfolgt vor allem über den für die jeweiligen Gruppen verwendeten Wortschatz. Extrem negative, stigmatisierende bzw. extrem positive, idealisierende Bezeichnungen und Bewertungen zeichnen ein einfaches, klar faßliches Freund-Feind-Schema. Ein weiterer Dichotomisierungsschritt, nämlich die Unterteilung der slowenischen Minderheit in Gut (Windische) und Böse (Nationalslowenen) soll die Zahl der „eigentlichen“ Slowenen endgültig auf eine „verschwindende Minderheit“ reduzieren.

Mit Hilfe der Strategie der diskursiven Ein- und Ausgrenzung wird mit diesem zentralen Begriff „Minderheit“ in ständigem Wechselspiel seiner möglichen Bedeutungen (ethnische Minderheit, Minderheit im demokratischen Sinn, „Stimmen-Minderheit“) ein je nach argumentativer Notwendigkeit und momentaner politischer Situation - unterschiedlich großer Teil der Bevölkerung bezeichnet. So kann die Minderheitenproblematik diskursiv den jeweiligen Interessen „angepaßt“ werden.

Zur Stabilisierung des Freund-Feind-Schemas dienen die Strategie der Verharmlosung auf der einen Seite und die Strategie der Aufrechterhaltung der Bedrohung von Einheit und Freiheit des Landes auf der anderen. Der gemeinsame Abwehrkampf von Deutschen und Windischen, die Heimattreue und Brüderlichkeit der Kärntner, Ruhe und Frieden im Land und die Überlegenheit der deutschen Kultur werden der ungebrochenen Besitzgier der Jugoslawen und den Lügen und Drohungen des Kommunismus, aber auch den Slowenisierungsabsichten der Kärntner Slowenen und den politischen Entscheidungen der Bundesregierung (z.B. Ortstafelgesetz) direkt oder indirekt gegenübergestellt. Versatzstückartig und kontextunabhängig werden bestimmte Metaphern, stereotype Argumentationen, Unterstellungen und historische Anspielungen aneinandergereiht bzw. in die Berichte eingestreut.

Rechtfertigungs- und Ent-Schuldungsstrategien nach der Formel „Minderheitenrechte ja, aber ...“, die

<sup>30</sup> Vgl. Menz/Ialouschek/Dressler 1989.

<sup>31</sup> Vgl. Wodak/Fcistritzer 1987; Menz 1988.

<sup>32</sup> Zur Differenzierung in „Sprache der Ideologie“ und „ideologischen Sprachgebrauch“ vgl. Menz/Ialouschek/Dressler 1989; Wodak/Fcistritzer 1987.

explizite Opfer-Täter-Umkehr, die gegenseitige Aufrechnung, in Sachen Minderheitenpolitik und in Sachen Minderheits- vs. Mehrheitsrechte sind weitere diskursive Strategien, die dazu dienen, offensichtliche Widersprüche zwischen "realer" und "diskursiver" Welt zu glätten und minderheitenfeindliche Einstellungen und Handlungen zu rechtfertigen. Dieser Legitimierungscharakter betrifft auch die anderen schon genannten Strategien: So legitimiert z.B. die Strategie der Aufrechterhaltung der Bedrohung von Einheit und Frieden Handlungsweisen wie z.B. den "Ortstafelsturm", der sich sonst mit der den "Kärntnern" apostrophierten Toleranz und Friedfertigkeit nicht vereinbaren ließe.

Die in den Analysen eindeutig festgestellte Kontinuität von politischem Wortschatz und Diskursstrategien in der Berichterstattung über die slowenische Minderheit in den Kärntner Printmedien von 1919 bis in die Gegenwart zeichnet das Bild eines durchgängigen, in sich geschlossenen ideologischen Gebäudes, das sich sonst in dieser Form höchstens in Programmen politischer Parteien feststellen läßt, nicht aber im ideologischen Sprachgebrauch der "alltäglichen" Berichterstattung.<sup>33</sup>

### Bibliographic

Bauböck, Rainer et al. (Hrsg.): "...raus bist du!" *Ethnische Minderheiten in der Politik*. Wien 1988.

Buchacher, R.: *Die Tages- und Wochenpresse des Bundeslandes Kärnten von der Gründung der Republik bis zur Gegenwart (1918-1973)*. Dissertation. Wien 1973.

Dressler, W.U.: *Minderheitensprachen als Spannungsfaktoren*. In: *Beiträge zur historischen Sozialkunde 1977/7/2*; 31-34.

Dressler, W.U.: *Spracherhaltung - Sprachverfall - Sprachtod*. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft* (Berlin) 1988, 1551-1564.

Dressler, W.U.: *Vielfalt in Sprache und Gesellschaft*. Hrvatske Novine 79,33 1988, (Eisenstadt 5.8.1988): 8-10.

Ehlich, Konrad (Hrsg.): *Sprache im Faschismus*. Frankfurt 1989.

Elste A: *Das Bild der Kärntner Slowenen in der nationalsozialistischen Presse und Wissenschaft*. (Dissertation). Wien 1981.

Fischer, Gero: *Das Slowenische in Kärnten. Bedingungen der sprachlichen Sozialisation*. Klagenfurt 1980.

Flaschberger, L. et al.: *Am Rande Österreichs. Ein Beitrag zur Soziologie der österreichischen Volksgruppen*. Wien 1982.

Flaschberger, L./Reiterer, A.: *Der tägliche Abwehrkampf*. Wien 1980.

Gruber, H.: *Untersuchung der Berichte und Kommentare in Kronenzeitung und Presse zur Affäre Waldheim*. In: Projektteam "Sprache und Vorurteil" (1988):136-219.

Haas, H./Stuhlpfarrer, K.: *Österreich und seine Slowenen*. Wien. 1977.

Hausjell, Fritz: *Entnazifizierung in der Presse Österreichs*. In: Meissl, S. et al.: *Verdrängte Schuld - verfehlte Sühne*. Wien 1986. 171-201.

Holzer, W.: *Zur wissenschaftlichen Propädeutik des Politischen Begriffs Rechtsextremismus*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*. ÖBV, Wien 1981, 5.Aufl. 13-50.

Jäger, Siegfried: *Rechtsextreme Propaganda heute*. In: Ehlich (Hrsg.): 289-322.

Karner, Stefan: "Des Reiches Südmark." *Kärnten und Steiermark im Dritten Reich 1938 - 1945*. In: Talos (Hrsg.): 457-486.

Krainz, E.: *Die Angst vor dem Fremden. Tiefenpsychologische Aspekte der Volksgruppenfrage in Kärnten*. In: *Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen* (Hrsg.) (1982): 329-353.

Lalouschek, Johanna/Menz, Florian/Wodak, Ruth: "Alltag in der Ambulanz". *Gespräche zwischen Arzt/innen, Schwestern und Patient/innen*. Tübingen 1988 (in Druck).

Larcher, D.: *Einschätzung zur Lage und Entwicklungsmöglichkeit der slowenischen Volksgruppe in Kärnten*. 1987. Manuskript.

Maas, Ulrich: *Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand. Sprache im Nationalsozialismus*. Opladen 1984.

Menz, Florian: "Und Bäume weinen nicht": Überlegungen zu ideologischem Sprachgebrauch in den Medien. In: *Grazer Linguistische Studien* 28. 1987. 49-65.

Menz, Florian: *Der geheime Dialog. Institutionalisierte Verschleierungen in der Arzt-Patient-Kommunikation*. (Dissertation). Wien 1988.

Menz, Florian: *Manipulation strategies in newspapers: a program for critical linguistics*. Erscheint in: Wodak, Ruth (Hrsg.): *Language, Power and Ideology*. Amsterdam. 1989.

Menz, Florian/Wodak, Ruth/Gruber, Helmut/Lutz, Benedikt: *Power struggles and the media: a case study*. In: *Folia Linguistica* 22, 1988, 3/4.

Minncrup, Willi: *Pressesprache und Machtergreifung am Beispiel der Berliner "Germania"*. In: Ehlich (Hrsg.) 1989: 198 - 236.

Mitten, R./Wodak, R./de Cillia, R.: *Sprechen Sie antisemitisch?* In: *Sprachreport* 2/1989 (in Druck)

Österreichische Rektorenkonferenz: *Bericht der Arbeitsgruppe "Lage und Perspektiven der österreichischen Volksgruppen"*. Wien 1989.

Ottomeyer, Klaus: *Ein Brief an Sieglinde Tschabuschnig Kriegsfolgen, Vergangenheitsbewältigung und Minderheitenkonflikt am Beispiel Kärnten*. Klagenfurt/Celovec, 1988.

Pelinka, Anton: *Minderheitenpolitik im politischen System Österreichs*. In: Bauböck et al. (Hrsg.) 1988): 23-88.

Pleterski, Janko/Weinzierl, Erika: *Kärnten- Volksabstimmung 1920*. Wien 1981

Projektteam "Sprache und Vorurteil": *"Wir sind alle unschuldige Täter". Antisemitismus im öffentlichen Diskurs Österreichs seit 1986*. Wien. (Endbericht).

Reiter, Norbert: *Gruppe, Sprache, Nation*. Wiesbaden 1984.

Sauer, Christoph: *Nazi-Deutsch für Niederländer*. In: Ehlich (Hrsg.) 1989; 237 - 288.

Sima, Valentin: *Die Kärntner Slowenen unter nationalsozialistischer Herrschaft*. In: Talos (Hrsg.) 1988: 361-379.

Strauss, G.: *Der poliische Wortschatz*. Tübingen 1986.

Strobl, R.: *Minderheiten in den Massenmedien. Eine inhaltsanalytische Untersuchung österreichischer Tageszeitungen am Beispiel der Kärntner Slowenen*. Salzburg 1979. (Dissertation).

Suppan, Arnold: *Österreichs Volksgruppen im gesellschaftlichen Vergleich*. In: *Zeitschrift für politische Bildung* 8, JG.2/1986, 78-88.

Talos, Emmerich et al.: *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*. Wien 1988.

Volmert, Johannes: *Politische Rhetorik des Nationalsozialismus*. In: Ehlich (Hrsg.) 1988: 137 - 169.

Wodak, Ruth: "Wie über Juden geredet wird." In: *Journal für Sozialforschung* 28, 1988. 117-137.

Wodak, Ruth/Feistritzer, Gerd: "Zukunftsvisionen" - Eine diskursanalytische Untersuchung von parteipolitischen Zukunftsmantifesten. In: *Wiener Linguistische Gazette* 38-39, 1987: 39-62.

Wodak, Ruth/Menz, Florian: *Die "Sprachen" der "Vergangenheiten"*. Projektantrag. Wien 1989, Manuskript.

Wodak, Ruth/Menz, Florian/Lutz, Benedikt/Gruber, Helmut: *Die Sprache der "Mächtigen" und "Ohnmächtigen"*. Der Fall Hainburg. Wien 1985.

<sup>33</sup> Vgl. Wodak et al. 1985; Projektteam "Sprache und Vorurteil" 1989

## Rezensionen

ALFRED GROSSI: *Wilhelm Kapp und die Zeitungswissenschaft. Geschichte des Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. (1922-1943)*. Münster, New York: Waxmann 1989, 307 Seiten (Waxmann Portrait.)

Diese Arbeit wurde 1987 als Dissertation in Münster approbiert. Ihre nunmehr vorliegende Veröffentlichung als Band der Portrait-Reihe des Verlages Waxmann, versehen mit einer Auswahlbibliographie und einem Namensregister, wird sicher alle freuen, die an Verbreitung fachgeschichtlicher Erkenntnisse interessiert sind. Ebenso wie Bettina Maoro ("Zeitungswissenschaft an der Universität Münster 1915-1944", Phil. Diss., Münster 1986) befestigt Große seine Arbeit am Postulat, die Entwicklung der eigenen Disziplin im Wandel der internen und externen Bedingungen wissenschaftlichen Forschens zu reflektieren und kritisch zu überprüfen, um Problemlösungen für die Gegenwart aufzuzeigen (Wolf Lepsius: *Wissenschaftsgeschichte als Disziplinengeschichte*, 1978). Vorneweg gleich eine Bemerkung. Bemüht Große sich auch ebenso redlich wie erfolgreich, den ersten Teil dieser Forderung entlang seiner Analyse der Karriere Kapps einzulösen, so bleibt er doch eine Umsetzung des Endzwecks schuldig. Wer aber könnte sich angesichts der gegenwärtig faßbaren Irritation des Faches selbst einen derart großen Wurf rechtfertigen erwarten? Lagen da nicht im Rahmen der diesjährigen DGPuK- bzw. ÖGPuK-Tagung folgende Fragen auf dem Tisch: "Die Publizistikwissenschaft wieder einmal in einer Identitätskrise?" sowie "Sammelsurium von Wissenschaften, Bindestrich-Soziologie oder eigenständiges Fach?"

Die wissenschaftshistorische Konzeption der vorliegenden Arbeit folgte aufgrund der personellen Kontinuität in der Leitung des Freiburger Instituts konsequent der Möglichkeit, sowohl die fachorganisatorische Entwicklung als auch die fachliche Sozialisation von Kapp zu untersuchen. Insonderheit ging der Autor der Frage nach, welche Folgen eine personengebundene Institutionalisierung für die Entwicklung oder Verhinderung eines bestimmten Wissenschaftsentwurfs hatte und welche außerwissenschaftlichen Einflüsse wirksam wurden.

Die Lehrtätigkeit nahm Kapp 1922 - im Alter von 57 Jahren - auf. Sein politischer Bildungsanspruch zielte gemäß vorangegangener Aktivitäten als Ideenträger in Elsaß-Lothringen auf Anleitung zum richtigen Gebrauch der Zeitung, Erziehung zum kritischen Vergleich und Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen. In Anlehnung an den Prager Pädagogen Comenius, der 1650 Zeitungslektüre in den Schulunterricht eingeführt hatte, erhielt moderne Zeitungskunde des 20. Jahrhunderts damit eine medienpädagogische Komponente. Bei seinem Versuch, Phänomene der öffentlichen Meinung zu analysieren, blieb Kapp in der Beschreibung der geistigen Struktur stecken. Vor allem versäumte er es, seinen Ansätzen ein theoretisches Fundament zu verleihen.

Nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" verhielt Kapp sich gegenüber ideologischen Monopolisierungsbestrebungen reserviert. In der Lehrveranstaltung "Politisches Kolloquium" trat er bis zu ihrer aus gesundheitlichen Gründen notwendig gewordenen Einstellung im Sommersemester 1942 mitunter sogar kritisch-polemisch gegen die Nachrichtenpolitik des Propagandaministeriums auf, ohne jedoch eine Stätte reinen Antinationalsozialismus anzubieten. Mangels eines exakten, methodisch definierten Wissenschaftskonzepts machten sich bei Kapp vor dem Hintergrund der Methoden- und Objektdiskussion ab 1933 Identifikationsprobleme mit dem Fach bemerkbar; sie mündeten in eine Absage an die Autonomie der "Zeitungswissenschaft". Weiterhin verschloß sich Kapp überdies einer praktischen Journalistenausbildung durch ein berufsorientiertes Studium, wie sie von führenden Fachvertretern unter dem Eindruck der Durchführungsverordnung zum Schriftleitergesetz begrüßt wurde. Kapp starb am 1. Juni 1943 im Alter von 78 Jahren. Die Nachfolge hatte er noch selbst geregelt: Wilmont Haacke trat sie an - der 1939 zum Assistenten des im

Aufbau begriffenen Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Wien ernannte und seit seiner Abhandlung "Judentum und Presse" (publiziert im *Handbuch der Zeitungswissenschaft*) als extrem antisemitisch bekannte "Anbiederungskünstler".

Wolfgang Duchkowitsch

MARIE JAHODA: *Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgestudie zu "Marienthal" aus dem Jahr 1938*. Aus dem Engl. v. Hans Georg Zilian. Hrsg. u. mit einer Einf. vers. v. Christian Fleck. Frankfurt, New York: Campus 1989. LXXII, 140 Seiten (Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft. *Studien zur Historischen Sozialwissenschaft* 11.)

Die Frage, warum es Sinn macht, eine Studie fünfzig Jahre nach ihrer Niederschrift erstmals zu publizieren, führt direkt zu den (wissenschafts-)externen Bedingungen unseres Landes während der dreißiger und vierziger Jahre. Sozialwissenschaft kam damals nicht aus sich selbst heraus zum Stillstand, sondern wurde brutal zum völligen Erliegen gebracht: "Dort sind die Ursachen der fehlenden Kontinuität des Diskurses, der definitiven Unterbrechung des Wissensfortschritts und des Vergessens bestimmter Forscher und Forschungen im deutschsprachigen Kulturraum und im deutschen bzw. österreichischen Wissenschaftssystem zu suchen." (VIII) Es ist demnach unschwer als Absicht des Herausgebers zu erkennen, diesem Vergessen mit der Erstveröffentlichung der *Arbeitslosen bei der Arbeit* entgegenzutreten. Eben das macht Sinn.

Marie Jahoda, geboren 1907 in Wien, aufgewachsen im Klima des assimilationswilligen jüdischen Bürgertums der Haupt- und Residenzstadt der Doppelmonarchie, Aktivistin der studentischen Linken in den zwanziger Jahren, verheiratet mit Paul Lazarsfeld (1927), studierte neben einer Volksschullehrerausbildung am Pädagogischen Institut der Stadt Wien ab 1926 Philosophie sowie Psychologie bei Karl und Charlotte Bühler und schloß ihr Studium nach elf Semestern mit der lernpsychologischen Dissertation "Anamnesen im Versorgungshaus" ab. Ihre damaligen Ausführungen zur Methode der Datengewinnung sind, wie Christian Fleck in seiner Einführung "Politische Emigration und sozialwissenschaftlicher Wissenschaftstransfer" am Beispiel Jahodas hervorstreicht, von hoher wissenschaftsgeschichtlicher Bedeutung: "...manches, was in den letzten Jahren im Umkreis von 'oral history' und Biographieforschung als Novität ausgegeben wurde, [war] schon damals bekannt." (XXXIV-XXXV) Es ist im Rahmen einer Buchbesprechung unmöglich, näher auf Jahodas Erhebungsstrategie einzugehen. Verwiesen sei im Sinne der Reflexionen Flecks aber wohl darauf, daß sie immer das gesamte Protokoll wiedergab, wenn sie einzelne Fälle besprach, also nicht in der heute gängigen Praxis verfuhr, "die Lebensgeschichte zugunsten aussagekräftiger, für sich sprechender Zitate aus der biographischen Schilderung zu eliminieren". (XXXVI)

Besonders aufmerksam macht Fleck sodann auf die ähnliche Erhebungstechnik während der Feldphase zur berühmten gewordenen Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* (Paul Lazarsfeld, Marie Jahoda und Hans Zeisel). Mit Hilfe von Vergleichen mit heute gängigem Vorgehen erreicht seine Auseinandersetzung mit der methodischen Seite dieser Arbeit zentrale Aussagekraft. (XLVff.) Nachhaltigen Eindruck hinterlassen dabei die Ausführungen zur Erklärungsdürftigkeit der "Marienthal-Studie". Gerade die Situation im Marienthal hätte den Anlaß bieten können, den "behaupteten biopsychischen Parallelismus zu überwinden und zu einer dynamischeren Konzeption von Lebenslauf zu gelangen". (XXXVII) Als Leiterin der Wiener Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle (gegründet 1931 von Lazarsfeld) wurde Jahoda im November 1936 wegen illegaler Arbeit für die Revolutionären Sozialisten verhaftet, im März 1937 zu drei Monaten Gefängnis sowie einem Jahr Schutzhaft verurteilt und erst aufgrund massiver Interventionen namhafter ausländischer Sozialwissenschaftler und Hilfsorganisationen mit der Auflage freigelassen, Österreich binnen 24 Stunden zu verlassen. Dies bedeutete auch das Ende für eine um politische Wirksamkeit bemühte Sozialforschung in der Ersten Republik. (Vgl. dazu Theo Venus: *Sozialforschung im Gefängnis. Marie*

Jahoda und das Ende der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle in Wien 1936. In: *Medien & Zeit* 2 (1987, 1, 29-33.)

Nach Ausbürgerung durch die Austrofaschisten und Zuflucht in England erhielt Jahoda die Möglichkeit, in Südwales eine Untersuchung über die psychischen und sozialen Auswirkungen eines von Quäkern initiierten Selbsthilfeprojekts für Arbeitslose durchzuführen. Während sie an der Studie schrieb, wurde Österreich an das Deutsche Reich angeschlossen. Damit waren die Familienangehörigen von Marie Jahoda akut bedroht. Ihre wenige Monate danach erfolgte Emigration verdankten sie dem Initiator des Wales-Projektes, Jim Forrester, der nach Wien geeilt war, um den Angehörigen und Freunden Jahodas zu Hilfe zu kommen. Nachdem Forrester den Bericht über das Bedarfsbedeckungsprogramm (im Band 33ff.) gelesen hatte und darin eine Zerstörung seines Lebenswerkes sah, verzichtete Jahoda auf eine Veröffentlichung dieser Arbeit. Fleck meint dazu abschließend: "Auch fünfzig Jahre später und lange nach dem Tod Forresters bedurfte es einiger Überredung, um eine Revision dieser Entscheidung herbeizuführen." (LXVIII). Herzlichen Dank!

Wolfgang Duchkowitsch

GERHARD JUNGER: *Johann Jakob Fezer. Spätaufklärer und frühliberaler Publizist im Zeitalter der Französischen Revolution in Reutlingen und Wien (1760-1844)*. Reutlingen: Oertel & Spörer 1988, VII, 415 Seiten

"Beständig wird ein Volk kindische Begriffe ernähren, wenn es weiterhin als Mündel behandelt wird, folglich auch nicht die Erfahrung eines Volljährigen erlangen kann." Dieser Protest gegen Eingriffe der Obrigkeit in privates Leben, gegen Vorformierung von Meinung und Stimmung sowie gegen den Disziplinierungsprozeß im "aufgeklärten Absolutismus" steht symptomatisch für die Publizistik des radikalen Aufklärers Johann Jakob Fezer. Als Verfechter "bürgerlicher Toleranz" forderte er angesichts der merkantilistisch geprägten Zensurerteicherungen Josephs II. in seinen *Wahrscheinlichkeiten, von einem unparteiischen Beobachter entworfen*, Philadelphia (= fingierter Druckort für Wien) 1786, volle Pressefreiheit. Denn sie allein gewähre öffentliche Meinung, die ihrerseits die einzige Möglichkeit darstelle, Regenten und Minister vor "Torheiten" zu bewahren: "Ohne sie aber werden freie Völker Sklaven und sinken herab bis zur tierischen Dummheit!" Diese Schlußfolgerung mag trivial erscheinen, Fezers Position ist indes überzeitlich gültig.

Beeinflußt vom Gedankengut Montesquieus unterzog Fezer die Reformpolitik Josephs II. einer kritischen Überprüfung, wofür ihm die an der Universität Tübingen erworbenen Kenntnisse in Staatstheorie, Staatsrecht und Kameralistik zu Nutze kamen.

Fezers Wirken in Wien ist der interessierten Fachwelt bereits seit der exklusiven Arbeit von Leslie Bodi (*Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781-1795*, Frankfurt/Main 1977) bekannt. Nach der Herausgabe seiner Autobiographie durch Paul Schwarz (*Meine Lebensumstände*, Reutlingen 1968) liegt nun endlich eine akribisch erarbeitete Gesamtwürdigung seiner Person und seines Schaffens in Reutlingen wie in Wien vor. Fezer erlangte dank seiner publizistischen Tätigkeit in der Ära des Josephinismus und seines Wirkens in der bürgerlichen Reformbewegung im Zeitalter der Französischen Revolution sowie als späterer Amtsbürgermeister in Reutlingen eine Bedeutung, die weit über seine Heimatstadt hinausweist.

Von besonderem Stellenwert - auch für heutige Leser - ist Fezers Begriff von "Demokratie" und "Aristokratie" sowie von Freiheit und Gleichheit. Als Bekenner des "demokratischen Prinzips", das "Verdienst und persönliche Fähigkeiten gegen ererbte Privilegien" verteidigt, wandte er sich deshalb gegen das "aristokratische Prinzip", weil es "danach strebt, die Macht und die Mittel zu deren Erlangung immer in den gleichen Händen zu belassen". Zentrale Bedeutung maß Fezer dabei der Mobilisierung öffentlicher Meinung bei. Öffentliche Angelegenheiten heimlich behandeln zu wollen, widersprach seiner modernen Auffassung von Politik. Ihm diente das Prinzip Öffentlichkeit auch als Mittel gegen Machtmißbrauch.

Die insbesondere wegen seiner akribisch betriebenen Quellenstudien interessante Arbeit Gerhard Jungers ist dem Grunde nach auf einer herkömmlich ideengeschichtlichen Ebene angesiedelt. Ungeachtet der "verstehend" erläuternden Vorgangsweise des Autors bietet diese Studie für Kommunikationshistoriker, die sich primär an sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen theoretisch orientieren, zweifellos einen wichtigen Anreiz zur weiteren Beschäftigung mit der Kommunikationskultur einer bewegten Zeit. Schließlich wurden damals mannigfaltige Strukturen bürgerlich-bürokratischer Ordnung geschaffen, die bis in die Gegenwart hineinwirken.

Durchgehend verwendete Formulierungen in der Art wie "endlich fragen wir uns", "In unserem Zusammenhang fällt auf" oder "Wir erkennen abschließend" trüben das Lesevergnügen außerordentlich. Dafür entschädigen die reichen Illustrationen im Textteil, das vorzüglich gestaltete Verzeichnis verwendeter Archivalien und Literatur sowie der reiche Anhang, der neben Abbildungen gedruckter und handschriftlicher Dokumente eine Werkbibliographie unter Anführung von Besitz/nachweisen aufweist. Nicht minder gut geraten ist ebenso das Personen-, Orts- und Sachregister.

Wolfgang Duchkowitsch

FRIEDRICH STADLER (Hrsg.): *Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte Jugend und Volk* 1988. 409 S. öS 398. -

Aus einer Vortragsreihe, die 1984/85 am Wiener Institut für Wissenschaft und Kunst gehalten wurde, ist die vorliegende Publikation hervorgegangen, die 16 Beiträge aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft enthält. Der von Friedrich Stadler herausgegebene Sammelband stellt mit den beiden Bänden *Vertriebene Vernunft I und II* eine Einheit dar.

Zentrales Thema dieser interdisziplinären Rückschau ist das idealisierte Österreichbild nach 1945 ohne Schuld und Sühne. Friedrich Stadler meint (Kontinuität und/oder Bruch? Anmerkungen zur österreichischen Wissenschaftsgeschichte 1938 bis 1955), daß die Wissenschaftsgeschichte noch in ihren Kinderschuhen steckt und bisher von völlig falschen Paradigmen ausging. So gesehen stellt dieses Buch eine erste umfassende Reflexion kritischer Natur dar. Stadler macht drei verschiedene Indizien für die Schwierigkeiten mit dem "idealisierten Österreichbild" aus: Erstens spricht er das große "österreichische Tabu" an, daß nämlich die Entdemokratisierung und die Niederschlagung der Arbeiterbewegung 1933/34 und der Anschluß 1936 zu "irreparablen kulturellen Zäsuren" als auch zu einer bis in die Gegenwart wirkende(n) geistige(n) "Elitenkontinuität" führten. Dies widerspricht den bisher gebrauchten Zäsuren 1938 - 1945 - 1955. Zweitens weist er darauf hin, daß der Staatsvertrag als die "eigentliche" Befreiung, das Kriegsende 1945 aber eher als Zusammenbruch empfunden wird. Aus dieser Verdrängungsmentalität leitet sich auch die Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages ab, an dem weder der Gründung der Republik noch der Niederschlagung zweier Faschismen gedacht wird, sondern an dem mit der Neutralitätserklärung klischeehaft Österreichbewußtsein "künstlich verordnet" wird. Und drittens hält er fest, daß die Integration von Nationalsozialisten und die "Restaurierung katholischen Geisteslebens" möglich geworden waren durch die gescheiterte Entnazifizierung und die nicht erfolgte - weil von den Österreichern nicht gewollte - Rückkehr der Emigranten. Das Ergebnis: jenes kulturelle Vakuum der Nachkriegsjahre, in dem unmöglich die Jahre der Unterdrückung aufgearbeitet werden konnten.

Ein Erklärungssatz für die fehlgelaufene Entwicklung findet sich im Aufsatz Oliver Rathkolbs ("Die Entwicklung der US-Besatzungskulturpolitik zum Instrument des kalten Krieges"). Stand das erste Nachkriegsjahr noch unter dem Motto der drei großen D: Denazification, Demilitarization und Dekartellization, war die antinazistische Haltung der Amerikaner noch Leitmotiv ihrer Kulturpolitik gewesen, so zeichnete sich ab April 1946 eine grundlegende Einstellungsänderung ab. Der kalte Krieg hatte auch auf Österreich

Auswirkungen. Im Zuge der antikommunistischen Politik (Mc Carthy) veränderte sich die (Personal-)politik der US-Kräfte. Den Österreichern, vor allem jenen, die keine reine, sondern eine braune Weste hatten, kam die Verschiebung des Feindbildes von Nationalsozialismus auf Kommunismus sehr entgegen. Die bald nach der Gründung der Republik einsetzende kulturelle Westoption und -integration war aber nicht nur eine Folge der massiven wirtschaftlichen Unterstützung in Form des Marshall-Planes und der noch massiveren Verlockung durch "Pfefferminzkaugummis" und "Negermusik" (= Jazz), sondern hatte auch seine innere Ursache in dem Mißtrauen und der Ablehnung gegenüber allem Östlichen. Lange genug war ja der "russische Untermensch" verordnetes Angriffsziel gewesen. So vollzog sich eine Verschiebung der Feindbilder, bei der die Österreicher nicht schlecht ausstiegen.

Daß das Jahr 1945 sozial und kulturell keinen wirklichen Bruch darstellte, arbeitet Johann Dvorak ("Thesen zur soziokulturellen Entwicklung in Österreich 1933 bis 1955") heraus. Angeknüpft wurde einfach dort, wo man 1938 aufgehört hatte: im Austrofaschismus. Ein deutliches Indiz dafür: Am Beginn des "Neuen Österreich" stand keine Abrechnung mit jenen Österreichern, die 1933 die Demokratie beseitigt hatten, keine kollektiv ernst gemeinte Abrechnung mit denen, die sich an "politischer Verfolgung, Krieg und Massenmord eifrig beteiligt hatten". Der Wiederaufbau bezog sich nur auf materielle Schäden; rekonstruiert wurde eine "Kultur", die an den Siegen zweier Faschismen beteiligt gewesen war. Das mußte zwangsläufig ein systematisches Verdrängen der Vergangenheit erzeugen. Der Konsens der beiden großen politischen Lager war nur auf der Grundlage des Mythos von der "Stunde O" möglich.

Bigitte Lichtenberger-Fenz stellt fest, daß sich der Machtwechsel 1938 im Bereich der Hochschulen reibungslos vollzog ("Österreichs Universitäten 1930 bis 1945"). Bereits Anfang der dreißiger Jahre markierten antiliberaler und antisemitische Hochschulgesetze eine Entwicklung, die es möglich machte, unliebsame Persönlichkeiten aus dem Universitätsbetrieb auszusieben. Eine Studentenvertretung wurde von oben eingesetzt, oppositionelle Studentenorganisationen verboten, paramilitärische und ideologische Pflichtübungen standen auf dem Stundenplan. Der Übertritt zum Nationalsozialismus vollzog sich nahtlos. Die Hochschulen wurden zu loyalen Institutionen des NS-Staates. Viel schneller als im "Altreich", waren an Stelle von freiem Geist Parolen wie "Opferbereitschaft im Dienst des deutschen Volkes", "kämpfende Wissenschaft, die kämpft für Führer, Volk und Reich" getreten. Der Grund für die zügige und reibungslose Gleichschaltung: Die Ausschaltung von linken und oppositionellen Kräften war bereits erfolgt. 1945 wurden die akademischen Behörden zwar neu gegründet, die neuen Rektoren hießen jedoch Ludwig Adamovich und Richard Meister - beide Exponenten des Ständestaates.

Günter Fellner schließlich beleuchtet die Rolle der Geschichtswissenschaft als eine "bewußt deutsche" ("Die österreichische Geschichtswissenschaft vom Anschluß zum Wiederaufbau"). Schon 1925 hatten die österreichischen Historiker den "Anschluß" gefeiert, sie selbst sahen sich schon immer der Tradition der "Führerrolle des Deutschlands" verpflichtet. Dieser "Zeitgeist" spiegelte sich auch in den Forschungsinhalten der Wiener Institute wieder. So beschäftigten sich zwischen 1918 und 1938 nur vier Dissertationen mit demokratischen Strömungen oder der sozialdemokratischen Partei, während 45 (!) das Deutsche Reich, die deutsche Frage und das Auslandsdeutschum zum Inhalt hatten. Die "großdeutschen Phantastereien", die Fixierung auf "Volkkörper und Blutströme" sind jedoch nicht mit dem "tausendjährigen Reich" untergegangen alleine begrifflich blieb man noch lange der alten Tradition verhaftet. Der Wiederaufbau bedeutete für die österreichischen Historiker keinen Neuaufbau, sondern eine Restauration der alten Ordnung. So wurden die Universitäten nach 1945 zu "konservativen Festungen" ausgebaut.

Die Schwierigkeit der Aufarbeitung der Vergangenheit zieht sich wie ein roter Faden durch alle in diesem Sammelband vereinten Beiträge. Die Unzulänglichkeit der Aufarbeitung spiegelt aber auch den Zustand einer Gesellschaft wider. Für alle Bereiche von Kultur und Wissenschaft könnte man stellvertretend anführen, was Günter Fellner für die Geschichtswissenschaft konstatiert: "Als für die Historiker 1945 der Moment gekommen war, Irrtum und Mitschuld offen einzubekennen, blieben sie wie so viele andere stumm."

Daniel Löcker

HEIMO GRUBER: Bücher aus dem Schutt. Die Wiener Städtischen Büchereien 1945 - 1950. Vorwort: Viktor Matejka. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1987.

Versteht man Bibliotheken als Speicher gesellschaftlichen "Wissens", dann stellt sich in bibliotheksgeschichtlichen Arbeiten immer auch die Frage, wie und mit welchen Zielsetzungen dieser Wissensvorrat vermittelt wird und welcher Stellenwert der Bibliothek im Rahmen des gesamten Bildungssystems eingeräumt ist. Die vorliegende Untersuchung von Heimo Gruber zur Geschichte der Wiener Städtischen Büchereien in den ersten Nachkriegsjahren 1945 - 1950 ist denn auch mehr als eine bloße Organisationsgeschichte, sondern der Versuch, auch das gesellschaftlich-politische Umfeld mit einzubeziehen. Wohl werden notwendigerweise auch bibliotheksinterne und bibliothekarisch-administrative Fragen (Wiederaufbau und Neueinrichtung der Bibliotheken, Diskussion des Freihandsystems, Buchbestellungen etc.) abgehandelt, der Schwerpunkt der Darstellung liegt aber, ausgehend von einer kurzen Skizze der Unterdrückung bibliothekarischer Arbeit in den Jahren vor 1945, in einer Analyse der Bedingungen eines neuen städtischen Bibliothekswesens und dem Aufbau demokratischer Bibliothekseinrichtungen.

Im Wiederaufbau nach 1945 hatte das städtische Büchereiwesen, das mit seinen Büchern zugleich auch "Wirklichkeiten" an seine Leser weitervermittelt, eine gar nicht so geringe, viel zu wenig beachtete und heute fast vergessene Funktion. Die Städtischen Büchereien verdanken ihr Entstehen einem Übereinkommen der 1945 in Wien etablierten Parteien, keine parteieigenen Büchereien zu eröffnen. Dementsprechend verzichtete die SPÖ auf die Arbeiterbüchereien der Sozialdemokratie aus der Zwischenkriegszeit, die nun in den Besitz der Stadt Wien übergingen. Eine wesentliche Voraussetzung für den Neubeginn war die Entfernung belasteter Büchereiangestellter, die in den Jahren der deutschen Okkupation die nationalsozialistische Ausrichtung der Bibliotheken unterstützend und/oder leitend besorgt hatten. Von den 87 haupt- und nebenamtlichen Bibliothekaren der NS-Zeit gehörten 1946 nur mehr 41 dem Personalstand der Städtischen Büchereien an. Ein beträchtlicher Teil der 1945 und 1946 in der unmittelbaren Nachkriegszeit eingetretenen Bibliothekare/Bibliothekarinnen waren bewährte Antifaschisten, ehemalige Arbeiterbibliothekare oder Verfolgte des NS-Regimes.

Abgesehen von den notwendigen strukturellen und personellen Veränderungen boten die städtischen Büchereien, die in der Zwischenkriegszeit ein wichtiger Bestandteil der sozialdemokratischen Wiener Kulturpolitik gewesen waren, ein tristes Bild: das ehemals dichte Netz der Arbeiterbüchereien war unter anderem auch als Folge der Zentralisierungstendenzen in der NS-Zeit auf knapp mehr als 20 Zweigstellen zurückgegangen, die Säuberungsaktionen des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus hatten den Buchbestand entscheidend dezimiert, und die Kriegsschäden machten eine rasche Aufnahme des Büchereibetriebs vielfach unmöglich. Insbesondere die unorthodoxe Verfahrensweise des neuen Kulturstadtrats Viktor Matejka wirkte sich auf den Wiederaufbau des Büchereiwesens im administrativen wie im personellen Bereich (mit der Betrauung der Leiterfunktion durch Albert Mittringer) aber auch mit der Etablierung der "Volksbibliothekare" als anerkannte Berufsgruppe und der Einrichtung von Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen und der Setzung neuer pädagogischer Schwerpunkte (Kinder- und Jugendbüchereien) als überaus günstig aus.

Der Aufbau eines neuen Buchbestandes und die "Säuberung" der Büchereien von NS-Schrifttum waren zwar die Voraussetzung für die Neuorganisation der städtischen Büchereien; die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Durchführung notwendiger Aufbau- und Instandsetzungsarbeiten verhinderten freilich eine intensive theoretische Reflexion über Grundlagen und Zielsetzungen der Büchereiarbeit. Für Gruber besteht denn auch die Bücherei-"Ideologie" in erster Linie in einem "pluralistischen Proporz staatlich anerkannter Weltanschauungen", die nach Möglichkeit Konflikte aus dem Wege gehen wollte. Daß dies nicht immer möglich war, ist an dem Beispiel der "kulturkämpferischen Episode" der Auseinandersetzung um die Einstellung des Buches von Jaroslav Hašek "Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk" dokumentiert, in dem die (ÖVP-) Zeitschrift "Frau und heute" 1948 ein Indiz dafür erblickte, daß sich die Volksbüchereien unter "mar-

xistischer Diktatur" befinden (S. 51f.) Ein Problem für den Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit durchaus signifikantes Problem bildete übrigens jener Bücherbestand, der im Zuge der "Sicherstellungen" von Bibliotheksbeständen in den Wohnungen geflüchteter Nationalsozialisten zusammengetragen worden war. Im Grunde lief die "Sicherstellung" auf eine für die ehemaligen Eigner der Bücher vorteilhafte Depotfunktion hinaus. Von den etwa 160 - 200.000 "sichergestellten" (d.h. beschlagnahmten) Büchern blieben etwa 40.000 im Bestand der Städtischen Buchereien. Der Großteil jedoch wurde an die ehemaligen Eigentümer retourniert (S. 22ff.)

Hatte Matejka noch im September 1945 geglaubt, die beschlagnahmte NS-Literatur später in einer eigenen Studienbibliothek als Lehrunterlage für antifaschistische Studien und zur Gestaltung antifaschistischer Ausstellungen einsetzen zu können, so war schon 1946 als Folge der ausgebliebenen österreichischen Diskussion um seine NS-Vergangenheit von der Schaffung von Institutionen zur geistigen Bewältigung des Faschismus keine Rede mehr. Die große antifaschistische Ausstellung "Niemals vergessen!", die 1946 vom Amt für Kultur und Volksbildung veranstaltet worden war, markierte den "letzten und in vielen Aspekten bis heute unerreichten Höhepunkt in den Bemühungen einer mit volksbildnerischen Mitteln vorgetragenen Aufklärung über das Wesen der besiegten Diktatur" (S. 33). Dieser Trend zum Vergessen und Verdrängen des eben noch Wirklichkeit gewesenen Faschismus kam auch in einem deutlichen Veränderung des Leserverhaltens zum Ausdruck. So meldete die Zweigstelle Übergassing in ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1948, daß Bücher aus der Sachgruppe "Politik" gemieden werden, da niemand etwas davon wissen wolle; dasselbe gelte auch von der "KZ-Literatur": Da hört der Bibliothekar gar oft recht saftige Ansichten" (S. 33).

Heimo Gruber hat in den Bemerkungen zur Entstehung seiner Studie gemeint, sie wolle sich auf eine historisch-deskriptive Verfahrensweise beschränken und in ihren Resultaten nicht mehr als eine Betriebsgeschichte und ein bescheidener Beitrag zur Geschichte der Bibliotheksarbeit sein. Bescheiden ist gewiß der Umfang, was den Inhalt und die Konzeption anbelangt, so ist Grubers Untersuchung ein erfreulicher Beitrag zur österreichischen Bibliotheksge-

schichte, dessen Anregungen aufgenommen und durch weitere Detailstudien - zum Beispiel für den Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken - ergänzt werden sollten.

Peter Malina

CONRAD WIEDEMANN (Hrsg.): Rom - Paris - London. *Erfahrung und Selbsterfahrung deutscher Schriftsteller und Künstler in den fremden Metropolen. Ein Symposium.* Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1988. (= Germanistische Symposien Berichtsbände; 8) 719 Seiten.

Vier Tage eines Symposiums lassen sich im vorliegenden Band nachvollziehen. Der Beginn ist unter dem Motto gestanden: "Das Eigene und das Fremde." In 11 Referaten bzw. Beiträgen wurde die hermeneutische bzw. historische Bedeutung des Forschungsgegenstandes freigelegt. An den folgenden Tagen wurde jeweils eine der im Titel genannten Metropolen behandelt. Daß sich bisweilen die Inhalte und Thesen überschneiden, daß für Rom gilt, was auch auf Paris zutrifft, ist klar und wurde nicht durch redaktionellen Überreifer geglättet.

Die Beiträge haben einen relativ hohen Rechercheaufwand gemeinsam. Interdisziplinarität findet mit der Geschichtswissenschaft und der Ethnologie statt, kommunikationswissenschaftliche Bezüge werden hingegen kaum hergestellt. Das ist schade, weil sowohl zu den jeweiligen Publizisten als auch zu den Genres (etwa Stadtkorrespondenzen) durchaus berücksichtigungswürdige kommunikationshistorische Aussagen vorliegen. Deren Integration findet sich denn auch nur in einem Aufsatz von Karl Riha über "Großstadtkorrespondenzen".

Die Ergebnisse des umfang- und facettenreichen Bandes sollten für Arbeiten über Lokalkommunikation, aber auch ganz allgemein zur Journalismusgeschichte wichtige Anregungen geben können -, als Beiträge zur Mentalitäts- und Ideengeschichte der deutschen literarischen Intelligenz.

Hannes Haas

## UNSER PROGRAMM

GERMANISTIK

GESCHICHTE

JAPANOLOGIE

PSYCHOLOGIE

PHILOSOPHIE

PUBLIZISTIK

RECHTSWISSENSCHAFTEN

SOZIOLOGIE

**LITERAS**

UNIVERSITÄTSVERLAG

für Grund-, Integrativ-, Geistes- und Naturwissenschaften

A-1090 Wien, Berggasse 4, Tel. (0222) 31 56 50-0, Fax (0222) 34 36 85-21

Nimm Dir die Freiheit, bevor man sie Dir nimmt.



Nimm Dir die Freiheit,  
Deine Zigarette zu rauchen.  
Sattle um auf den Leicht-  
Trend mit Geschmack,  
den Du in vollen Zügen  
genießen kannst.  
Gib Dir das erstklassige  
Aroma der York-Mischung  
von 22 Tabaken aus 10  
Ländern auf 4 Kontinenten.  
Typisch american blend,  
filtertipped, versteht sich.

*Ich genieße, also bin ICH.*



Warnung des Gesundheitsministers: Rauchen kann Ihre Gesundheit gefährden.

# MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

4. Jahrgang 1989

Jahresregister

## BEITRÄGE

- Thomas B u l a n t: "... täglich Wiener Schnitzel zu essen, verdirbt im Laufe der Zeit den gesündesten Magen." Das Radio Kabarett auf Welle 530 (1924-1934) 2, 2-10
- Wolfgang D u c h k o w i t s c h: "Mit couriosen Raisonemens und politischen Reflexionen untermenget." Der Post = tägliche Mercurius (1703-1724). Pionier von Qualitätszeitung 4, 2-11
- Norbert P. F e l d i n g e r: Halbe Lösungen, vertane Chancen. Vom Besatzungsrundfunk zum ORF (1952-1957) 2, 19-27
- Eckart F r ü h: Beckmann aus Böhmen im Kampf der *Arbeiter-Zeitung* gegen Krieg, Presse und Zensur (1915-1918) 3, 3-15
- Hannes H a a s: Der perfekte Blick. Metropolenrecherchen von Johann Pezzl im josephinischen Wien 4, 18-28
- Fritz H a u s j e l l: "Das waren Sätze, die uns wirklich ins Tiefste erschreckt haben." Ein Gespräch mit der Publizistin Hilde Spiel über das Bedenkjahr 1988 und den umstrittenen René-Marcic-Preis für Publizistik 1, 13-17
- Fritz H a u s j e l l / Oliver R a t h k o l b: "Was unsere Zeit vor allem braucht, ist Geist der Versöhnung der Volksgemeinschaft." Ein Beitrag zur Biographie des Journalisten Alfons Dalma 1, 18-26
- Gert K e r s c h b a u m e r: Die weiße Weste. Zum René-Marcic-Preis 1988/89 der Salzburger Landesregierung 1, 2-12
- Doris K o h l m a n n - V i a n d: Journalisten kämpfen - Soldaten berichten. Die nationalsozialistische Kriegsberichterstattung im Zweiten Weltkrieg 3, 22-28
- Peter M a l i n a: "Wieder Fuß fassen, nicht gefragt werden, schweigen dürfen." Ilse Leitenberger. Ein österreichischer Lebenslauf 1, 26-32
- Eva Maria M a r g i n t e r: Zeitgeschichte im *Club 2* 2, 28-31
- Richard M i t t e n: "Ehrlose Gesellen"? Zur Rolle des Jüdischen Weltkongresses in der Waldheim-"Affäre" - und was österreichische Medien daraus machten 3, 30-38
- Oliver R a t h k o l b: Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955 1, 35-39
- Jürgen S c h l i m p e r: Gegen den mörderischen Krieg. Zum Wirken der proletarischen Presse unmittelbar vor und nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) 3, 16-22
- Zdenek Š i m e c k: "Publizistische Vororte" Wiens. Zeitungsentwicklung in Böhmen und der Slowakei im 18. Jhd. 4, 12-17
- Theodor V e n u s: Armes freies Wort. Über die Anfänge der aktuellen Berichterstattung im Nachkriegsrundfunk 2, 11-18

## REZENSIONEN

- Daniel Defoe: Die Pest zu London. Aus dem Englischen übertragen von Werner Barzel. München 1987. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h) 4, 28f.
- Bernhard Denscher: Gold gab ich für Eisen. Kriegsplakate 1914 - 1918. Wien, München 1987. (Fritz H a u s j e l l) 3, 38f.
- Heribert Husinsky: 40 Jahre Volkspartei. Vierzig gute Jahre für Niederösterreich. St. Pölten, Wien 1985. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h) 3, 40f.

Manfred Jochum / Manfred Bobrowsky: Der Weg in den Untergang. Journalisten vermitteln den Anschluß. Wien 1988. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	2, 32
René König: Soziologie in Deutschland. Begründer / Verächter / Verfechter. München, Wien 1987. (Hannes H a a s)	3, 39f.
Die Leute von Langenegg. Photographiert von Konrad Nußbaumer und geschrieben von Hans Weiss. Köln 1987. (Hannes H a a s)	2, 33f.
Leitfaden der deutschsprachigen Presse im Ausland. Hrsg. vom Verein für das Deutschtum im Ausland e.V. Gegründet 1881 als Allgemeiner Deutscher Schulverein. Berlin, Bonn o.J. (Hannes H a a s)	3, 41
Claudia Mayerhofer: Die Dorfzigeuner. 2. Aufl., Wien 1988. (Elisabeth H o b l - J a h n)	3, 42
Elisabeth Noelle-Neumann: Die Antwort der Zeitung auf das Fernsehen. Geschichte einer Herausforderung. Konstanz 1986. (Hannes H a a s)	4, 31
Hugo Pepper: Lachen auf eigene Gefahr. Das Kabarett "Der rote Hund" 1946-1951. Wien 1987. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	2, 32f.
Elmar Schmitt: Leben im 18. Jahrhundert. Herrschaft, Gesellschaft, Kultur, Religion, Wirtschaft. Dokumentiert und dargestellt anhand von Akzidenzdrucken der Wagnerschen Druckerei in Ulm. Konstanz 1987. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	4, 30f.
Karl Schottenloher: Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum. 2 Bde. München 1986. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	4, 29
Gertraud Steiner: Die Heimat-Macher. Kino in Österreich 1946-1966. Wien 1987. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	4, 31f.
Ceija Stojka: Wir leben im Verborgenen. Hrsg. Karin Berger. Wien 1988. (Elisabeth H o b l - J a h n)	3, 41f.
Gerhard Vilsmeier: Deutscher Antisemitismus im Spiegel der österreichischen Presse und ausgewählter Zeitungen in der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Die Jahre 1933 bis 1938. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris 1987. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h)	1, 39f.

## REDAKTION

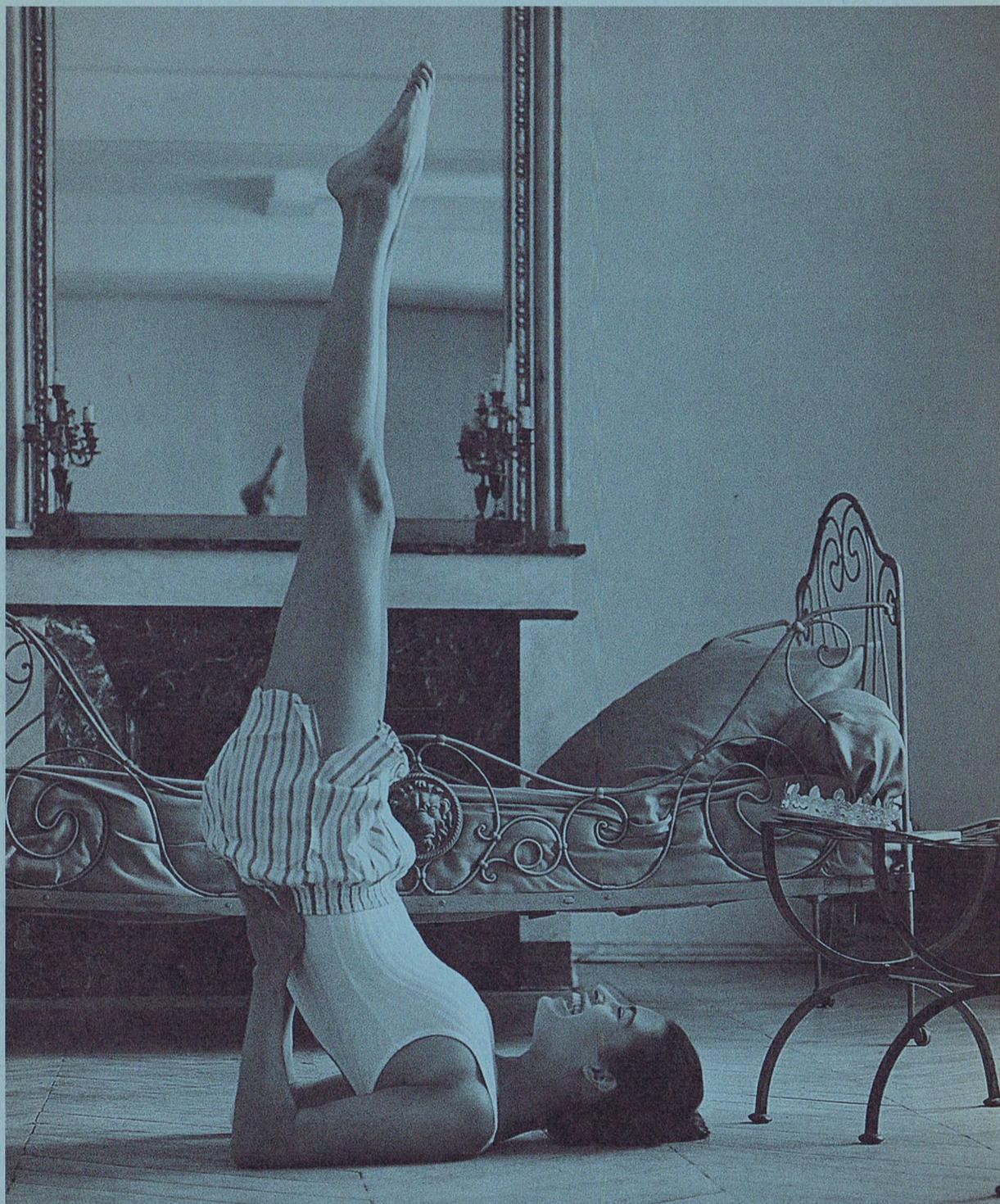
Heft 1:	DDr. Oliver R a t h k o l b , Margit S t e i g e r und Dr. Hannes Z i m m e r m a n n
Heft 2:	Margit S u p p a n und Dr. Theodor V e n u s
Heft 3:	Dr. Wolfgang D u c h k o w i t s c h , Dr. Fritz H a u s j e l l und DDr. Oliver R a t h k o l b .
Heft 4:	Dr. Wolfgang D u c h k o w i t s c h und Dr. Hannes H a a s

## AUTORINNEN- UND AUTORENREGISTER

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf Rezensionen

Thomas Bulant . . . . .	2, 2-10	Doris Kohlmann-Viand . . . . .	3, 22-28
Wolfgang Duchkowitsch . . . . .	1, 39f.; 2, 32f.; 3, 40f.; 4, 2-11, 28-33	Peter Malina . . . . .	1, 26-32
Norbert P. Feldinger . . . . .	2, 19-27	Eva Maria Marginter . . . . .	2, 28-31
Eckart Früh . . . . .	3, 3-15	Richard Mitten . . . . .	3, 30-38
Hannes Haas . . . . .	2, 33f.; 3, 39f., 41; 4, 18-28, 31	Oliver Rathkolb . . . . .	1, 18-26, 35-39
Fritz Hausjell . . . . .	1, 13-17, 18-26; 3, 38f.	Jürgen Schlimper . . . . .	3, 16-22
Elisabeth Hobl-Jahn . . . . .	3, 41f., 42	Zdenek Šimeček . . . . .	4, 12-17
Gert Kerschbaumer . . . . .	1, 2-12	Theodor Venus . . . . .	2, 11-18

# CA, die Bank zum Erfolg.



*Ihr neuer Freund stand jetzt jede Nacht vor ihrem Fenster. Er war gut gepolstert und hatte viel Verständnis für ihr Temperament. Und das nötige Kleingeld für diesen Traum auf vier Rädern hatte ihr CA-Berater schnell zur Hand.*



**CREDITANSTALT**

## „Alte“ Hefte

Falls Sie nicht seit Beginn zu den Abonnenten von MEDIEN & ZEIT gehören, können Sie jetzt Versäumtes nachholen.

Folgende Ausgaben von MEDIEN & ZEIT sind derzeit noch lieferbar:

### Doppelheft 1—2 / 1986 (vergriffen)

Heft 3 / 1986 (vergriffen)

Heft 4 / 1986 (vergriffen)

Heft 1 / 1987 (vergriffen)

### Heft 2 / 1987

Inhalt: *U. S. - Medienpolitik und die neue österreichische Journalisten-elite* (Oliver Rathkolb) + *Die gescheiterte Alternative. Das Modell der Sozialisierung der Betriebsgewinne einer Zeitung am Beispiel der Salzburger Nachrichten (1945-1960)* (Fritz Hausjell) + Rezensionen + Jahresregister 1986

### Heft 3 / 1987

Inhalt: *Welche Zukunft hat die Kommunikationsgeschichte? Eine Rundfrage.* (Hannes Haas) (Dazu die Stellungnahmen von Ulrich Saxer [*Das Altern der neuen Paradigmen, Daten und Medien*], Jürgen Wilke, Michael Schmolke, Kurt Koszyk, Walter Hömberg [*Die kunstreichen Brüder oder Über die Zukunft der Kommunikationsgeschichte*], Bodo Rollka [*Plädoyer für eine vergleichende Kommunikationsforschung*]) + *Ein Plädoyer, Kommunikationsgeschichte endlich zu schreiben* (Wolfgang R. Langenbacher) + *Wie halten es die Studienanfänger mit Kommunikationsgeschichte? Ergebnisse zweier Befragungen* (Wolfgang Duchkowsitch) + *Film: Quelle, Zeugnis, Dokument* (Winfried B. Lerg) + *Kommunikationsgeschichte und gesellschaftliche Lernprozesse* (Anton Austermann).

### Heft 4 / 1987

Inhalt: *Die späte Einsicht. Ein Essay über die fehlende Aufarbeitung der Rolle der Zeitungswissenschaft zwischen 1933 und 1945* (Hannes Haas) + *„Die Geschichte entläßt niemanden“.* *Das große Tabu Österreichs: Sein Umgang mit der Vergangenheit* (Peter Malina) + *Faszination Drittes Reich — Kunst und Alltag der Kulturmetropole Salzburg 1938* (Gert Kerschbaumer) + *Ein Hinweis auf Alfred Schütz* (Eugen Semrau) + *Anmerkungen zu den österreichischen Film-Tagen 1987* (Georg Habert) + Rezensionen.

### Heft 1 / 1988 (vergriffen)

### Heft 2 / 1988

Inhalt: *Die Exilzeitung Aufbau und der emigrierte Zeichner Benedikt Fred Dolbin.* (Will Schaber) + *Die Freunde im Exil und ich hier als Journalist im „Dritten Reich“.* *Ein Gespräch mit Milan Dubrovic* (Fritz Hausjell) + *Österreichische Journalisten über ihr Exil.* (2. Teil der Umfrage von Fritz Hausjell mit Berichten von Fritz Fuchs [*Als österreichischer Exilant beim Leningader Rundfunk*] + Egon Michael Salzer [*Das Ende als Londoner Korrespondent*]) + *Österreichischer Exiljournalismus in Skandinavien 1938 - 1945* (Rudolf Holzer) + *Vorwärts zur Deutschen Freiheit. Ideologische Entwicklungen des österreichischen Sozialismus in Untergrund und Exil* (Irene Etzendorfer) + Rezensionen + Jahresregister 1987.

### Heft 3 / 1988 (vergriffen)

### Heft 4 / 1988

Inhalt: *„In Wahrheit hat mein ‚Exil‘ schon damals, im Februar 1934, begonnen.“* *Auszüge aus Heimat in der Fremde* (Ludwig Ullmann) + *Ludwig Ullmann* (Heinz Lunzer) + *Katholische Journalistik in Österreich 1933-1938* (Michael Schmolke) + *Der Filmpublizist Arnold Roger Manvell 1909-1987* (Winfried B. Lerg) + *Sonka, Serke, Wehle und ich* (Eckart Früh) + Rezensionen.

### Heft 1 / 1989

Inhalt: *Die weiße Weste. Zum René-Marcic-Preis 1988/89 der Salzburger Landesregierung* (Gert Kerschbaumer) + *„Das waren Sätze, die uns wirklich ins Tiefste erschreckt haben.“* *Ein Gespräch mit Hilde Spiel über das Bedenkjahr 1988 und den umstrittenen René Marcic-Preis* (Fritz Hausjell) + *„Was unsere Zeit vor allem braucht, ist der Geist der Versöhnung, der Volksgemeinschaft.“* *Zur Biographie des Journalisten Alfons Dalma* (Fritz Hausjell und Oliver Rathkolb) + *„Wieder Fuß fassen, nicht gefragt werden, schweigen dürfen.“* *Ilse Leitenberger.* (Peter Malina) + *Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955* (Oliver Rathkolb) + Rezensionen

### Heft 2 / 1989 (vergriffen)

### Heft 3 / 1989

Inhalt: *Beckmann aus Böhmen im Kampf der Arbeiter-Zeitung gegen Krieg, Presse und Zensur (1915-1918)* (Eckart Früh) + *Gegen den mörderischen Krieg. Zum Wirken der proletarischen Presse vor und nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (Jürgen Schlimper) + *Journalisten kämpfen - Soldaten berichten. Nationalsozialistische Kriegsberichterstattung* (Doris Kohlmann-Viand) + *„Ehrlose Gesellen“? Zur Rolle des Jüdischen Weltkongresses in der Waldheim-Affäre - und was österreichische Medien daraus machten.* (Richard Mitten) + Rezensionen.

### Heft 4 / 1989

Inhalt: *„Mit couriosen Raisonemens und politischen Reflexionen untermengt. Der Post=tägliche Mercurius (1703-1724). Pionier von Qualitätszeitung* (Wolfgang Duchkowsitch) + *Publizistische Vororte Wiens. Zeitungsentwicklung in Böhmen und der Slowakei im 18. Jhd.* (Zdeněk Šimeček) + *Der perfekte Blick. Metropolenrecherchen von Joseph Pezzl im josephinischen Wien.* (Hannes Haas) + Rezensionen.

Bestellungen an:

Medien & Zeit, Postfach 208, 1014 Wien  
oder

Literas, Berggasse 4, 1090 Wien

### Bestellung

Ich / Wir bestelle/n

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

...Ex. Medien & Zeit Nr. ../.. (à S 48,-)

... Abonnement, öS 165,-/Jahr (Ausland inkl. Porto öS 235,-) ab Heft ../....

... Studentenabonnement, öS 120,-/Jahr (Inskriptionsbestätigung) (Ausland inkl. Porto öS 190,-) ab Heft ../....

Name

Adresse

Datum

Unterschrift